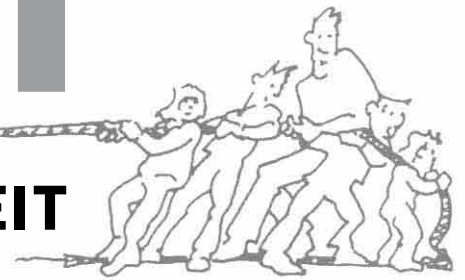


# FORUM

39. Jahrgang  
2. Quartal · Juni 2023  
ISSN 1434-4696  
C 12948 · 5,50 Euro

FÜR KINDER- UND JUGENDARBEIT



## **Klassismus, Armut, OKJA**

**(Heraus)Forderung für die Praxis**

## FORUM

FÜR KINDER- UND JUGENDARBEIT



ISSN 1434-4696

C 12948

39. Jahrgang

2. Quartal, Juni 2023

### Herausgeber und Verlag

Verband Kinder- und Jugendarbeit

Hamburg e.V.

Budapester Straße 42

20359 Hamburg

fon 040 / 43 42 72

fax 040 / 43 42 84

E-Mail: [info@vkjhh.de](mailto:info@vkjhh.de)

[www.vkjhh.de](http://www.vkjhh.de)

### Redaktion (V.i.S.d.P.)

Esther Brandt, Fabienne von Hohenthal

### Ständige Mitarbeiter\*innen

Vera Koritensky, Anja Post-Martens,

Susanne Bauer, Beirat FORUM

### Layout

Renate Möller

### Druck

Drucktechnik Altona

Große Rainstraße 87, 22765 Hamburg

### Jahresabo

4 Ausgaben inkl. Versand: 25 €

Einzelheft 5,50 € zzgl. Versand

Der Bezugszeitraum beträgt ein Jahr und verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30.09. des laufenden Jahres gekündigt wird.

### Auflage dieser Ausgabe

600

### Nachdruck

Nach Rücksprache, Angabe der Quelle und bei Zusendung eines Belegexemplars erwünscht

### Hinweis

Die Beiträge stellen keine vereinsoffiziellen Mitteilungen dar; namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Die Redaktion behält sich vor, Leser:innenbriefe zu kürzen.

### Titelbildnachweis

Harald Singler

### Gefördert von



Hamburg | Sozialbehörde

## FACETTEN VON ARMUT

*Ines Pohlkamp*

**Impulse zum Alltagsklassismus in der Kinder- und Jugendarbeit . . . . . 4**

*Prof. Dr. Harald Ansen*

**Prinzipien der Grundsicherung – eine Erinnerung aus gegebenem Anlass 10**

*Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)*

**Armutssensibles Handeln**  
Armut und ihre Folgen für junge Menschen und ihre Familien als Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe . . . . . 13

*Yannick Haan*

**Erbschaften, Vermögensungleichheit und die Notwendigkeit einer fairen Erbschaftssteuer. . . . . 14**

*Alexandra Kauffmann*

**Gurken für zwei Euro, wo führt das hin? . . . . . 17**

*Ein Gespräch mit Lars Dietrich*

**Praxisbericht aus der Beratungstätigkeit im KiFaZ-Schnelsen . . . . . 21**

*Fabienne von Hohenthal für das*

*VKJH-Team*  
Bericht von dem Fachaustausch Armut am 13.4.2023. . . . . 24

## FACHLICHE POSITIONIERUNG

*Alternativer Wohlfahrtsverband SOAL e.V.*

**SOAL-Appell für ein gesellschaftliches Umdenken**  
**Kollaps der Kinder- und Jugendhilfe verhindern! . . . . . 26**

*Alida Birke und Tanja Rusack*

**Beteiligung als Grundsatz in der Entwicklung von Schutzkonzepten 27**

*BumF, IGfH, und terre des hommes Deutschland*

**Kindeswohl für alle Kinder und Jugendlichen sichern!**  
Unterbringungssituation von UMF wird immer prekärer: Fachkräfte und UMF dürfen nicht alleine gelassen werden! 31

*Prof. Dr. Gunda Voigts*

**Fachkräftegewinnung und -qualifizierung in der Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg.**  
Ergebnisse zweier Workshops zu aktuellen Herausforderungen und Ausblick auf weitere Prozesse . . . . . 35

*Anja Rabeneck, Evin Kandemir und Imke Kollesch*

**Einfach mal drüber reden ...**  
Niedrigschwellige psychologische Beratung für Mädchen\* und junge Frauen\* in Altona . . . . . 42

*VKJH-Team*

**Fortbildungsreihe „Schutzkonzepte“ in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit . . . . . 47**

## GEGEN GESCHLOSSENE UNTERBRINGUNG

*Renzo Martinez*

**Plädoyer gegen geschlossene Unterbringung. . . . . 48**

*Prof. Dr. Tilman Lutz und*

*Prof. i. R. Dr. Michael Lindenberg*  
**Alternative Überlegungen und Vorschläge zum Zusammenwirken von Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie in Hamburg . . . 53**



Foto: Christian Ganzer



# E d i t o r i a l

## *Liebe Leser:innen!*

Der Paritätische Armutsbericht von 2022 zeigt einen neuen Höchststand der sogenannten Armutsquote. Innerhalb von zwei Jahren Pandemie stieg diese von 15,9% auf 16,9% an. Neben Rentner:innen und Alleinerziehenden sind auch Kinder und Jugendliche zunehmend stärker von Armut betroffen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband rechnet im Hinblick auf die Inflation mit einer weiteren Verschärfung der Situation. Armut und die Auswirkungen dessen, sind kein neues Phänomen. Pandemie und Inflation machen die Brisanz und die Auswirkungen dessen noch einmal deutlicher sichtbar. Neben Personengruppen, die schon lange in prekären Lebensverhältnissen und mit dazugehörigen Zuschreibung leben, sind nun auch erwerbstätige Menschen und Menschen in Selbstständigkeit stärker betroffen. Diese Entwicklung brauchte es scheinbar, um Armut endlich als strukturelles Problem zu bewerten/wahrzunehmen und wir hoffen demnach auf strukturelle Reaktionen und Lösungsansätze.

Die Auswirkungen von Armut spielen im Arbeitsfeld der OKJA und oftmals auch privat zunehmend eine Rolle. Vermehrt haben wir Gespräche mit Fachkräften zu den Entgrenzungen des Arbeitsfeldes und steigenden Belastungen geführt. Nicht zuletzt waren diese Erfahrungsberichte ein ausschlaggebender Grund für den Schwerpunkt dieser Ausgabe.

*Ines Pohlkamp* beschäftigt sich in dem Beitrag „*Impulse zum Alltagsklassismus in der Kinder- und Jugendarbeit*“ mit Klassismus als Alltagserfahrung und erläutert, welche Strukturen dabei eine Rolle spielen, welche Auswirkungen diese Art von Diskriminierung hat und was das mit uns als Fachkraft zu tun hat.

*Alexandra Kauffmann* setzt in ihrem Text „*Gurken für zwei Euro, wo führt das hin?*“ die individuellen Praxiserfahrungen von und mit Adressat:innen in den Kontext von Klassismus und erläutert diesen Zusammenhang wissenschaftlich.

In dem Abstract zum Positionspapier der *Arbeitsgemeinschaft für Kinder-*

*und Jugendhilfe (AGJ)* „*Armutssensibles Handeln – Armut und ihre Folgen für junge Menschen und ihre Familien als Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe*“ wird deutlich formuliert, dass ein Aufwachsen in Armut zu verringerten Entfaltungsmöglichkeiten, sozialer Ausgrenzung und Unterversorgung führt.

Die extreme Ungleichheit der Verteilung von Reichtum spitzt sich kontinuierlich weiter zu. *Taxmenow* formuliert in dem Beitrag „*Erbschaften, Vermögensungleichheit und die Notwendigkeit einer fairen Erbschaftssteuer*“ eine deutliche Forderung nach fairer Besteuerung von Reichtum.

Neben den Schwerpunktbeiträgen dieses Heftes erscheint der Beitrag „*Plädoyer gegen geschlossene Unterbringung*“, in dem *Renzo Martinez* über eigene Erfahrungen als ehemaliger Bewohner der Haasenburg berichtet, sich entschlossen gegen geschlossene Unterbringung ausspricht und Impulse für eine intensivpädagogische Begleitung auf Augenhöhe anbietet. Auch das Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung und der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit haben „*Alternative Überlegungen und Vorschläge zum Zusammenwirken von Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie in Hamburg*“ formuliert. Der Beitrag wird von einem Vorwort von *Tilman Lutz* und *Michael Lindenberg* begleitet.

Ihnen und euch wünschen wir eine interessierte Auseinandersetzung mit dieser Ausgabe.

*Vera Koritensky, Anja Post-Martens* sowie *Esther Brandt* und *Fabienne von Hohenthal*

Mit der Verwendung des Doppelpunkts möchten wir Menschen ansprechen, die sich dem zweigeteilten Geschlechtersystem nicht zuordnen und zudem an den gesellschaftlich konstruierten Charakter von Geschlecht erinnern. Zugleich versuchen wir, so dem Wunsch nach guter Lesbarkeit nachzukommen.

# Impulse zum Alltagsklassismus in der Kinder- und Jugendarbeit

von Ines Pohlkamp

*„Klasse ist viel mehr als die Beziehung zu den Produktionsmitteln nach der marxistischen Definition. Die Klasse bestimmt dein Verhalten und deine grundsätzlichen Zukunftsvorstellungen, wie du Probleme erlebst und sie verarbeitest, wie du denkst, fühlst und handelst.“ (Brown 1974, zit. Abou 2020: 97)*

Klassismus ist eine alltägliche Differenzenerfahrung von Kindern und Jugendlichen, die über Einschlüsse und Ausschlüsse, ja in Bildungseinrichtungen über Abschlüsse entscheiden kann. Klassismus befasst sich mit der strukturell bedingten



Diskriminierung und Stereotypisierung aufgrund sozialer Herkunft oder sozialer Zugehörigkeit (Seeck/Theißl 2020, hooks 2020). Er zeigt sich in Bildung, Arbeit und anderen Bereichen des Lebens. (1)

Klassismus findet auch überall dort statt, wo Kinder- und Jugendarbeit stattfindet. Das reicht von einer im Tonfall abschätzigen Bemerkung eines Sozialarbeiters in einer kommunalen Arbeitsgruppe über eine Stadtteilschule: „Diese Schule hat ein heterogenes Publikum. Da kriegen alle einen Platz!“, über ein Projekt zu Klimaschutz im Jugendhaus, in dem alle aufgefordert werden, individualisiert den Klimawandel zu verhindern: „Wir müssen alle Müll vermeiden!“, bis zur Kommentierung von Kleidung und Equipment (Handy, Schulranzen, Fahrradmarke und Ausstattung etc.). Klassenbezogene Vorurteile sind mit Werturteilen verknüpft, die soziale Nicht-Privilegierung und Armutsbetroffenheit nur als Makel kennt. Dabei interagieren diese Vorurteile nicht selten mit Adultismus und Rassismus oder anderen Formen der Diskriminierung.

Ich möchte in diesem Beitrag erste Impulse zum Alltagsklassismus in der Kinder- und Jugendarbeit geben: Das Aufwachsen im Neoliberalismus begünstigt eine internalisierte Form von Diskriminierung ökonomisch nicht-privilegierter Personen. Dies prägt die betroffenen Kinder und Jugendlichen. Klassismus prägt allerdings die Selbstwahrnehmungen aller jungen Menschen und die der Fachkräfte in einer kapitalistischen Gesellschaft (2). Ich zeige exemplarisch Anschlussstellen für Klassismus auf und argumentiere, dass erst mit Kapitalismuskritik und der Betrachtung von Kollektiven, Kollaborationen und Protestformen Sensibilisierung und Empowerment zu Klassismus gelingen kann. Abschließend fasse ich (3) als „work in progress“ Elemente einer klassismussensiblen Kinder- und Jugendarbeit zusammen.

## Internalisierter Klassismus

Die soziale Herkunft prägt ein Leben lang. Unabhängig von der Zugehörigkeit zur aktuellen Klasse, hat die soziale Herkunft Einfluss auf den Geschmack (Essen, Musik, Literatur, Theater ...), Chancen (Bildung, Arbeitsmarkt), Werturteile (Verhalten, Verantwortung, Selbstwirksamkeit), Verhalten (Sprache, Körper, Aussehen, Habitus (4)) u.v.a.m. Das Leben in nicht-privilegierten Verhältnissen ist so heterogen wie die Vielfalt der Kinder und Jugendlichen, z.B. Kinder ohne Aufenthaltsstatus, Kinder, die in alleinerziehenden Haushalten aufwachsen, Kinder, die behindert werden, Kinder, die in Ar-

Das Aufwachsen im Neoliberalismus begünstigt eine internalisierte Form von Diskriminierung ökonomisch nicht-privilegierter Personen.

mut leben, Kinder, die in Wohlstand oder Reichtum aufwachsen. Einige kommen unmittelbar mit Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit in Berührung. Andere tauchen nie in der Kinder- und Jugendarbeit auf.

Starten möchte ich mit einem Beispiel zu internalisiertem Klassismus, der sich auf eine ganze Schulklasse ausgewirkt hat: Die Schüler\*innen der neunten Schulklasse einer Gesamtschule sitzen zusammen in einem Seminar der außerschulischen politischen Jugendbildung in einer Bildungsstätte. Es ist geplant, dass sie sich in den kommenden drei Tagen zu ihren Zukunftsplänen austauschen sollen und Raum für individuelle Berufs- und Lebenswegplanung erhalten. Die Se-

miniarleitung ist irritiert über die schlechte Stimmung, die bereits zu Beginn des Seminars spürbar ist. Deshalb hakt eine der Teamer\*innen nach und bekommt folgende Antwort: „Wir sind eh das Letzte, was die Schule zu bieten hat! Wir sind der Abschaum und schwierig.“ Eine andere Jugendliche ergänzt trocken: „Niemand will mit uns zu tun haben.“ Die beiden Seminarleitungen schlucken und fassen sich ein Herz. „Okay, dann nehmen wir das mal zum Thema. Ist das für Euch in Ordnung?“ Die Jugendlichen nicken. In der folgenden Debatte erzählten die Jugendlichen davon, dass ihre „Hauptschulklasse“ keine Perspektive habe und von anderen nur ausgelacht werde. „Ja“, sagt die Schülerin, „das ist schon scheiße, aber nicht zu ändern.“

Hier bedurfte es einer Intervention, die dieser Resignation der Schüler\*innen Raum gab und in der es möglich werden konnte, dass sie sich trauten, sich überhaupt in das Seminar einzubringen. Das große Problem des Leitungsteams war es, den Jugendlichen diese negativen Erfahrungen der Etikettierung als leistungsschwache und „schwierige“ Jugendliche zu dekonstruieren, um den Selbstwert der Jugendlichen zu reaktivieren. Die Jugendlichen hatten allerdings durch die diskriminierenden Erfahrungen bereits begonnen, die negativen Äußerungen zu internalisieren und sie in ihr Selbstbild einfließen zu lassen. Ihre eigene Würde und ihr Mut waren offensichtlich gebrochen.

An der Würde, der Selbstbestimmung und dem geringen Selbstwertgefühl setzten die Leitungen schließlich an und begannen damit, den Jugendlichen in der Zusammenarbeit konsequent Respekt und Anerkennung entgegenzubringen. Dies schloss eine Konfrontation mit der Resignation ein. Dies geschah weniger über eine klare didaktische Vorgabe oder eine eindeutige Intervention, sondern über die respektvolle Interaktion der Leitung mit den Jugendlichen, in denen der Raum für Abwertung und Diskriminierung so gering wie möglich gehalten werden konnte. Den Jugendlichen wurde zugemutet zu verstehen, wie Schulsysteme aufgebaut werden, welche Räume für Aufstieg und Abstieg vorhanden sind, was dies mit dem Denken in Leistung und Verwertung zu tun hat und welche Schritte sie zur Gestaltung ihres Lebens als Klasse gemeinsam und/oder individuell gehen können. Dabei wurde einander zugehört, eigene Inseln der Träume entwickelt und die Verschiedenheit der anwesenden Persönlichkeiten erfuhr eine gegenseitige Wertschätzung. Es wurden Hürden benannt, die die Jugendlichen individuell sorgten und Wege gesucht, diese Hürden zu verringern. Diese Schüler\*innen sind nach dem Seminar gestärkt nach Hause gefahren, obwohl sie nicht der Illusion anheimfielen, dass sich im Kontext von Schule alles ändern würde. Sie hatten trotzdem in der politischen Jugendbildung einen Ort gefunden, an dem sie die Erfahrung von Selbstwert, Selbstwirksamkeit und Wertschät-

In Pädagogik und Bildung werden häufig bewusst oder unbewusst Ideale und Ideen kapitalistischer Verwertung vermittelt.

Wer nicht leistungsbereit ist oder sein kann, wird häufig früh im Bildungssystem abgeschrieben.

zung machen konnten. Ein Teilnehmer meinte in der Abschlussreflexion: „Was mir hier gut gefallen hat, ist dass wir echt gut behandelt worden sind. So als wären wir Erwachsene.“(5)

Doch was zeigt uns diese kurze Sequenz? In Pädagogik und Bildung werden häufig bewusst oder unbewusst Ideale und Ideen kapitalistischer Verwertung vermittelt. Leistungs- und



Leidensbereitschaft sind Grundprinzipien der Verwertungslogik, die darauf abzielen, junge Subjekte auch an die Arbeits- und Leistungsgesellschaft heranzuführen. Wer Erfolg haben will, müsse zunächst lernen, sich anzupassen, zu gehorchen und die Kreativität im vorgegebenen Rahmen so zu nutzen, dass sie nicht den Rahmen überstrapaziert. Wer nicht leistungsbereit ist oder sein kann, wird häufig früh im Bildungssystem abgeschrieben. Internalisierter Klassismus kann dazu führen, dass Zugänge verwehrt bleiben, dass ein Gefühl von Ausgeschlossenheit entstehen kann, dass Selbstwirksamkeit selten erlebt wird, weil Gefühle der Exklusion und/oder Resignation Oberhand gewinnen. Dies kann passieren, wenn beispielsweise ein\*e Mentor\*in fehlt, wenn die Lernräume habituell neu und anders erlebt werden, wenn die Erstsprache nicht (nur) Deutsch war, wenn an das Besondere im Kind

Internalisierter Klassismus kann dazu führen, dass Zugänge verwehrt bleiben und ein Gefühl von Ausgeschlossenheit entstehen kann.

nicht geglaubt wurde, wenn es andere wichtige Themen, Lebenslagen und/oder Probleme gab.

Leistungsorientierte Orte sind häufig Räume mit geringer Heterogenität. In ihnen werden homogenisierte Weltbilder vermittelt und sie orientieren sich an einer scheinbar wertfreien Logik, wie dies beispielsweise häufig in der Schule passiert. In der Kinder- und Jugendarbeit besteht demgegenüber die Chance heterogene Begegnungsräume zu eröffnen, in der Diversität der Kinder- und Jugendlichen einen klassismussensiblen Umgang miteinander lernen könnten.

### Sozioökonomisch beeinflusste Wertesysteme

Im Wertesystem der Pädagogik existieren verschiedene ethische Prinzipien, die bei der Gestaltung von Kinder- und Jugendarbeit berücksichtigt werden sollten. Dazu zählt beispielsweise die Chancengleichheit zu fördern, Teilhabe zu ermöglichen und soziale Gerechtigkeit, unabhängig von der sozialen Herkunft der Kinder und Jugendlichen, zu fördern. Dennoch erfahren (mehrfachzugehörige) Kinder und Jugendliche vielerorts Folgen des Defizitdenkens: Nicht beachtet oder als Makel empfunden werden z.B. Mehrsprachigkeit, Armut, Heterogenität, Nonkonformität, Vielschichtigkeit, Widersprüchlichkeit, Migration, Förderbedarfe, Behinderung und Komplexität. Gesellschaftlich nicht anerkannt werden soziale Existenzweisen samt ihren Verhaltensweisen, die dem Habitus einer Mittelschicht im Ideal widersprechen. Dazu zählen beispielsweise die Bewertung von Mediennutzung oder ungesunde Ernährung. (6)

Das erste hier markierte klassistische Stereotyp lautet: Medienkonsum ist falsch und gefährlich für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Der unkontrollierte Medienkonsum wird zum allgegenwärtigen Angstraum für alle bewussten Eltern. Bewusste Elternschaft/Sorgeberechtigte begrenzen Medienkonsum strikt und kontrollieren die Kinder und Jugendlichen. (7) Eine pädagogische und bewusste Begleitung von Kindern und Jugendlichen ist aus Präventionsgründen die richtige Entscheidung. Aber das Sprechen über Medienkonsum und soziale Fehlverhalten ist zutiefst klassistisch: Kinder aus sozial prekären Elternhäusern, die viel Zeit mit Medienkonsum verbringen, gelten als gefährdete Kinder und Jugendliche. Hier gilt es zu differenzieren und genau zu prüfen, was konsumiert wird, wie der Medienkonsum bei allen Kindern und Jugendlichen bewertet, wie er kommuniziert und verarbeitet werden kann. Der Konsum von Medien müsste fachlich begleitet und gesetzlich weiter gerahmt werden. Kinder- und Jugendarbeit kann hier ihre Fachexpertise klas-

sismuskritisch ausbauen, indem nicht nur die Kinder und Jugendlichen begleitet werden, sondern auch Elternarbeit stattfinden kann und Institutionen wie Schule von den Erfahrungen der medienpädagogischen Expertise in der Kinder- und Jugendarbeit profitieren könnten. Aus meiner Sicht ist deshalb die Vermittlung von Medienkompetenzen für alle Menschen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, immer dann klassismuskritisches Arbeiten, wenn Stereotype zu Medienkonsum und Mediennutzung infrage gestellt und Medienkompetenzen vermittelt werden.



Ein weiteres Beispiel aus einem Hort: Ein junger Vater hatte seinem Kind zum Geburtstag eine Tüte mit Süßigkeiten-Riegeln mitgegeben. Die Kinder freuten sich riesig. Die Pädagog\*innen konnten diesen „Zuckerflash“ der Kinder nicht verhindern. Beim nächsten Elternabend wurde das Verhalten des neuen Vaters kritisiert. Wenn schon was mitgebracht werden müsse, dann gerne Obst. Zucker solle bitte zukünftig vermieden werden, so die Mehrheitsmeinung. Die Pädagog\*innen wurden angehalten, ähnliches Verhalten beim nächsten Mal direkt zu unterbinden. Der Vater hatte seinem Sohn und den Kindern eine Freude machen wollen. Sicher sind Süßigkeiten und Fast Food nichts, was auf die Dauer gut für Kinder

Sensibilisierung sollte dort passieren, wo privilegierte Kinder und Jugendliche leben, wo heterogene ...

... soziale Verhältnisse aufeinandertreffen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede erfahren werden können.

und Jugendliche ist. Bio-Essen und Zuckerfreiheit sind für Kinder und Jugendliche eine gute Sache, wenn nicht alle anderen Formen der Ernährung abgewertet werden und wenn anerkannt wird, dass Essen und Esskulturen verschieden gestaltet werden können und dass Essen oftmals eng mit Klassismus (und Rassismus) zusammenhängt. Bewusstes Konsumieren und auch Konsumverzicht muss menschlich sein. Kinder- und Jugendarbeit könnte in diesen Alltagsmomenten von Klassismus klassismussensible Positionen entwickeln und im Alltäglichen forschen, wo Anschlussstellen für Klassismus existieren. Soziale Differenzen, in denen sich Klassismus zeigt, sind in der Kinder- und Jugendarbeit allgegenwärtig und sie interagieren mit anderen Unterdrückungsformen, wie z.B. Rassismus. Kinder- und Jugendarbeit wird diese intersektionalen Phänomene nicht verhindern können. Aber Fachkräfte können diese Phänomene erkennen, begleiten, ansprechen, intervenieren und Räume für soziale Heterogenität anbieten.

## Kapitalismuskritik und Widerstand

Von Klassismus betroffene Kinder und Jugendliche sind selbstverständlich keine Opfer der Verhältnisse. Sie sind in der Gestaltung vielfältig und selbstbestimmt. Allerdings fehlt vielen der Erfahrungsraum für ihren Austausch, die Repräsentation ihrer Verhältnisse, das Ernstnehmen, das Entwickeln und die Wahrnehmung ihrer Wünsche. (8) Aus heteronormativer Sicht werden Kinder mit zahlreichen geschlechtlichen Normen konfrontiert, mit denen sie sich auseinandersetzen müssen. Dazu zählt beispielsweise, die Erwartung von Heterosexualität, die Norm der Familiengründung, die Cis-Geschlechtlichkeit, die Sehnsucht nach einem Eigenheim, Auto und einem guten Verdienst. Diese Vorstellungen sind eng mit Klassismus verbunden, denn sie propagieren Träume, in denen Erfolg und Lohnarbeit vorausgesetzt werden.

Hier könnten ergänzend eigene Perspektiven und Utopien entwickelt werden. Dazu zählt beispielsweise das Aufzeigen von Transformationen, Alternativen und Wandel als Möglichkeit. Denn es existieren selbstverständlich keine naturalisierten gesellschaftlichen Verhältnisse, denen sich die Kinder und Jugendlichen ergeben müssen. Und gleichsam gibt es keinen fairen Fahrplan für Kinder und Jugendliche aus prekären sozialen Verhältnissen, für Kinder und Jugendliche mit Fluchtbiografien und/oder aus der Arbeiter\*innenklasse, für Kinder aus Familien, deren Eltern(-teile) „Hartz4“/„Bürgergeld“ beziehen, für Anerkennung und Erfolg in der kapitalistischen Gesellschaft. Deshalb sollten alle Kinder und Jugendlichen eine kritische Vielfalt der Gesellschaft kennenlernen und auf Proteste und Beteiligungsverfahren aufmerksam gemacht werden, die sich dem kapitalistischen Alltag und der

Verwertungslogik ein Stück weit entziehen. Es müsste eine Zusammenarbeit mit lokalen Kollektiven, Erwerbsloseninitiativen, Protestkulturen, Kulturschaffenden, Initiativen zum Wandel der Gesellschaft hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit sichtbar gemacht werden.

Junge Menschen mit internalisiertem Klassismus brauchen sich selbst, Orte für ihre Erfahrungen, Advokat\*innen und/oder Begegnungen, in denen ihnen parteilich, solidarisch-kritisch begegnet wird. An diesen sensibilisierten Orten erfahren sie, dass die soziale Herkunft nicht auf einem persönlichen Versagen oder auf falschen Entscheidungen der El-



tern/Sorgeberechtigten beruht. Stattdessen lernen sie, dass es in der kapitalistischen Gesellschaft immer eine Spannbreite zwischen von Armut betroffenen und reichen Menschen gibt, die sich nicht nur am ökonomischen Kapital festmacht, die aber ohne das ökonomische Kapital nicht so funktionieren würde. Hier müssen Räume für Empowermentprozesse geschaffen werden, ohne die Kinder und Jugendlichen aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Das bedeutet, dass das Ziel einer klassismuskritischen Kinder- und Jugendarbeit für von Klassismus betroffene Menschen neben der Sensibilisierung, der Wissensvermittlung/Aufklärung und dem Empowerment nicht das vorrangige Streben nach Erfolg und Normativität sein kann. Gleichsam ist das geäußerte Streben nach Erfolg und potentielle Wünsche, die eigene soziale Herkunft zu verlassen ernst zu nehmen, so dass das Benennen in der Kinder- und Jugendarbeit zu einem Balanceakt wird, den die Fachkräfte zu meistern haben. Das Ziel kann selbstverständlich nicht die Desillusionierung der Kinder und Jugendlichen sein, sondern es bedarf der Ermutigung zur Teilhabe und der Unterstützung, strukturelle Hindernisse zu verstehen, die sich kulturell, gesellschaftlich und ökonomisch vor ihnen auftürmen können.

Kinder und Jugendliche sollten eine kritische Vielfalt kennenlernen und auf Proteste und Beteiligungsverfahren aufmerksam gemacht werden.

Eine Kraft klassismuskritischer Kinder- und Jugendarbeit liegt darin, die Vielfalt der Menschen, ...

Klassismuskritische Jugendarbeit hat meiner Einschätzung nach neben der Aufgabe Empowermenträume zu schaffen, auch die Aufgabe für Klassismus zu sensibilisieren. Sensibilisierung sollte dort passieren, wo privilegierte Kinder und Jugendliche leben, wo heterogene soziale Verhältnisse aufeinandertreffen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede erfahren zu können. Hier könnten Ansätze für die Vermittlung von Fähigkeiten zu Kollaboration, Verständnis der Diversität der Arbeitswelten, Ressourcen aus der sozialen Herkunft ausgetauscht, besprochen und anerkannt werden. Gegenseitige Anerkennungen setzt hier voraus, die Ressourcen junger Menschen aus nicht-privilegierten Verhältnissen zu akzeptieren: Dazu zählt beispielsweise Mut, Flexibilität, Beharrlichkeit, Selbstbewusstsein, aus wenig viel zu machen, Gemeinschaft, Unterstützung und nicht selten solidarischer Miteinander, Kenntnisse zu verschied-



densten sozialen Interaktionsformen, Umgang mit fehlenden Ressourcen, erweiterter Umgang mit Gewalt und Sprache oder die Kompetenzen von Mehrsprachigkeit und einen selbstverständlichen Umgang mit Diversität.

Eine Kraft klassismuskritischer Kinder- und Jugendarbeit liegt darin, die Vielfalt der Menschen, die kaum gehört werden, in den Mittelpunkt zu stellen, ohne zu vergessen, dass es in kapitalistischen Gesellschaften dazu gehört, nicht dazu zu gehören. Es gilt den Kindern und Jugendlichen zu zeigen, dass es Transformationen gibt, dass mehr Menschen soziale Gerechtigkeit erfahren könnten, ja möglichst alle, dass es wichtig ist Utopien zu entwickeln und dass jede Verbesserung in der Gesellschaft hin zu weniger Gewalt und hin zu mehr Demokratie und Teilhabe aktiv eingefordert und erstritten wurde. Es gilt, die Vergangenheit und die Gegenwart von Beteiligungen zum Thema zu machen.

## Elemente einer klassismussensiblen Kinder- und Jugendarbeit

Für die Kinder- und Jugendarbeit stelle ich abschließend erste Elemente für Klassismuskritik zusammen. Diese Aufzählung ist allerdings als „work in progress“ zu verstehen.

1. Basiswissen eines kapitalismuskritischen Verständnisses der Gesellschaft ermöglicht das Verstehen von Klassismus als intersektionales Alltagsphänomen.
2. Klassismuskritische Qualifizierung der Fachkräfte (in Ausbildung und darüber hinaus) mit Theorie-Praxis-Bezug und biografischer Reflexion zur sozialen Herkunft ermöglicht die Entwicklung einer professionellen, klassismuskritischen, parteilichen Haltung.
3. Reflexion und Analyse der eigenen Institution, z.B. durch die Betrachtung der Wertesysteme, Leitbilder und Konzepte, durch die sich wertschätzende Alltagskulturen entwickeln können und partizipative Angebote geschaffen werden können.
4. Reflexion der Klient\*innen, jener Kinder und Jugendlichen, mit denen vor Ort zusammengearbeitet wird: Wie zeigt sich der Kapitalismus im klassistischen Alltag der Kinder und Jugendlichen? Wie sind Kinder und Jugendliche betroffen und wie können Empowermentprozesse unterstützt werden. Wie könnten (Schutz-)Konzepte gestaltet werden, dass sowohl die Empowermenträume als auch Sensibilisierungsprozesse mitgedacht werden?
5. Es bedarf – ähnlich wie in anderen emanzipatorischen Ansätzen – verschiedener Konzepte, die je nach Zielgruppe angepasst werden müssen: Aufklärung/Wissensvermittlung für alle, Empowerment für nicht-privilegierte Kinder und Jugendliche und Fachkräfte, Sensibilisierung für alle Beteiligten, explizit für privilegierte Kinder und Jugendliche und Erwachsene/Fachkräfte.

Es bleiben viele offene Fragen, wie z.B.: Wo existieren bereits Orte klassenübergreifender Begegnungen? Wo können Kinder und Jugendliche verschiedener (sozialer) Herkunft heute voneinander lernen? Welche intersektionalen Konzepte, Räume und Ressourcen braucht es hierfür? Wie interagieren beispielsweise Adultismus, Rassismus und Sexismus mit Klassismus? Wo erhalten Kinder und Jugendliche die Chance, sich mit den Anforderungen in einer kapitalistischen Gesellschaft und ihren Normen auseinander zu setzen? Worum geht es in klassismussensiblen Empowerment-Angeboten und was sind die Grenzen und Un-

... die kaum gehört werden, in den Mittelpunkt zu stellen, ohne zu vergessen, ...



terschiede zu bisherigen Angeboten, wie sie im Kontext von Rassismuskritik liegen? Wo sind die Forschungen und Studien zu jungen Menschen und Klassismus heute? Welche Rolle spielt Social Media in diesem Diskurs? Wie protestieren Kinder und Jugendlichen in Bezug auf Konsum und Erfahrungen von sozial-ökonomischer Exklusion und Verwertung?

Hier besteht für die Kinder- und Jugendarbeit ein Entwicklungspotential für viel mehr reflektierte Praxis, neue Forschungen und neue Debatten, die intersektionale Klassismuskritik in den Blick nehmen.



### Anmerkungen:

- 1) Zur Kritik am Klassismusbegriff siehe exemplarisch: Friedrich 2020; Wolters/Voß 2014.
- 2) Ökonomische Ressourcen entscheiden in einer kapitalistischen Gesellschaft grundlegend über Machtverhältnisse und Ungleichheiten. Sie prägen den sozialen Status der Menschen in einer Gesellschaft.
- 3) Dieser Artikel ist aus meiner Perspektive als weiß-deutsche Klassenreisende geschrieben, die in den 1970er Jahren geboren wurde. Ich komme aus einer Arbeiter\*innenfamilie und schreibe diese Reflexion als cis-geschlechtliche Akademikerin. Dies ist eines der Paradoxe mit denen die Auseinandersetzung mit Klassismus zu tun hat: Der Diskurs zu Klassismus bedarf der Sprache, Räume, Debatten und der Begegnungen, um ihn überhaupt dechiffrieren, beschreiben und thematisieren zu können. Viele meiner Beispiele kommen aus der politischen Jugendbildung, in der ich im Kontext von intersektionalen, geschlechtersensiblen Ansätzen über viele Jahre aktiv war.

... dass es in kapitalistischen Gesellschaften dazu gehört, nicht dazu zu gehören.

- 4) Mit dem Begriff „Habitus“ ist hier das Auftreten, das Verhalten und die Prägung eines sozialen Menschen gemeint.
- 5) Hier zeigt sich direkt die Überschneidung von Klassismus und Adultismus. Das Erleben von Respekt wird in dieser Aussage mit der Vermutung, dass nur Erwachsene respektvoll behandelt werden, gleichgesetzt. Dies ist eine eigene intersektionale Analyse wert.
- 6) Es ist schwer über Stereotype zu schreiben, ohne sie zu wiederholen. Ich nutze sie um aufzuzeigen, wie allgegenwärtig Klassismus in intersektionaler Perspektive funktioniert.
- 7) Diese Sorgen „vererben“ sich von Elterngeneration zu Elterngeneration mit habituellem Anspruch. In den 1980er Jahren war es der Fernsehkonsum, der verboten wurde, dann das Spielen am Computer oder an der Konsole, das Hören von Hörspielen und schließlich heute zusätzlich noch der Zugang zum Internet mit all seinen Facetten.
- 8) Hier ist nicht davon auszugehen, dass sich die Wünsche der Kinder und Jugendlichen nach sozialer Herkunft unterscheiden, sondern hier ist von einer Verschiedenheit auszugehen. Vielmehr könnte es sein, dass sich die Wege zur Erfüllung (normativer) Wünsche notwendig unterscheiden.

### Literatur:

hooks, bell (2020): Die Bedeutung von Klasse, Unrast, Münster.

Friedrich, Sebastian (2021) Gemeinsam auf Klassenreise. Vom Klassismus-Begriff fühlen sich viele angesprochen – das ist seine größte Stärke und Schwäche zugleich, 17. August 2021, analyse & kritik 673.

Seeck, Francis/Theißl, Brigitte (2020) (Hg.): Solidarisch gegen Klassismus – organisieren, intervenieren, umverteilen. Unrast, Münster.

Wolter, Salih Alexander/Voß, Heinz-Jürgen (2014): Nicht ohne Marx – und über ihn hinaus. Malmoe, 66 (2014): 21.

Fotos: Anja Krüger-Bödeker

Ines Pohlkamp,

Jg. 1974, Dr. phil., ist Kriminologin (MA), Sozialarbeitswissenschaftlerin (Dipl.), Social Justice Trainerin, intersektionale Geschlechterbildnerin, Supervisorin (DGSv). Sie bietet Organisationsberatung, Praxisforschung und Fortbildungen an und ist Autorin.

Kontakt: [www.inespohlkamp.de](http://www.inespohlkamp.de), [info@inespohlkamp.de](mailto:info@inespohlkamp.de).

# Prinzipien der Grundsicherung – eine Erinnerung aus gegebenem Anlass

von Harald Ansen

Die bundesweit über 2000 Ausgabestellen der Tafeln melden zum Jahresende 2022 eine extrem hohe Frequentierung, die sie dauerhaft nicht mehr schultern können. Offenkundig reichen insbesondere die Unterstützungszahlungen in den Grundsicherungssystemen immer weniger aus, um sich ausreichend ernähren und am Leben der Gesellschaft teilhaben zu können. Betroffen davon sind im Bezug von Arbeitslosen-



geld II und Sozialgeld für Angehörige rund 5 Mio. Menschen, in der Sozialhilfe einschließlich der Grundsicherung im Alter etwa 1,2 Mio. Menschen sowie rund 399.000 Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Zu diesen knapp 7 Millionen Menschen kommen hunderttausende mit niedrigen Einkünften, die aus unterschiedlichen Gründen, etwa Schamgefühlen und Angst vor Stigmatisierung, Wissenslücken oder schlicht der Überforderung mit den bürokratischen Hürden, Leistungen nicht in Anspruch nehmen, die ihnen zustehen: z.B. Grundsicherung im Alter,

Kinderzuschlag oder Wohngeld (vgl. Der Paritätische Gesamtverband 2023).

Die Bundesregierung setzt große Hoffnungen auf das zum Jahresbeginn in Kraft getretene Bürgergeld, mit dem die Grundsicherung reformiert wurde. Schamgrenzen sollen schon durch die Ablösung der verbreiteten negativ konnotierten Bezeichnung „Hartz-IV“ abgebaut werden. Gerade in der Anfangszeit des Leistungsbezugs gelten nach den Neuregelungen recht großzügige Ausnahmebestimmungen bei vorhandenem Vermögen und bei der Übernahme von Kosten der Unterkunft, großer Wert wird auf eine arbeitsmarktorientierte Qualifikation und nicht mehr auf eine sofortige Vermittlung in irgendeine Beschäftigung gelegt, die regelhaft mit Drehtüreffekten verbunden ist, die dazu führt, dass auf Unterstützung angewiesene Menschen nach einer Vermittlung in eine Erwerbstätigkeit immer wieder in den Bezug von Grundsicherung bzw. nun Bürgergeld zurückkehren. Insgesamt sollen die Fachkräfte in den Jobcentern durch einen Abbau von Bürokratie mehr Zeit für Beratung und Unterstützung der Leistungsberechtigten finden. Es bleibt abzuwarten, ob die Rechnung aufgeht. Hinsichtlich der eingangs erwähnten akuten materiellen Notlagen vieler Haushalte bleibt das Bürgergeld mit seinen Regelleistungen, die auch für die Sozialhilfe und das Asylbewerberleistungsgesetz maßgeblich sind, allerdings deutlich hinter dem gesetzlich verbrieften Anspruch zurück, ein menschenwürdiges Leben in der Gesellschaft zu garantieren.

## Die Achtung der Menschenwürde

Sowohl die Grundsicherung für Arbeitssuchende, das neue Bürgergeld, als auch die Sozialhilfe zielen nach ihrem normativen Selbstverständnis darauf, allen Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Abstrakt impliziert die Achtung der Menschenwürde, die auch in Art. 1 Grundgesetz verankert ist, nach Immanuel Kant (1724-1804), der für die Interpretation dieses Prinzips trotz der Kritik an seiner „Rassentheorie“ weiterhin grundlegend herangezogen wird, den Menschen nie unter fiskalischen Aspekten zu betrachten. Der Mensch ist über jeden Preis erhaben, für ihn gibt es kein Äquivalent. Die Achtung der Menschenwürde ist nach Kant überdies an keinerlei

Die Unterstützungszahlungen reichen immer weniger aus, um sich ausreichend ernähren und am Leben der Gesellschaft teilhaben zu können.

Die Regelleistung unterschreitet nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes den tatsächlichen Bedarf um über 200 Euro.

Vorleistungen gebunden, etwa vorherige Erwerbsarbeit, Versicherungsbeiträge oder eine bestimmte Staatsangehörigkeit. Wer anderen unter dem Vorzeichen der Menschenwürde hilft, soll sich stets so verhalten, als würde man die Hilfe schulden, betont Kant in der „Metaphysik der Sitten“ (1797) (vgl. Kant 1990, 337f.). Hilfe darf unter keinen Umständen das Gefühl der Erniedrigung auslösen. Kants Überlegungen sind Hinweise für den Umgang mit Menschen zu entnehmen, deren Würde zu achten ist. Gelänge es beispielsweise, unterstützende Angebote so zu organisieren, dass sie nicht als erniedrigend oder stigmatisierend empfunden werden, würde eine zentrale Zugangsbarriere zu Leistungen der Grundsicherung endlich abgebaut und verdeckte oder verschämte Armut (endlich) überwunden. An dieser Stelle ist auch zu fragen, ob die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die als Teil des Grundsicherungssystems ebenfalls dem Schutz der Menschenwürde verpflichtet sind, in der gegenwärtigen Form akzeptabel sind. Sie werden überwiegend als Sachleistungen erbracht, sind mit diversen Freiheitseinschränkungen verbunden und umfassen nur unerlässliche medizinische Leistungen, konkret bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen (vgl. §§ 3, 3a, 4 Asylbewerberleistungsgesetz). Über diese Einschränkungen wird viel zu selten gesprochen.

### Sicherung der sozialen Existenzgrundlagen

Die Achtung der Menschenwürde erschöpft sich jedoch nicht in Umgangsformen. Es geht um eine hinreichende Sicherung der sozialen Existenzgrundlagen. Die dafür erforderlichen Mittel werden in den Grundsicherungssystemen auf der Grundlage des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes festgelegt. Sie umfassen Nahrung, Kleidung, Unterkunft und gesundheitliche Versorgung für die Noch-Aufrechterhaltung der körperlichen Unversehrtheit sowie die Mittel für ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe. Dazu gehören insbesondere Mobilität, Bildung, Beschaffung von Informationen und Befriedigung von Kommunikationsbedarfen sowie die Unterhaltung zwischenmenschlicher Beziehungen und die Wahrnehmung von Kultur- und Freizeitangeboten. Ausgangspunkt für die Berechnung der Höhe der Regelleistungen sind die Einkommens- und Verbrauchsstichproben so genannter Referenzhaushalte, die nach dem Statistikmodell aus den unteren Einkommensgruppen ausgewählt werden (vgl. Groth 2022, 714). Von diesen werden nach normativen Kriterien noch Ausgaben abgezogen, beispielsweise für Nikotin, Alkohol oder frische Blumen. Schließlich sollen Arbeitsanreize nicht beseitigt werden. Wer in Armut lebt, soll es auch spüren, so das Motto. Die Berechnung der Regelleistung auf Grundlage der unteren Einkommensgruppen außerhalb des Bezugs von Grundsicherungsleistungen ist u.a. fragwürdig, weil davon auszugehen ist, dass Haushalte mit ei-

nem geringen Einkommen ihre Ausgaben und damit auch ihre Bedürfnisse anpassen und Verzicht üben. Die Philosophin Beate Rösler spricht in diesem Zusammenhang von adaptierten Präferenzen. Damit ist gemeint, dass Menschen in benachteiligten Lebenslagen angepasste Präferenzen entwickeln, die dazu beitragen, benachteiligende Strukturen zu reproduzieren (vgl. Rösler 2020, S. 341f.). Die angepassten und zuweilen grundlegenden Bedarfe nicht mehr deckenden Ausgaben, werden im gegenwärtigen Berechnungsverfahren in den Regelleistungen fortgeschrieben.

Die Regelleistungen folgen dem final angelegten Bedarfsdeckungsprinzip, dessen Ziel darin besteht, ein menschenwürdiges Leben durch eine ausreichende soziokulturelle Ausstattung zu gewährleisten. Der Streit über den einzubeziehenden Personenkreis, die Höhe der Leistungen und die Zumutung von Selbsthilfe ist so alt wie das System der Grundsicherung und seine Vorläufereinrichtungen. Aktuell entsprechen, folgt man vielen Wohlfahrtsverbänden mit ihren Erfahrungen, die zur Verfügung stehenden Mittel nicht den für ein menschenwürdiges Leben erforderlichen Bedarfen. Der eingangs erwähnte Notruf der Tafeln ist dafür nur ein Beleg. Die Anhebung der Regelleistung im Bürgergeld, der Sozialhilfe und dem Asylbewerberleistungsgesetz um rund 50 € auf 502 €



für einen Ein-Personen-Haushalt beinhaltet neben den angemessenen Kosten der Unterkunft und besonders begründeten Mehrbedarfen rechnerisch gerade den Ausgleich der aktuellen Inflation. Die Regelleistung unterschreitet nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes den tatsächlichen Bedarf um über 200 €. Diese Unterdeckung zieht sich durch die gesamte Berechnung der Regelleistungen für unterschiedliche Haushaltskonstellationen. Ein Hintergrund für diese Versorgungslücke ist der völlig unzureichende Inflationsausgleich, die Haushalte in den Systemen der Grundsicherung verlieren weiter an Kaufkraft. Liegt die durchschnittliche Inflationsrate bei etwa sieben bis zehn Prozent, sind untere Einkommensgruppen, die ihr Ausgabenverhalten kaum variieren können, nach Berechnungen unterschiedlicher Forschungsinstitute mit einer Inflationsrate von 15 bis 20 Prozent konfrontiert (vgl. stv. Dick 2023). Das Bedarfsdeckungsprinzip wird mit den heute üblichen Regelleistungen augenscheinlich nicht mehr erfüllt.

Die steuerfinanzierten Leistungen der sozialen Existenzsicherung basieren stets auf einer Bedürftigkeitsprüfung. Selbsthilfekräfte inklusive der Befähigung zur Selbsthilfe und Unterstützung im familiären und persönlichen Umfeld haben nach dem der katholischen Soziallehre entnommenen Subsidiaritätsprinzip per se Vorrang gegenüber öffentlichen Leistungen. Dieser Konsens gilt im vorliegenden Sozialstaatsmodell, ein bedingungsloses Grundeinkommen ist einstweilen nicht vorgesehen und auch weiterhin als Alternative umstritten. Mit dem Subsidiaritätsprinzip wird auf Eigenkräfte, Eigenmittel und die vorrangige Wahrnehmung von Leistungen der Bedarfsgemeinschaft sowie von Sozialleistungen außerhalb des Systems der Grundsicherung verwiesen. Die Betonung von Selbstbestimmung und Eigenverantwortung genießt von jeher im System der Grundsicherung ein besonders hohes Ansehen in der Auslegung des Subsidiaritätsprinzips. Eher ver-



nachlässigt wird eine mit diesem Prinzip gleichermaßen und gleichwertig verbundene Sichtweise, nach der ein Recht auf die Verwirklichung des eigenen Lebensentwurfs besteht, für dessen Umsetzung bei fehlenden Eigenmitteln sehr wohl auf Unterstützung durch die Allgemeinheit zurückgegriffen werden darf. Das Subsidiaritätsprinzip umfasst mithin sowohl den Verweis auf Eigenkräfte und Eigenmittel als auch auf Mittel zur Befähigung für eine eigenständige Lebensführung. Im Grundsicherungssystem sollte die tendenziell einseitige Lesart der Subsidiarität überwunden werden, das Bürgergeld stellt derzeit erste Weichen in diese erstrebenswerte Richtung.

Die steuerfinanzierten Leistungen der sozialen Existenzsicherung basieren stets auf einer Bedürftigkeitsprüfung der beantragenden Personen.

## Fazit

Zentrale Prinzipien des Grundsicherungssystems werden also derzeit nicht ausreichend umgesetzt. Die Bundesregierung strebt erfreulicherweise eine flexiblere Berechnung der Regelleistungen an, um aktuellen Entwicklungen der Inflationsrate besser Rechnung zu tragen. In den weiteren Planungen sollte die tatsächliche Inflationsrate berücksichtigt werden, die für einkommensbenachteiligte Haushalte vielfach über dem Durchschnitt liegt, um die Bedarfe tatsächlich decken und ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Um Zirkelschlüsse in der Berechnung der Leistungen zu vermeiden, sollten die Referenzhaushalte genauer beleuchtet werden: deren Verzicht auf bedarfsdeckende Ausgaben sollte nicht ungefiltert in die Regelleistungsberechnung einfließen. Kritisch sind überdies die normativ motivierten Abzüge von Ausgaben zu prüfen. Hier fließen eher willkürliche Setzungen als empirisch und sozialpolitisch fundierte Vorstellungen ein. An dieser Stelle ist auch an die Förderung des sozialen Friedens durch Grundsicherungsleistungen zu erinnern. Eine wachsende soziale Ungleichheit begünstigt eine Systemopposition, die demokratische Strukturen gefährdet. Gebraucht wird nach Jürgen Habermas eine verstärkt gemeinwohlorientierte Gesetzgebung, die Ungleichheiten ausgleicht und nicht perpetuiert: Eine Gesetzgebung, die allen reale Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben eröffnet.

### Literatur:

- Der Paritätische Gesamtverband (2023): Armutsbericht 2022 (aktualisiert). URL: [https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/Armutsbericht\\_2022\\_aktualisierte\\_Auflage.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/Armutsbericht_2022_aktualisierte_Auflage.pdf) [25.3.2023]
- Dick, Judith (2023): Bürgergeld. In: Socialnet Lexikon URL: <https://www.socialnet.de/lexikon/29571> [28.2.2023]
- Groth, Andy (2022): Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz (RBEG). In: Fachlexikon der Sozialen Arbeit, hrsg. vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge. Baden Baden 2022
- Kant, Immanuel (1797/1990): Die Metaphysik der Sitten. Stuttgart
- Rösler, Beate (2010): Autonomie. Frankfurt

Fotos: Christian Ganzer

Prof. Dr. Harald Ansen

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Fakultät Wirtschaft und Soziales, Department Soziale Arbeit; Arbeitsgebiet: Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit, Armut und soziale Ungleichheit.

# Armutssensibles Handeln

## Armut und ihre Folgen für junge Menschen und ihre Familien als Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe

Abstract zum Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – © AGJ (1)

Foto: FvH



Ein Aufwachsen in Armut führt zu verringerten Entfaltungsmöglichkeiten, sozialer Ausgrenzung und Unterversorgung. Die Zahl der jungen Menschen und ihrer Familien, die in Armut leben, verharrt seit Jahren in Deutschland auf einem hohen Niveau und die Chancen des sozialen Aufstiegs sind für viele Menschen sehr gering. Dies machen auch die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung in bestürzender Regelmäßigkeit deutlich. Steigende Energiepreise und Inflation werden die Armut in Deutschland absehbar weiter verschärfen.

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ nimmt dies zum Anlass, sich mit Armut und ihren Folgen für junge Menschen und ihre Familien zu beschäftigen und die Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe in diesem Kontext zu beleuchten. Basierend auf einem Überblick über Risikofaktoren und Auswirkungen eines Aufwachsens in Armut werden die Beiträge der verschiedenen Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe zur Armutsprävention und -bekämpfung beschrieben und für jedes Handlungsfeld Verbesserungspotenziale und Forderungen abgeleitet. Darüber hinaus fokussiert die AGJ auf übergreifende Prinzipien armutsensibler Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe und geht auf Anforderungen an Qualifizierung und Fachlichkeit, Beteiligung und Repräsentanz Armutsbetroffener sowie Jugendhilfeplanung und Vernetzung ein. Im letzten Kapitel stellt die AGJ handlungsfeldübergreifende Forderungen zur Bekämpfung von Armut junger Menschen und ihrer Familien auf.

Mit Blick auf die geplante Einführung einer Kindergrundsicherung formuliert die AGJ zentrale Anforderungen: Das Kind soll selbst Anspruchsinhaber\*in sein; die Kindergrundsicherung muss bedarfsgerecht und sozial gerecht ausgestaltet

sein und unkompliziert gewährleistet werden. Eine auskömmliche Finanzierung ist für das Gelingen des Vorhabens unerlässlich, wobei hiermit der Ausbau von Infrastrukturleistungen für Kinder und Jugendliche verknüpft sein sollte. Hinsichtlich der im Kontext der Armutsbekämpfung ebenfalls relevanten EU-Kindergarantie fordert die AGJ eine konsequente Umsetzung im Sinne einer Stärkung der sozialen Infrastruktur. Abschließend wird die Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse beleuchtet: Hier bedarf es armutspräventiver Infrastrukturen und der Beteiligung der Adressat\*innen an der Ausgestaltung der Angebote sowie Fortbildungen für Fachkräfte und Träger. Auch eine armutssensible Jugendhilfeplanung gehört dazu. Um eine armutssensible soziale Infrastruktur vor Ort zu gestalten, die ein gelingendes Aufwachsen für alle Kinder und Jugendlichen ermöglicht, braucht es eine ambitionierte Gesamtstrategie von Politik, Verwaltung, öffentlichen und freien Trägern.

Das ganze Positionspapier der AGJ kann über den QR-Code aufgerufen werden:



Anmerkung:

- 1) Ansprechperson für dieses Positionspapier in der AGJ ist die zuständige Referentin des Arbeitsfeldes IV „Kindheit, Kinderrechte, Familienpolitik“: Eva-Lotta Bueren, Kontakt: <mailto:eva-lotta.bueren@agj.de>

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR  
KINDER- UND JUGENDHILFE

AGJ

Die AGJ ist das Forum und Netzwerk bundeszentraler Zusammenschlüsse, Organisationen und Institutionen der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Die über 100 Mitglieder arbeiten zusammen mit dem Ziel der jugend- und fachpolitischen Kommunikation und Kooperation auf der Bundesebene, aber auch im europäischen bzw. internationalen Kontext und bilden ein fachpolitisch kompetent arbeitendes Netzwerk. Die AGJ versteht sich als Interessenvertretung der Kinder- und Jugendhilfe, als träger- und handlungsfeldübergreifender Zusammenschluss und als kooperatives Netzwerk im Interesse der Einheit der Jugendhilfe. Kontakt: <https://www.agj.de/>

# Erbschaften, Vermögensungleichheit und die Notwendigkeit einer fairen Erbschaftssteuer

von Yannik Haan

Die Feststellung, dass Reichtum in Deutschland ungleich verteilt ist, überrascht vermutlich niemanden. Wenn man sich die Zahlen genau anschaut, ist das Ausmaß allerdings erschreckend: Die reichsten 1% der Vermögensverteilung – also



800.000 Menschen – besitzen 35% der Vermögen, die reichsten 10% besitzen 67,3%, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung – also 41 Millionen Menschen – nur 1,2% aller Vermögen besitzen. (1)

Diese extreme Ungleichheit ist auch Folge einer Steuerpolitik, die systematisch Vermögende privilegiert und die Besteuerung insbesondere von Vermögen und Erbschaften kontinuierlich verringert hat. Das Ergebnis ist eine demokratiegefährdende Machtkonzentration in Form von Kapital und Einfluss in den Händen von Wenigen, die der wachsenden materiellen Unsicherheit von Vielen gegenübersteht.

Menschen, die in sozialen Einrichtungen arbeiten, haben das in den letzten Jahren deutlich zu spüren bekommen: der Bedarf nach Lebensmittelpenden, nach Beratung und psycholo-

gischer Betreuung steigt von Jahr zu Jahr. Wir alle erinnern uns an die Berichte der überlasteten Tafeln, aber das Problem trifft eine Vielzahl von karitativen Einrichtungen, die personell nicht ausreichend besetzt und chronisch unterfinanziert sind.

Auf der anderen Seite gibt es satte Kapitalmarkt-Gewinne während der Pandemie, Milliardäre die ins All fliegen und Diskussionen darüber, ob man die Freibeträge bei der Erbschaftssteuer nicht erhöhen sollte. Wir von taxmenow gehören überwiegend zu diesem Teil der Gesellschaft, nämlich zum reichsten 1% der Vermögensverteilung. Neben einigen Unternehmer:innen und einem Bitcoin-Millionär sind wir mehrheitlich Menschen, die sich durch das Glück auszeichnen, in eine reiche Familie geboren zu sein.

Damit spiegeln wir die Vermögenssituation in unserem Land: denn in Deutschland wird die Hälfte aller Vermögen nicht erarbeitet, sondern geerbt oder durch Schenkungen erhalten. (2) Die eigene Vermögenssituation ist also zu einem gewichtigen Teil das Ergebnis der „Geburtslotterie“. Das ist umso mehr bei sehr hohen Vermögen der Fall. Warum das ein Problem ist?

## Erbschaften als stetige Verfestigung der ökonomischen und sozialen Ungleichheit

Deutschland bezeichnet sich selbst als „Leistungsgesellschaft“. Wer sich nur genug anstrengt, der kann es durch harte Arbeit nach oben schaffen, so das Versprechen. Natürlich gibt es immer wieder leuchtende Beispiele, die diese These zu belegen scheinen. Tatsächlich stehen diesen aber eine Vielzahl von Menschen gegenüber, für die das Credo der Leistungsgesellschaft eine leere Versprechung bleibt. Auch wenn man sich die jährlich erscheinenden Listen der reichsten Deutschen anschaut, wird man feststellen, dass die meisten ihr Vermögen geerbt haben. In Anbetracht dessen ist es schwierig, den Mythos der Leistungsgesellschaft aufrechtzuerhalten – „Erbengesellschaft“ trifft es schon eher.

Das Problem bei Erbschaften ist, dass sie die bestehende Vermögensungleichheit weiter vergrößern: die reichsten 10% der Deutschen besitzt bereits 67% aller Vermögen, während die ärmere Hälfte nur über 1,3% verfügt. Nun werden die Rei-

**Der Bedarf an Lebensmittelpenden, Beratung und psychologischer Betreuung steigt jährlich.**

**Erbschaften führen zur stetigen Verfestigung der ökonomischen und sozialen Ungleichheit, die zu einer Gefahr für die Demokratie wird.**

chen ihre Vermögen zum größten Teil an die eigenen Kinder vererben, die wahrscheinlich ohnehin schon wohlhabend sind, weil sie mit ihrem privilegierten Zugang zu Bildung, Netzwerken und Karrieremöglichkeiten ohnehin verbesserte Startchancen hatten. Auf der anderen Seite erben die ärmeren 70% keine nennenswerte Summe oder sogar Schulden, sodass sich ihre finanzielle Situation durchs Erben nicht verbessert.

Erbschaften führen also zur stetigen Verfestigung der ökonomischen und sozialen Ungleichheit, die schließlich zu einer Gefahr für die Demokratie wird. Denn eine hohe Vermögensungleichheit führt auch zur Konzentration von Macht und Einfluss in den Händen weniger. Reiche Menschen haben es durch ihr Geld, aber auch durch Beziehungen zu Politik, Wirtschaft und Medien ungleich leichter, die politische Willensbildung zu beeinflussen. Diese Entwicklung zu einem aristokratischen Prinzip ist umso bedenklicher, da sich die Demokratie aktuell weltweit unter Druck befindet.

Ein Mittel, diese gefährliche Entwicklung einzudämmen, ist die Erbschaftssteuer. Zu diesem Schluss kamen auch die Richter:innen des deutschen Bundesverfassungsgerichts, als es im Jahr 2014 zur Reform der Erbschaftssteuer mahnte.

### Ein Exkurs zur Erbschaftssteuer

*„Die Erbschaftsteuer ist ein Beitrag zur Herstellung sozialer Chancengleichheit, die sich in einer freien Ordnung nicht von selbst herstellt.(...) Die Erbschaftsteuer dient deshalb nicht nur der Erzielung von Steuereinnahmen, sondern ist zugleich ein Instrument des Sozialstaats, um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumuliert und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwächst. Dass hier auch in Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit eine Herausforderung liegt, zeigt die Entwicklung der tatsächlichen Vermögensverteilung. (...) Die Erbschaftsteuer wirkt der Gefahr entgegen, dass durch eine zunehmende Ungleichverteilung von Mitteln die Chancen auf gesellschaftliche wie politische Teilhabe auseinanderdriften und sich so letztlich Einfluss und Macht zunehmend unabhängig von individueller Leistung verfestigen und an Herkunft gebunden sind.“(3)*

Die Erbschaftssteuer dient nach Auffassung der Richter:innen also vor allem einem Zweck: der Kumulation von Reichtum in den Händen weniger entgegenzuwirken und somit dem Wohl der Demokratie zu dienen. Doch wir sollten nicht aus dem Blick verlieren, dass die Besteuerung von Erbschaften auch Einnahmen generiert, die für Zukunftsinvestitionen ausgegeben werden können.

Allerdings ist wegen der Lobbyarbeit der Reichenlobby das jetzige Erbschaftssteuerrecht kompliziert und gespickt mit Ausnahmen, die von Hochvermögenden und ihren Steuerberater:innen kreativ ausgenutzt werden, um die eigene Steuerlast zu drücken. Zwei Zahlen zeigen beispielhaft, wie ungerecht das ist: Wenn man drei Wohnungen erbt, muss man darauf Erbschaftssteuern zahlen, aber wenn man hingegen 300



Wohnungen erbt, wird die Erbschaft als Betriebsvermögen behandelt und kann von der Steuer befreit werden. Ebenso absurd: Erbschaften unter 20 Millionen € werden im Schnitt mit 9% besteuert, während auf Erbschaften über 20 Millionen durchschnittlich 2,2% fällig werden. Zur Erinnerung: jemand mit einem Jahresgehalt von ca. 50.000 € zahlt darauf über 20% Einkommenssteuer. (4) Die niedrige Besteuerung hoher Erbschaften ist vor allem das Ergebnis umfangreicher Steuerprivilegien für Hochvermögende und einer beispiellosen Subventionierung von familiendynastischen Unternehmensübertragungen. Wir wissen, teils aus eigener Erfahrung, dass ab einer gewissen Höhe der Erbschaft die Steuerzahlung effektiv freiwillig ist. Eine fast vollständige Befreiung kann ganz legal beantragt werden, sofern das Vermögen Betriebsvermögen ist oder „steueroptimierend“ entsprechend umstrukturiert wird.

Das einzigartige Privileg, sich derart von einer Besteuerung befreien zu können, ist Hochvermögenden vorbehalten. Bei der Mehrwert- oder Einkommensteuer gibt es diese Möglichkeiten selbstverständlich nicht – und auch nicht bei kleinen und mittleren Erbschaften.

Die Erbschaftsteuer ist ein Beitrag zur Herstellung sozialer Chancengleichheit, die sich in einer freien Ordnung nicht von selbst herstellt.

Jedes Jahr entgehen dem Staat dadurch 5-10 Mrd. € an Steuereinnahmen, die für Infrastruktur, Bildung oder zur Bewältigung von Zukunftsausgaben ausgegeben werden könnten. Seit 2009 haben diese Privilegien für Superreiche über 76 Mrd. € gekostet – mit dem Geld hätte man 1,5 Millionen Stellen in der Pflege schaffen oder 381.000 Sozialwohnungen bauen können. (5)

Stattdessen bleibt das Geld in den Händen weniger und die Summe wird Jahr für Jahr größer.

### Forderung nach Umverteilung auf demokratische und transparente Weise

Wir reichen Erb:innen sind Ausdruck einer extremen und wachsenden Vermögensungleichheit, die auch das Ergebnis von politischen Entscheidungen ist, die große Vermögen bevorzugen und die unbedingt zu überdenken und zu überarbeiten sind. Wir wollen nicht, dass Macht und Vermögen sich in den Händen Weniger konzentrieren. Wir wollen Wohlstand, Teilhabe und soziale Sicherheit für alle. Die Voraussetzung dafür ist ein starkes und gerechtes Steuersystem, das auf demokratische und transparente Weise für Umverteilung sorgt und durch die Finanzierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen das Gemeinwohl und die Demokratie stärkt.

Wir müssen uns also fragen: Können wir es uns leisten, auf die angemessene Besteuerung von Erbe zu verzichten? Wollen wir auf eine Maßnahme verzichten, welche die Demokratie stärkt, die Ungleichheit reduziert, Zukunftsinvestitionen fördert und eine Umverteilung so organisieren kann, dass ökonomischer und sozialer Ungleichheit entgegengewirkt werden kann, statt diese zu verfestigen.

Wir sind überzeugt, dass eine gerechtere Besteuerung von Erben nötig ist. Und wir wissen, dass sie möglich ist.



Foto: FvH



#### Anmerkungen:

- 1) DIW-Wochenbericht 50/2021, S. 807-815, URL: [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.831678.de/publikationen/wochenberichte/2021\\_50\\_1/grunderbe\\_und\\_vermoegensteuern\\_koennen\\_die\\_vermoegensungleichheit\\_verringern.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.831678.de/publikationen/wochenberichte/2021_50_1/grunderbe_und_vermoegensteuern_koennen_die_vermoegensungleichheit_verringern.html) [24.4.2023]
- 2) M. B. Linartas (2022): „Die eklatante Vermögensungleichheit unserer Erbesgesellschaft“. URL: <https://www.finanzwenderesearch.de/2022/07/12/vermoegensungleichheit-unserer-erbesgesellschaft/> [24.4.2023]
- 3) Bundesverfassungsgericht, Urteil des Ersten Senats vom 17. Dezember 2014, BvL 21/12, Rn. 1-7. URL: [http://www.bverfg.de/e/ls20141217\\_1bvl002112.html](http://www.bverfg.de/e/ls20141217_1bvl002112.html) [24.4.2023]
- 4) J. Jirmann, (2022): „Erbschaftsteuer: Nicht für Superreiche“. URL: <https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/elementor-10684/> [24.4.2023]
- 5) Friedrich-Ebert-Stiftung: Erben verpflichtet! URL: <https://www.fes.de/finanzpolitik/erben-verpflichtet-erbschaftsteueruhr> [24.4.2023]

Fotos: kokolores

#### Yannick Haan



ist Mitglied von taxmenow, einer Initiative von Vermögenden im deutschsprachigen Raum. Taxmenow konzentriert sich darauf, Themen wie Steuergerechtigkeit, Vermögensungleichheit und Klassenprivilegien aus der Vermögenden-Perspektive zu besprechen. taxmenow ist als Verein organisiert und offen für alle, die diese Arbeit unterstützen und sich einbringen möchten. Kontakt: [taxmenow.eu](https://taxmenow.eu)



# Gurken für zwei Euro, wo führt das hin?

von Alexandra Kauffmann

Kaum ein Gemüse steht in unserem Arbeitsalltag für die Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten, so symbolisch für die Inflation wie die Gurke. Ob ich mit Jugendlichen oder mit Erwachsenen zusammensitze, sie äußern sich alle ähnlich wie ein 19-jähriger, als er sagte: „*Letztens sollten Gurken zwei Euro kosten, wo führt das noch hin?*“. Mir fiel nichts anderes ein, als zu sagen: „*Und dass, obwohl sie zu fast 80 Prozent aus Wasser bestehen*“. Damit konnte ich die aufgeheizten Gemüter bei der Unterhaltung über die Inflation und die Umstellung auf das Bürger\*innengeld wieder zum Schmunzeln bringen. Die Inflation und das Gerede über die Heizkosten lösen viele Ängste aus, sie machen die Menschen zornig und bringen auch Verzweiflung mit sich. Dies manifestiert sich im Arbeitsalltag unseres Teams vom ASP (Abenteuerspielplatz, Sozialberatung und parteiliche Unterstützungsangebote) Wegenkamp e.V. im Projekt der Gästewohnung besonders durch die vorhandene Armut unserer Nutzer\*innen.

Der Abenteuerspielplatz unseres Trägers ist ein offenes Angebot, welches niedrigschwellig Zugänge leistet für Familien im Sozialraum und die Lebensqualität verbessern soll. Die Gästewohnung ist ein Projekt, welches hieraus entstand und auf eine engere Zusammenarbeit mit den Nutzer\*innen in Krisen setzt. Sie besteht aus der gemeinsamen Arbeit an Not- und Krisensituationen und ebenso der möglichen Unterbringung in der Gästewohnung oder in Gastfamilien im Sozialraum.



## Doch was ist eigentlich Armut?

Armut beschreibt einen materiellen (ökonomisch) oder immateriellen (z.B. Freund\*innenschaften oder Wissen) Ressourcenmangel einer Person oder Gruppe (vgl. Seeck 2021:18; zitiert nach Seeck; Theißl 2021). Um Armut zu messen, existieren verschiedene Faktoren, wie dies festgestellt werden kann, zum Beispiel durch die Höhe des Einkommens, Größe des Freund\*innenkreises, Bildungsabschlüsse, etc. Meines Erachtens nach sollte es in der Sozialen Arbeit jedoch wesentlich zentraler sein, festzustellen, wie sich der Klassismus auswirkt, den in unserer Einrichtung nahezu alle Nutzer\*innen erleben und welcher in Zeiten der Inflation besonders schlimm ist. Sie erleben es als Marginalisierung oder mindestens als Risiko, aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein bzw. nicht teilhaben zu können (vgl. Spiegel 2018: 20). Sozialarbeiter\*innen haben die Aufgabe diese klassistischen Mechanismen zu verstehen. Denn nur im Wissen um die struk-

turelle Benachteiligung können sie ihrer Aufgabe gerecht werden, „[...] für die stellvertretende Durchsetzung von Adressat[\*innen]interessen (Hilfe)“ (Spiegel 2018: 26) einzutreten.

Kemper und Weinbach (2021: 9) beschreiben Klassismus zum einen als „*Ausschluss von materiellen Ressourcen und politischer Partizipation, zum anderen die Verweigerung von Respekt und Anerkennung gegenüber Menschen mit ihren Rechten, Lebensweisen, Wertvorstellungen*“. Menschen werden somit in ihrem „Sein“ abgewertet, in ihrem Handlungsrahmen eingeschränkt, bis hin zu Exklusion. Immer wieder wird deutlich, dass viele unserer jungen Nutzer\*innen aus der Schule ausgeschlossen werden, weil sie als „Härtefälle“ deklariert werden, obwohl ein Schulbesuch sich durch die prekären Lebensbedingungen als große Herausforderung gestaltet. Auf einen neuen Schulplatz warten sie dann bis zu sieben Monaten.

In den geregelten Schulalltag zurückzugelangen und das oftmals mit dem Stempel als „kompliziert“ zu gelten, erschwert es enorm. Armut ist somit nicht einfach existent, sondern wird strukturell produziert.

Darüber hinaus zeigt es sich als bedeutsam, sich insgesamt mit Diskriminierungsformen und ihren Verschränkungen auseinanderzusetzen. Niggemann macht hierzu deutlich, „[...] dass Armut global vor allem nicht-weiße

Frauen\* trifft“ (Niggemann 2021:45; zitiert nach

Seeck; Theißl 2021). Beispielsweise sind viele unserer Nutzer\*innen alleinerziehende Mütter\* oder Mütter\*, welche für den Haushalt verantwortlich sind. Sie standen besonders in der Pandemie, doch auch noch jetzt, vor verschlossenen Türen von Behörden, die sich vorsätzlich abzuschotten schienen. Zur Klärung von Angelegenheiten war es in dieser Zeit zentral Anrufe zu tätigen oder schriftlich in kommunikative Prozesse zu gehen. Dies stellte vor allem für Menschen, welche nicht deutsche Muttersprachler\*innen sind, eine große Barriere dar. Bei vielen Familien, mit denen wir zusammenarbeiten, sind es die Mütter\*, die diese Aufgaben übernehmen. Hier zeigt sich die Verschränkung ihrer Diskriminierung. Immer wieder ist es in unseren Beratungen notwendig stellvertretend für sie zu agieren, Anrufe zu tätigen, Dokumente zu übersetzen und E-Mails zu verfassen. Die Angst vor Rassismus artikulieren sie uns gegenüber. Weiterführend zeigt sich eine intersektionale (1) Betrachtung als bedeutsam bei den neuen Herausforderungen, denen sich die Jugendhilfe stellen muss. Im Jahr 2024 soll das Teilhabegesetz für junge Menschen im Jugendhilfegesetz verankert werden. Eine daraus resultierende Konsequenz muss

zwangsläufig die Auseinandersetzung mit den Themen Klassismus und Ableismus (2) sein (vgl. IgFH 2023).

Bei Kindern aus vermeintlich migrantisierten (3) oder auch alleinerziehenden Haushalten, Elternteilen, die von der Gesellschaft behindert werden, und allen, die dann noch zusätzlich von Armut betroffen sind, sind die Hürden am größten. Sie verdienen die größte Anerkennung, in dieser Struktur zu existieren.



Klassismus wirkt vielseitig, verschränkt und wird individuell aufgrund der zugeschriebenen oder tatsächlichen Identität erlebt. Es bedarf Sozialarbeiter\*innen, welche hierum wissen und sich verantwortlich für genau jene Probleme fühlen, die daraus resultieren. Es braucht eine gesellschaftliche Sensibilisierung für Diskriminierungsstrukturen wie Klassismus. Auch in der Sozialen Arbeit braucht es Fachkräfte, welche hierum wissen und nicht ausschließlich subjektzentriert versuchen diesen Problemlagen entgegenzuwirken, sondern gesellschaftliche Veränderungen anstreben.

### Was bedeutet das für uns und die Nutzer\*innen in der alltäglichen Zusammenarbeit?

Ich begleite eine junge Volljährige zum Einkaufen. Bereits nach der ersten Abteilung im Einkaufsladen entsteht Wut bei der Nutzer\*in und kurz scheint es, als müssen wir unseren Einkauf vorzeitig beenden. In unserem Einkaufswagen befinden sich neun Lebensmittel aus der Gemüse- und Obstabteilung. Kurz vorher hatten wir noch diskutiert, ob sie sich zum ersten Mal zutraut einen Brokkoli, der zwei Euro kostet, zuzubereiten, sie packt ihn – nach genauer Besprechung der Zubereitung – ein. Als sie in meinem Handy sieht, dass wir mit neun Lebensmitteln bereits bei 30 € sind, kostet es uns beiden Mühe und Kraft, weiterzumachen. Sie, weil sie 100 € für zwei Wochen Lebensmitteleinkäufe zur Verfügung hat, wovon sie sich, ihre Katze und in Großteilen ihren (mittellosen) Freund durchbringen muss. Und mich bringt es an meine Grenzen, weil ich noch nicht einmal argumentieren kann, dass sie mit Obst und Gemüse unnütze Sachen einkaufen würde oder die Schuld bei ihrem Verhalten suchen kann. Es sind die strukturellen Mächte, die hier zum Ausdruck kommen. Schlecht fühle ich mich, weil ich bis dahin nicht direkt gemerkt habe, dass eine Gurke bis zu zwei Euro kosten kann. Obwohl auch ich die Inflation wahrnehme, liegt mein eigener Fokus eher darauf, was gesund für mich ist. Die Situation verdeutlicht die Unterschiedlichkeit unserer beider Lebenswel-

ten und einen Konflikt, dem wir Sozialarbeiter\*innen uns stellen müssen.

An einem anderen Tag sitze ich mit drei Jungerwachsenen zusammen. Wir diskutieren darüber, was reale Ziele im Leben sind. Wir reden darüber, was für einen Beruf sie ausüben könnten, um sich später ein gutes Leben ermöglichen zu können. Sie wollen, meiner Einschätzung nach, nicht mit ihren Ängsten konfrontiert werden, beginnen das Gespräch mit konkreten Vorstellungen über einen Aufstieg, sie wollen Luxus, Markenklamotten und ein dickes Auto. Gleichzeitig haben sie Angst, überhaupt zu beginnen, weil das Ziel so fern ist. Worauf wir uns schließlich einigen können ist, dass sie alle genug Geld wollen, um sorglos einkaufen gehen zu können, um vielleicht mal einen Urlaub im Ausland erleben zu können und ihren Kindern später etwas Besseres zu bieten. Doch wie sieht so ein Weg aus, für Menschen die das Bürger\*innengeld beziehen und in unserer Gesellschaft hierarchisch weit unten gedacht werden.

Ein 17-jähriger zeigt mir einen Flyer für einen Aushilfsjob in einem Supermarkt. „*Da kriegt man easy seine 520 € – brauchst du nen Job?*“ fragt er mich. Ich sage zu ihm, dass Sozialarbeiterin ja bereits mein Job ist. Ich frage ihn, warum er den Job nicht macht. Er antwortet mir: „*Ich kann doch nicht lesen und rechnen?*“ (weil er als „Härtefall“ seit der 7. Klasse nicht mehr in die Schule geht), ich sage daraufhin: „Und deswegen möchtest du nicht arbeiten?“ – Stille. Ich erwische mich bei dem Gedanken, dass natürlich alle arbeiten müssen und befürchte ihm genau diesen Impuls mit meiner Reaktion vermittelt zu haben. Bei ihm scheint ein Gefühl von Perspektivlosigkeit und Abwertung zu bleiben. Ich habe das Gefühl, dass dieses Gespräch ein weiteres Mal in eine immer wiederkehrende Kerbe trifft, dieses Mal durch mich.

### Klassismus in Bildungsinstitutionen

Die Kitas und Schulen stellen für viele unserer Nutzer\*innen eine Hürde dar. Zum einen fühlen sich die Eltern von den Institutionen kontrolliert bzw. bevormundet (bezogen auf das mitgebrachte „falsche“ Essen der Kinder, deren Kleidung oder bezogen auf das Verhalten, die Leistung und die entsprechende „Zielerreichung“ in den sog. Lernentwicklungsgesprächen). Eltern berichten uns, dass sie sich immer wieder abgehängt und unverstanden fühlen. Die Anpassungsleistungen oder -erwartungen an arme Familien sind enorm und die Benachteiligung in Form von Klassismus alltäglich spürbar. Der stellvertretende Kontakt zu Lehrer\*innen wird zunehmend Teil unserer Arbeit, weil Eltern und Kinder uns an ihrer Seite wollen. Gemeinsam müssen wir etwas repräsentieren, was sie aufgrund von Armut nicht sein können bzw. weil sie den Armutsstempel aus diesen Institutionen aufgedrückt bekommen und daraufhin

Sozialarbeiter\*innen haben die Aufgabe herrschende klassistische Mechanismen zu verstehen.

eine Abwertung erfolgt. Genauso ist es ein Bestandteil unserer Arbeit, sich für die Finanzierung kultureller Veranstaltungen in der Schule verantwortlich zu fühlen, diese erst einmal zu bezahlen, wenn die Familie die acht Wochen finanziell nicht verkraften kann, die es dauert, bis die Leistungen aus dem sog. Bildungs- und Teilhabepaket möglicherweise bewilligt werden. Eltern, die Bürger\*innengeld beziehen, wird nicht zuge-  
traut, ihr Geld für ihre Kinder auszugeben, deswegen wird es über das Bildungs- und Teilhabepaket kontrolliert und präzise (umständlich) bezuschusst.

Kein Wunder, dass viele Jugendliche in unserem Arbeitsfeld ab der siebten Klasse aus der Bildungsinstitution rausfallen. Klassistische Mobbingverfahren kennen sie fast alle. Abwertung durch Lehrer\*innen genauso. Viele haben Eltern, die gegenüber diesen Institutionen ermüden und resignieren. Die schulischen Lernanforderungen sowie später den ungewohnten und anspruchsvollen Alltag einer Ausbildung trotz dessen zu schaffen, scheint vielen der Jugendlichen schier unmöglich. Ihr Optimismus, es wirklich besser haben zu können, ist im System von Bürger\*innengeld und dem dadurch erlebten Klassismus stark getrübt. Wenn sie es doch in Angriff nehmen wollen, dann brauchen sie einen Nachteilsausgleich. Den bekommen sie nur, wenn sie vorab in der Bundesagentur für Arbeit „behindert werden“. Eine geförderte Ausbildung in einem geschützten Rahmen ist nur mit diesem Stempel möglich. Macht sich Soziale Arbeit damit schuldig, ihre Nutzer\*innen in prekäre Jobs zu begleiten? Immer häufiger fällt in Jugendhilfeeinrichtungen das Wort „Zeitarbeit“. Hieran zeigt sich, dass Soziale Arbeit wirken muss, um Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Perspektive zu ermöglichen, von der aus sie sich als Teil der Gesellschaft wahrnehmen können.

### Unsere Rolle als Sozialarbeiter\*innen

Das 9-Euro-Ticket brachte im Sommer 2022 für uns eine erholsame Zeit. Viele der Schulden, die junge Menschen gemacht haben, resultierten aus dem Fahren ohne Fahrschein. Eine Tageskarte im HVV-Großbereich Hamburgs kostet aktuell 7,90 €. Das ist so viel, wie ein Paar Tennissocken kosten. Das ist so viel wie zwei Abendessen oder wie ein kleines Geschenk, das sie sich gerne gegenseitig zum Geburtstag machen würden, ein Kinobesuch, ein Tag im Schwimmbad oder sie könnten damit E-Roller fahren und erahnen wie es ist, ein Auto zu fahren. Für viele ist es ein Wunsch als erwachsene Person Auto fahren zu können. Dieses Ziel kann aus finanziellen Gründen oft nicht erreicht werden. Die oft einzige Möglichkeit das Ziel des Führerscheins erreichen zu können, ist der Job in der ambulanten Pflege, da das Job-Center die Führerscheinkosten trägt. 7,90 € ist für die meisten jungen

Nur im Wissen um strukturelle Benachteiligung können sie ihrer Aufgabe gerecht werden.

Menschen der Grund, warum sie verschuldet sind. 60 €, wenn sie erwischt werden, dann kommen die Mahngebühren, dann die Gerichtskosten. Schnell werden hieraus mehrere hundert Euro, wenn sie sich nicht selber organisieren können und einen Ratenplan aufstellen und einen Dauerauftrag hierfür eingerichtet bekommen. Es ist allzu oft der Start in ein Leben mit Schulden. Das neue „Deutschland-Ticket“ für 49 € wird somit auch nicht denen nutzen, die es eigentlich am nötigsten hätten. Es nützt der Mittelschicht, die ihre Forderungen nach einem bezahlbaren Ticket durchsetzen konnte.

Im Alltag sind es die Kinder bis hin zu den Jungerwachsenen, die es am schwersten trifft. Sie sehen die Strukturen nicht so klar, sondern sehen sich selbst verantwortlich an ihrem Scheitern und nicht die Begrenzung, in einer ungerechten Welt groß zu werden, obwohl sie die Ohnmacht deutlich spüren.

Wenn sie in die Kita oder Schule gehen, dann wissen sie, dass sie arm sind. Zumindest arm dran: die Hürden, für ihre Eltern beispielsweise die Kosten für das Mittagessen beim Amt zu beantragen und dann über eine App das schulische Mittagessen bestellen zu müssen, sind riesig. Wie es ist, nicht in die Kita gehen zu dürfen, weil die Beantragung eines Kita-Gutscheins zu lange braucht, kriegen auch kleine Kinder schon mit.

Klar, Eltern haben genauso ihre Sorgen, Ängste und Befürchtungen. Das sind die Familien, die den Winter über nicht mehr geheizt haben, weil sie nicht wissen, was dieses ganze Gerede über die Heizkosten tatsächlich bedeutet, ihre Angst aber enorm ist. Wir sehen das Einkaufen im Modus, wie man es sich kaum professioneller vorstellen könnte: viele wissen, wo es Butter für unter zwei Euro gibt, wie lange Fleisch im Froster trotz Ablaufdatum noch haltbar sein wird oder dass „vegetarisch sein“ weniger mit einem Habitus als mit Armut und mangelnden ökonomischen Ressourcen in Verbindung steht. Ein Großteil unserer Beratungen bezieht sich auf Anliegen, die aus dem „Hören-Sagen“ über zusätzlichen Geldquellen resultiert. Seien es Beantragung von Spenden für eine neue Waschmaschine, Leistungen aus dem Teilhabepaket, Kindergeldzuschuss; all diese Sondermittel werden für sie umso bedeutsamer, weil im Zuge der Inflation das Bürger\*innengeld oder prekäre Gehälter (wie in der Pflege) nicht ausreichen. Wo es für sie besonders knifflig wird, ist, wenn Zettel bei Behörden nicht bearbeitet werden, wenn bei Ausbleiben der Zahlungen niemand ansprechbar oder zuständig ist, wenn alles nur noch schriftlich zu erbringen ist, wenn sie nirgends anrufen können, weil kurz vor Monatsende keine Prepaidkarte drin ist oder wenn nach 13 Minu-



ten in der Hotline vom Job-Center oder bei der Kindergeldstelle einfach aufgelegt wird. Gelder vom Amt zu erhalten, ist hoch komplex. Wir sind für unsere Nutzer\*innen zu Übersetzer\*innen geworden, zu einer Ressource, um telefonieren, faxen, drucken oder mailen zu können. Wir müssen ihnen Geld geben, damit Ärzt\*innenrechnungen beglichen werden können, weil das Jobcenter beispielsweise vergessen hat, die Leute kranken zu versichern. Das ist Teil unseres Jobs. Ressourcen, die in diese Unterstützungsrbeit fallen, fehlen allerdings an anderen Stellen. Zudem ist es ein Beispiel für die Entgrenzung der Aufgaben innerhalb des Arbeitsfeldes.



Ursache des Problems. Soziale Arbeit muss in der stellvertretenden Verantwortungsübernahme von Nutzer\*inneninteressen Repräsentation schaffen. Wir müssen diese Themen in der Öffentlichkeit thematisieren, genauso müssen wir die Interessen der Nutzer\*innen gegenüber der Sozialpolitik formulieren, um dazu beizutragen, klassistische Benachteiligung abzuschaffen!

Meiner Einschätzung nach braucht Soziale Arbeit eine kritische Auseinandersetzung mit Klassenunterschieden und den Auswirkungen von Klassismus. Wir können unsere Ressourcen so einsetzen und zur Verfügung stellen, dass Menschen, die sonst keinen Zugang zu Ressourcen wie Räumen, Sprache, Netzwerken haben, diese mitnutzen können. Gleichzeitig scheint es mir essentiell, Ressourcen zu erkennen, vorhandene Netzwerke der Nutzer\*innen zu sehen und Alltagsbewältigungsstrategien anzuerkennen.

Soziale Arbeit muss bewusst – im Wissen um Klassismus – beginnen, sich verantwortlich für die Menschen zu fühlen, mit denen wir alltäglich zusammenarbeiten, denn *„Klassismus hat konkrete Auswirkungen auf die Lebenserwartung und begrenzt den Zugang zu Wohnraum, Bildungsabschlüssen, Gesundheitsversorgung, Macht, Teilhabe, Anerkennung und Geld“* (Seeck; Theißl 2021: 12).

Im Prozess des Verstehens der unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten unserer Nutzer\*innen kann erst ein gemeinsames Verstehen von Problemlagen sowie der daraus resultierenden Festlegung von gemeinsamen Zielen stattfinden, wenn wir unsere Rolle wahrnehmen und uns gegenüber den klassistischen Strukturen positionieren bzw. darum wissen und uns öffentlichkeitswirksam zeigen, indem wir beispielsweise Schreiben aufsetzen, gemeinsam skandalisieren, protestieren etc. Eine Forderung an die Sozialpolitik sollte beispielsweise sein, dass die Erhöhung von rund 50 € bei der Umstellung von Hartz IV zum Bürger\*innengeld lächerlich ist, betrachtet man die Kosten, die nun mit der Inflation anfallen, oder das Problem benennen, dass immer mehr Menschen aus Hamburg in andere Bundesländer ziehen müssen, um überhaupt noch eine Wohnung zu bekommen.

Die Tafel als feste Hilfsinstitution unserer Sozialpolitik, das ReBBZ als Endstation für Kinder aus Armutsfamilien, welche aus den Bildungsinstitutionen fallen, die Zeitarbeit als Lösung für arbeitslose junge Erwachsene stellen Hilfeformen dar, die am Ende der Armutsspirale ansetzen und nicht an der

#### Anmerkungen:

- 1) Intersektionalität beschreibt das Wirken mehrerer Diskriminierungskategorien auf eine Person. Hieraus entstehen individuell erlebte Benachteiligung und Unterdrückung, welche in ihrer umfassenden Ausprägung erfasst werden muss.
- 2) Ableismus beschreibt die Diskriminierung aufgrund des Körpers, welcher nicht der normativen Vorstellung entspricht und wodurch somit Menschen von der Gesellschaft behindert werden.
- 3) „Vermeintlich migrantisiert“ wird hier benutzt, weil es sich oft um Zuschreibungen über das „Nicht-Deutschsein“ handelt und nicht um eine eigene Definition unser Nutzer\*innen.

#### Literatur:

- IGfH (Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen): URL: <https://igfh.de/sgb-viii-reform> [Ref. 12.03.2023 18.37], [2.5.2023].
- Kemper, Andreas; Weinbach, Heike (2021): *Klassismus. Eine Einführung*. 4. Auflage. UNRAST-Verlag: Münster.
- Niggemann, Jan (2021): Keine Klasse für sich. Perspektiven einer sorgenden Theoriearbeit. In: Seeck, Francis/Theißl, Brigitte (2021): *Solidarisch gegen Klassismus. Organisieren, intervenieren, umverteilen*. (3. Aufl.). Unrast Verlag.
- Seeck, Francis/Theißl, Brigitte (2021): *Solidarisch gegen Klassismus. Organisieren, intervenieren, umverteilen*. (3. Aufl.). Unrast Verlag.
- Seeck, Francis (2021): Hä, was heißt denn Klassismus? In: Seeck, Francis/Theißl, Brigitte (2021): *Solidarisch gegen Klassismus. Organisieren, intervenieren, umverteilen*. (3. Aufl.). Unrast Verlag.
- Spiegel, von Hiltrud (2018): *Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Grundlagen und Arbeitshilfen für die Praxis*. Ernst Reinhardt Verlag. München.

Fotos: Anja Krüger-Bödeker

### Alex Kauffmann

ist Sozialarbeiterin im Projekt Gästewohnung (ASP Wegenkamp e.V.) einer Kriseneinrichtung. Seit 2022 lehrt sie an der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie Hamburg.

Kontakt:  
Alexandra.kauffmann@web.de

# Praxisbericht aus der Beratungstätigkeit im KiFaZ-Schnelsen

*Ein Gespräch mit Lars Dietrich*

**FORUM-Redaktion: Spielt das Thema Armut in deiner, bzw. eurer Beratungsarbeit eine Rolle? Und wenn ja, welche?**

**Lars Dietrich:** Ja, es spielt auf jeden Fall eine Rolle, weil viele Menschen bei uns im Stadtteil, im näheren Umfeld, Sozialleistungen beziehen. Das ist ein Teil von unserer Beratungsarbeit und in diesem Sinne haben wir dazu relativ viel Kontakt. Ich glaube dazu kommt, dass unser unmittelbarer Sozialraum, auch durch Armut geprägt ist. Das ist auch statistisch nachgewiesen, dass der Anteil an Menschen, die Sozialleistungen beziehen, oder in Jobs sind, die eher in der unteren Einkommensklasse liegen, relativ stark ausgeprägt ist. Das liegt mitunter an dem baulichen Umfeld, also die SAGA ist der Vermieter hier und sehr viele Wohnungen sind durch das Jobcenter finanzierbar hier.

Als KiFaZ sind wir natürlich auch besonders mit den Herausforderungen, die Armut für Familien und Kinder bedeutet, konfrontiert. Dies meint zunächst die Versorgung von ganz wesentlichen Grundbedürfnissen, wie zum Beispiel ausreichend Essen und Kleidung für die Kinder. Dabei merke ich, dass es da bei einem kleinen Teil der Familien, die wir betreuen am Monatsende schon mal knapp werden kann. Wir sehen das aber auch ganz deutlich in anderen Bereichen wie zum Beispiel Schulmaterialien, Finanzierung von Freizeitaktivitäten und beim Thema Wohnraum. Damit meine ich den Platz, der einem Kind zur Verfügung steht im häuslichen Umfeld. Da gibt es deutliche Unterschiede zu anderen Familien in Schnelsen, die eher aus dem bürgerlichen Milieu stammen.

Demnach ist das ein ganz großer Teil von unserer Zielgruppe und dement-



sprechend sind auch unsere Beratung und unsere Angebote darauf ausgerichtet. Wir sind sehr fit in dem ganzen Spektrum von Leistungen. Und wir gestalten natürlich auch unsere Angebote so, dass wir das miteinbeziehen. Also vielleicht ein kleines Beispiel: wenn wir hier eine Ferienaktion planen, dann gibt es oft einen kleinen Eigenanteil. Aber uns ist klar, dass der nicht über, je nach Angebot, aber das der nicht über ein paar Euro liegen sollte, weil wir sonst Menschen hier ausschließen würden. Oder die Anfrage wäre dann relativ gering, weil die Menschen sich das so nicht leisten können.

**Du hast es eben schon ein bisschen angedeutet, was sind denn die häufigsten Themen und Anliegen mit denen die Menschen zu euch kommen, in Bezug auf Armut?**

Das sind einmal die Sozialleistungen, da geht's sehr viel um Zuständigkeit, im

Sinne von welche Sozialleistung ist jetzt die richtige für mich, wer ist für mich zuständig. Ist es das Jobcenter oder ist es vielleicht die Grundsicherung und wenn es darüber hinausgeht Wohngeld oder Kinderzuschlag. Und zudem alles was um Wohnberechtigungsschein geht, da hängt ja sehr sehr viel dran. Das sind in der Beratung die Themen.

Dann natürlich auch die Antragstellung und vielleicht auch mal zu überprüfen hat das Amt denn auch die richtige Leistung bewilligt. Das ist, besonders beim Jobcenter auch immer wieder fehlerhaft. Und Meistens zu Ungunsten der Familien.

Weiter treten immer wieder Fragen zur Versorgung von Kindern auf, insbesondere bei Babys und Kleinstkindern ist das bei mir in der Beratung Thema. Dann leite ich gerne zu meinen Kolleginnen vom Baby Frühstück weiter. Das ist ein Angebot hier im Stadtteil, das einmal die Woche stattfindet. Dort gibt es die Möglichkeit zum Austausch und Betreuung u.a. durch eine Kinderkrankenschwester. Es gibt aber auch die Möglichkeit, dass die Familien bei der Erstaussstattung unterstützt werden z. B. in Form von Kleidung, Babynahrung oder auch mal ein gebrauchter Kinderwagen.

Außerdem spielt die finanzielle Ausstattung von Familien auch bei Erziehungsfragen eine große Rolle. Da geht es ganz oft um Freizeitgestaltung, wo es oft nicht nur darum geht, was das Kind überhaupt möchte, sondern auch primär darum, was sich die Familie leisten kann. Da versuchen die unterschiedlichen Einrichtungen hier im

Es ist oft verbunden mit Frustration, aber es schlägt auch manchmal in Wut um und in Empörung und in ein Gefühl von Ungerechtigkeit.

Stadtteil ein breites Angebot zu stellen, um an den Bedürfnissen der Kinder anzuknüpfen. Und weiter nehme ich wahr, dass Kinder aus armen Familien es häufiger in der Schule schwer haben, was mit Sicherheit eng mit den familiären Ressourcen zusammenhängt, die den Kindern zur Verfügung stehen.

Dann spielen Schulden immer wieder eine Rolle. Das habe ich explizit auch mit dem Thema Armut verbunden und ich meine damit nicht irgendwie jemand hat einen Kredit aufgenommen und hat dadurch Schulden und zahlt den in einer monatlichen Rate ganz sicher zurück, sondern eher sowas wie Mahnungen kommen ins Haus oder irgendwelche Raten können nicht bedient werden. Oder die gesamte Palette von der ersten Mahnung bis hin zur Ankündigung von Zwangsvollstreckung. Bis dahin begleiten wir auch, wenn es dann um Insolvenz geht leiten wir weiter an Schuldner:innenberatungen.

Was meiner Meinung nach auf jeden Fall auch dazu gehört, ist das Thema Wohnen. Wohnberechtigungsschein habe ich schon angesprochen aber auch das Finden einer Wohnung, die Wohnungssuche, wo gibt es überhaupt Wohnungen die bezahlbar sind und wie könnte man da ran kommen, wenn es irgendwie möglich ist.

Dann sind wir [in der Beratung] immer wieder auch betroffen von akuter finanzieller Mittellosigkeit, das finde ich ist nochmal was anderes als Schulden, in dem Moment haben die Menschen auch keine Schulden gemacht aber sagen, wie soll ich denn jetzt für den Rest des Monats überhaupt durchkommen, weil Institution XY hat nicht gezahlt oder ich brauchte aber doch ganz dringend die neue Waschmaschine und jetzt ist irgendwie nichts mehr übrig. Mit so was werden wir auch konfrontiert.

Und dann auch noch das Thema Arbeiten, also Lohnarbeiten würde ich



auch mit reinzählen. Einmal Arbeitssuche aber auch Begleitung in Arbeitsverträgen, wo es ab und zu vorkommt dass die prekär sind und mit Befristungen zusammenhängen oder mit Mindestlohn oder mit nicht mal Mindestlohn oder das Arbeitsverhältnis wird einfach beendet oder mündlich werden andere Absprachen getroffen und dann wird's doch nicht umgesetzt oder so. Das würde ich auch noch zum Thema Armut zählen.

Ein weiterer Punkt ist die gesundheitliche Versorgung, also die Beantragung von Pflegegraden und die Versorgung von vielleicht pflegebedürftigen Angehörigen. Das überschneidet sich jetzt natürlich auch mit Themen der Gesundheit, ist aber deutlich schwerer zu bewerkstelligen, wenn Sozialleistungen bezogen werden und dann kein Puffer da ist. Und auffällig oft wird die Pflegearbeit von Angehörigen übernommen und nicht von Pflegediensten wie man es vielleicht aus anderen Gesellschaftsschichten kennt.

**Welche Auswirkungen von Armut beobachtest du in der Lebensrealität der Nutzer:innen, die zu euch in die Beratung kommen?**

Es ist oft verbunden mit, glaube ich Frustration, die Leute sind frustriert davon und kennen das auch schon länger so, aber es schlägt auch manchmal in Wut um und in Empörung und in ein Gefühl von Ungerechtigkeit. Das ist die Gefühlsebene, die ich immer wieder mitbekomme und besonders wenn Sozialleistungen nicht korrekt bezahlt werden, oder wenn Familien sanktioniert werden, oder Gelder gestrichen werden.

Das ist ein Bereich, aber natürlich auch im Zuge von den jetzt gestiegenen Energiepreisen und Lebensmittelkosten. Das ist das was die Menschen hier gerade sehr betrifft. Und für Familien meint das natürlich nochmal eine noch größere Herausforderung, da es dabei nicht nur um die eigene Person geht, sondern auch für die Kinder und Jugendlichen, für die die Menschen verantwortlich sind.

Und dann gibt's noch zich Beispiele die man darauf beziehen kann, ich glaub auch einige Streitigkeiten und Konfliktsituationen in Familien könnten vermieden werden, wenn mehr Raum zur Verfügung stehen würde. Das ist auch wieder der Wohnraum, es gibt Familien die trennen sich nicht, obwohl sie getrennt sind, weil der Partner oder die Partnerin keinen Wohnraum findet.

Was mir aufgefallen ist oder uns immer wieder auffällt in unserem Sozialraum ist eine Generation von Jungerwachsenen – und Jungerwachsene zieht sich teilweise ganz schön lange, vielleicht sogar bis Ende dreißig – die den Anschluss an den Arbeitsmarkt nicht gefunden haben. Den Menschen fehlt dann oft eine Beschäftigung im Alltag und mit der Zeit wird es eine immer größere Herausforderung den Anschluss an den Arbeitsmarkt wieder herzustellen. Insbesondere, wenn sich dies über mehrere Monate oder auch Jahre hinzieht. Das ist ein Problem, das es auch schon ein bisschen länger gibt. Aber das ist eine gewisse Perspektivlosigkeit, die da drinnen steckt.

Ich wollte noch eine andere Seite aufzeigen, nämlich dass Menschen hier im Stadtteil es sehr gut verstehen sich zu or-

Die Menschen hier im Stadtteil verstehen es schon sehr gut sich zu organisieren und sich gegenseitig Hilfe zur Verfügung zu stellen.

Viele Menschen wissen ganz genau, wo es vielleicht mal Hilfe gibt, die man sich holen kann.

organisieren und sich Hilfe zur Verfügung zu stellen. Es sorgt für einen relativ großen Zusammenhalt hier, auch Gruppenübergreifend, sich zu unterstützen, sei es irgendwie materielle Sachen auszuleihen oder Versorgungen vielleicht auch von Kindern oder Angehörigen zu übernehmen, wenn es selbst mal nicht möglich ist. Das geht hier immer sehr schnell und sehr leicht. Das ist für mich beeindruckend. Ich hab immer den Eindruck viele Menschen wissen ganz genau wenn es dann irgendwann an einigen Stellen nicht mehr reicht oder weiter geht, das geht natürlich nicht endlos, aber wenn es nicht mehr weiter geht, wo könnte ich mich dann melden, wo gibt's vielleicht nochmal irgendwie Hilfe, die ich mir holen oder auch einfordern kann.

Es gibt ja auch über das Stadtteilbüro hier im Viertel oder über uns Möglichkeiten zum Beispiel mal ein Fest für eine Community zu organisieren und dafür gibt's zum Beispiel auch Gelder zur Verfügung und das funktioniert meiner Meinung nach immer ganz gut und das wissen die Menschen auch zu nutzen.

**Kannst du noch was dazu sagen, ob sich Anfragen, die Anliegen oder Anforderungen verändert haben, die an euch herangetragen werden? Und wenn ja, wie sich die Veränderung zeigt?**

Die ganzen Themen die ich angesprochen habe, die gibt's hier glaube ich schon sehr lange, das sind jetzt keine neuen Themen für uns. Was ich aber feststelle ist, dass seitdem die Preise so extrem gestiegen sind, besonders Lebensmittel, auch die Breite an Menschen größer geworden ist, die bestimmte Angebote von uns nutzen. Um das vielleicht an einem Beispiel klar zu machen. Wir haben einen Schrank in dem haltbares Essen und so das Nötigste an Lebensmitteln steht. Wir haben immer mal wieder gesagt, wenn es an der ein oder anderen Stelle knapp ist, kannst du dir

einen Beutel holen und ein bisschen was mitnehmen. Zu Anfang ist es vorgekommen, dass uns eine H-Milch schlecht geworden ist, weil sie da ein paar Monate steht. Aber seit Beginn des Jahres ist dieser Schrank alle zwei Wochen leer.

Das hat echt richtig doll zugenommen und ich nehme hier auch Leute wahr, die das vorher nicht in Anspruch genommen haben und jetzt in Anspruch nehmen und da gibt es manchmal diesen



Moment, dass es den Menschen auch unangenehm ist und wo die Hintertür, oder hier aus meinem Fenster der Beutel rausgehoben wird.

Außerdem haben wir auch noch einen Krisenfond, wir können Menschen Geld geben und die Regel ist erstmal, dass Menschen, wenn möglich, das zurück zahlen sollen, und der wird deutlich öfter in Anspruch genommen.



Lars Dietrich

ist Sozialarbeiter und seit Oktober 2021 im KiFaZ Schnelsen Süd überwiegend in der Beratung tätig.  
Kontakt:  
040/ 57 20 17 41, lars.dietrich@kifaz-schnelsen.de

Vielleicht auch noch zu diesem Essens Thema. Wir haben Kontakt zu der Tafel, hier in Schnelsen, die öffentlich Essen verteilen. Natürlich fühlen sich die Mitarbeiter:innen der Tafel zuständig für die Menschen die im Viertel leben aber ich glaube es ist auch nichts neues, dass die Schlangen dort extrem lang sind und die Tüten schmaler werden. Und auch das ist hier spürbar.

Und ich glaube auch alles, wo es eine Unterstützung in Form von materieller Unterstützung gibt, wird gerade extrem gut angenommen. So dass wir selber gucken was wir beispielsweise mit dem Krisenfond machen können. Dieser ist ja nicht unendlich groß oder wenn wir alle zwei Wochen hier den Lebensmittelschrank auffüllen müssen, geht das natürlich an unser Budget. Daher müssen auch wir gucken was und wie wir damit weiter machen können.

Und vielleicht als letzten Punkt. Wir haben ein Pizzeriaangebot hier im Stadtteil, wo junge Menschen sich eine Pizza rausholen können und es ist im Moment so, dass da auch die Eltern mitstehen. Was irgendwie schon, zumindest aus meiner Sicht besorgniserregend ist.

**Möchtest du noch irgendwas sagen, was nicht abgedeckt wurde, durch die Fragen die wir gestellt haben oder was dir wichtig ist?**

Nein, danke für das Gespräch.

Vielen Dank auch an dich für das Interview und das Teilen deiner Perspektive aus der Beratungstätigkeit im KiFaZ-Schnelsen.

Fotos: FvH

# Bericht von dem Fachaustausch Armut am 13.4.2023

von Fabienne von Hohenthal für das VKJH-Team

Die vielfältigen und zunehmenden Berichte aus der Praxis zeigen, dass das Thema Armut in den Einrichtungen der Offenen Kinder und Jugendarbeit (OKJA) Fachkräfte und Nutzer:innen stark beschäftigt. Ende 2022 ist zudem der neue Paritätische Armutsbericht veröffentlicht worden, der sehr deutlich aufzeigt, wie rasant Armut ansteigt und damit auch die Diskrepanz der Verteilung.

Diese Umstände haben den Verband Kinder- und Jugendarbeit dazu veranlasst, zu einem Fachaustausch zu diesem Thema einzuladen, an dem 10 Personen aus Wissenschaft und Praxis teilnahmen. Trotz kleiner Runde war es ein sehr produktiver Austausch, der einen umfangreichen Einblick in die Arbeitsrealität von Fachkräften und Bedarfe der Adressat:innen ermöglicht hat.

In dem Gespräch wurden verschiedene Ebenen deutlich, die sich aus dem Themenkomplex Armut ergeben. Zum einen gibt es die Betroffenheit der Adressat:innen, zum anderen strukturelle Ressourcenfragen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Fast alle Teilnehmenden aus der Praxis berichten davon, dass sie die Auswirkungen von Inflation und Armut rund um das Thema Essen sehr deutlich wahrnehmen. Viele Besucher:innen kommen hungrig in die Einrichtungen. Gleichzeitig reichen zugewiesene Sachmittel nicht mehr aus, um den hohen Bedarf nach Essen abdecken zu können. Auch bei anderen Anschaffungen zeigen sich die gestiegenen Kosten. Es wird berichtet, dass zusätzliche Gelder akquiriert werden müssen und Einrichtungen auch auf Sachspenden angewiesen sind. Einige haben auch den Eindruck geschildert, dass die generelle Spendenbereitschaft, eventuell auch durch die eigene Betroffenheit, etwas zurückgegangen ist.

Eine weitere Auswirkung die beschrieben wurde ist, dass sich ein sehr großer Bedarf an Sozialberatungen in der OKJA zeigt. Häufig bringen Eltern von Besucher:innen Themen rund um Finanzanliegen mit, zu denen sie Beratung brauchen. Corona und Inflation haben die Situation für viele Menschen noch einmal verschärft. Mitarbeitende der OKJA haben i.d.R. für diese

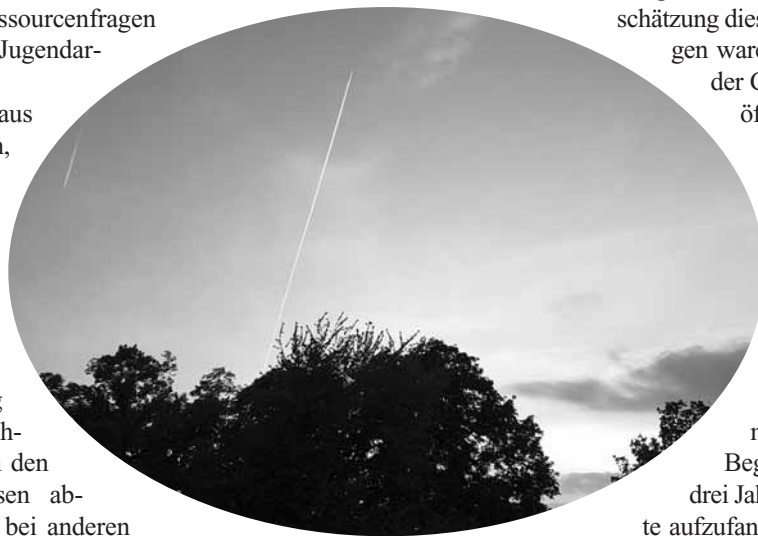
Anliegen keine Kapazitäten. Manchmal werden die Beratungsanliegen aus der Not heraus trotzdem übernommen. Zusätzlich müssen Fachkräfte gut darüber informiert sein, wo in ihrem Umfeld bestimmte Beratungsangebote bestehen, damit sie die Personen verweisen können. Dass so viele Menschen sich mit Beratungsanliegen an OKJA-Einrichtungen wenden zeigt, wie wichtig der niedrigschwellige Zugang zu Angeboten ist. Die OKJA verfügt zwar über einen niedrigschwelligen Zugang, ist aber ohnehin schon defizitär mit Ressourcen ausgestattet und kann zusätzliche Aufgaben nicht abdecken. Zudem gehören Angebote wie eine Lebensmittelvergabe oder Sozialberatung nicht zu den originären Kernaufgaben.

## Strukturelle Unterfinanzierung der OKJA

Eine andere Ebene, die im Fachaustausch thematisiert wurde, ist die unzureichend finanzierte und ausgestattete Offene Kinder- und Jugendarbeit, sowie die fehlende Wertschätzung dieser. Viele OKJA-Einrichtungen waren während der Akutphasen der Corona-Pandemie immer geöffnet oder es gab mindestens ein Kontaktangebot. Diese herausfordernde Zeit ist an den Fachkräften sowie den Besucher:innen nicht spurlos vorbei gegangen und die Auswirkungen der Pandemie wirken auf unterschiedlichen Ebenen nach. Die mangelhafte Betreuung und Begleitung während der letzten drei Jahre, gilt es jetzt für Fachkräfte aufzufangen und auszugleichen. Der bereits erwähnte Mehraufwand an Aufgaben und die damit einhergehenden Entgrenzung des Arbeitsfeldes erhöht zudem die Arbeitsbelastung.

Die strukturelle Unterfinanzierung der OKJA-Angebote erschwert die Arbeit der Fachkräfte weiterhin maßgeblich zum Beispiel im Bereich der Beziehungs- und Beratungsangebote

Fast alle Praktiker:innen berichten, dass sie die Auswirkungen von Inflation und Armut beim Thema Essen sehr deutlich wahrnehmen.





Die Ungewissheit wie es mit Angeboten zukünftig weiter geht und ob die Finanzierung gewährleistet ist, stellt eine große Belastung dar.

als auch in Unterstützung bei Konflikten. Viele Projekte und Einrichtungen müssen generell mit Projektfinanzierungen von Jahr zu Jahr haushalten. Immer wieder muss dargelegt und begründet werden, warum eine Finanzierung notwendig ist und welche Erfolge mit der Arbeit erzielt wurden. In den vergangenen drei Jahren hat sich die Situation jedoch noch einmal zugespitzt. Zuwendungsgelder werden nicht oder nicht vollständig ausbezahlt, spät oder unter Vorbehalt bewilligt. Fachkräfte werden dennoch dazu angehalten, regelhaft weiter zu arbeiten. Die Ungewissheit wie es mit den Angeboten im Verlauf des Jahres weiter geht und ob die Finanzierung gewährleistet werden kann, stellt eine große Belastung dar.

Hinzu kommt ein enormer Fachkräftemangel. Fachkräfte berichten in dem Austausch von lang unbesetzten Stellen, was dazu führt, dass Teams unterbesetzt arbeiten und Angebote runtergefahren werden müssen. Auch die Honorarmittel reichen in vielen Fällen nicht aus. Gestiegene Honorarsätze können nicht gezahlt werden, weil die Honorarmittel in den Zuwendungen nur gleichbleibend bewilligt werden. Aufgrund dessen können unbesetzte Stellen auch nicht auf diese Weise abgedeckt werden. Es zeigt sich auch generell, dass es herausfordernd ist, Honorarstellen überhaupt besetzen zu können. Auch in Behörden und Ämtern gibt es eine starke Unterbesetzung. Das führt dazu, dass es lange Wartezeiten für Termine oder Bearbeitungszeiten gibt. Ein:e Kolleg:in berichtet von einem Wohngeldantrag aus dem Dezember 2021, der im Frühjahr 2023 bewilligt wurde. Eine solche Wartezeit, kann für Adressat:innen eine akute Krise bedeuten, da das Geld fehlt, welches für grundlegende Bedarfe des alltäglichen Lebens notwendig ist.

## Ein erster Austausch und wie weiter ...

Bei dem Treffen wurde gemeinsam überlegt, welche Ressourcen und Netzwerke es schon gibt, die möglicherweise zu dem Thema Armut arbeiten. Es wird berichtet, dass es vereinzelt in den verschiedenen Sozialräumen AGs oder Gremien gibt in denen armutsbezogene Themen besprochen und Überlegungen angestrebt werden, wie sich Fachkräfte besser vernetzen können. Es wird aber auch von fehlender Kraft hinter

solchen Treffen berichtet, weil Fachkräfte überlastet sind und wenig oder keine Kapazitäten haben sich zu beteiligen. Demnach bleibt es oftmals bei einem Erfahrungsaustausch, wohingegen für praktische Ideen und Lösungen, oft die Energie fehlt oder die Umsetzung langwierig und zäh erfolgt.

Die 15 Handlungsempfehlungen von Gunda Voigts wurden noch einmal als besonders hilfreich und motivierend benannt.

In diesen sind die wichtigsten Anliegen und Herausforderungen, die die OKJA beschäftigen, zusammengefasst. So erleben viele Kolleg:innen dadurch eine Anerkennung ihres Arbeitsfeldes. In vielen Gremien werden die Handlungsempfehlungen immer wieder genutzt und geben Impulse für Auseinandersetzung.

Das Austauschtreffen hat gezeigt, dass es Fachkräften ein großes Anliegen ist, sich mit dem strukturellen Problem von Armut und Reichtum zu beschäftigen, sich über die Folgen davon auszutauschen und aktiv Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Es hat aber auch gezeigt, dass in der Praxis wenig Kapazitäten für die Umsetzung zur Verfügung stehen. Es braucht also Initiator:innen, die sich in erster Instanz verantwortlich fühlen, weitere Austauschmöglichkeiten zu koordinieren und konkrete Schritte anstoßen. Der Verband Kinder- und Jugendarbeit sieht sich in der Verantwortung, den angestoßenen Prozess weiter zu unterstützen. Konkret gibt es die Überlegung, ein solches Austauschtreffen zu wiederholen und auch einen Fachtag für Fachkräfte zu veranstalten, der den verschiedenen Ebenen, die sich in unserem Gespräch ergeben haben, Raum gibt und konkret überlegt werden kann, wie wir bestmöglich gemeinsam aktiv sein können. Wer Interesse und Kapazitäten hat den angestoßenen Prozess mitzugestalten kann sich gerne an [info@vkjhh.de](mailto:info@vkjhh.de) wenden.

### Literatur:

Jonas Pieper, Ulrich Schneider, Wiebke Schröder und Gwendolyn Stilling: Zwischen Pandemie und Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2022. 2. aktualisierte Auflage, Paritätischer Gesamtverband, Berlin 2023. URL: [https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/Armutsbericht\\_2022\\_aktualisierte\\_Auflage.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/Armutsbericht_2022_aktualisierte_Auflage.pdf) [14.6.23]

Fotos: FvH

## Fabienne von Hohenthal

(sie/ihr) ist Sozialarbeiterin (B.A.) und arbeitet als Fachreferentin für die Offene Kinder- und Jugendarbeit im Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V. Sie hat mehrjährige Praxiserfahrungen, vor allem in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

# SOAL-Appell für ein gesellschaftliches Umdenken: Kollaps der Kinder- und Jugendhilfe verhindern!

vom Alternativen Wohlfahrtsverband SOAL e.V.



Uns als Alternativem Wohlfahrtsverband erreichen täglich Hilferufe aus Kitas, Jugendhilfeeinrichtungen, Beratungsprojekten und Schulen. Die Kinder- und Jugendhilfe steht aufgrund des massiven Fachkräftemangels kurz vor dem Kollaps. Bereits vor der Corona-Pandemie war die Fachkräftesituation prekär. Mittlerweile haben viele Pädagog\*innen den Arbeitsbereich verlassen. Die verbleibenden Fachkräfte sind müde, erschöpft und haben vielfach resigniert. Sie haben während der Pandemie über ihre Grenzen hinweg gearbeitet. Jetzt sind sie in einem Teufelskreislauf von Krankheit – Mehrarbeit durch Vertretung – Erschöpfung und erneuter Krankheit gefangen. Gleichzeitig müssen sich die Pädagog\*innen Sätze anhören wie: „Reicht dir das, den ganzen Tag mit Kindern zu spielen? Du könntest doch etwas ganz anderes machen.“ oder auch: „Ich könnte das nicht, belastete Familien begleiten.“ Jede/r Pädagog\*in kennt diese Sätze. Wir können Sie nicht mehr hören!

Es muss aufhören, dass so getan wird, als sei frühkindliche Bildung anspruchslos. Und: Nein, es kann nicht jede\*r gut mit Kindern arbeiten oder mit Menschen in belasteten Situationen umgehen. Dafür braucht es ein Studium oder eine langjährige Ausbildung. Es braucht kontinuierliche Weiterbildung und persönliche Skills, die eben nicht jede/r mitbringt.

Doch seit Jahrzehnten wird in der Gesellschaft und in der Politik so getan, als könnte jede/r Care Arbeit übernehmen. Und genau das ist eine der Ursachen für die dramatische Fachkräftekrise! Wir haben lange genug versucht die Lücken zu stopfen. Aber es hilft nicht, einfach nur eine Menge Menschen auszubilden, wenn davon viele gar nicht für den Beruf geeignet sind. Diese Logik hat ihre Grenzen erreicht. Was wir brauchen, ist ein komplettes Umdenken: Das Berufsfeld muss so gestaltet werden, dass die gut ausgebildeten Kräfte bleiben. Es muss so attraktiv sein, dass sich auch die besten Nachwuchskräfte dafür entscheiden, weil sie wissen, dass sie gut verdienen und in einem angesehenen Beruf arbeiten werden.

Davon sind wir noch weit entfernt. Anstatt die besten und geeignetsten Kräfte zu halten, zu finden und ihnen attraktive Löhne anzubieten, wird die „Care-Arbeit“ lieber beklatscht. Statt die Arbeit, von der die gesamte Gesellschaft profitiert, wertzuschätzen, wird sie finanziell und inhaltlich abgewertet. Es ist kein Naturgesetz, dass Leute, die sich um Geld und Finanzen kümmern, grundsätzlich mehr verdienen als diejenigen, die für Menschen sorgen. Es ist nicht selbstverständlich, dass die Sorgenden über ihre Grenzen hinaus arbeiten, weil sie „ihre“ Kinder nicht im Stich lassen wollen. Das haben sie lange genug getan.

Wir wollen es grundlegend anders. Und dafür wird es höchste Zeit! Was ist wichtiger, als Kinder stark für eine unsichere Zukunft aufzustellen, pflegebedürftige Eltern gut zu versorgen und selbst ein sinnvolles Leben zu führen? Die neue Generation mit ihren Forderungen nach weniger, dafür sinnhafter Arbeit ist uns im Denken schon weit voraus. Wir sind in einem Transformationsprozess. Die gesellschaftlichen Prioritäten verschieben sich. In diesem Zuge werden soziale oder auch handwerkliche Berufe für die Gesellschaft wichtiger als solche, die auf kurzfristige Gewinne setzen.

Wir wollen endlich, dass die sozialen Berufe in ihrer komplexen Fachlichkeit, der hohen Bedeutung für die zukünftige Generation, ihrer Bildungsarbeit, der Rassismusprävention, der Demokratiebildung und so vielen anderen fachlichen Herausforderungen anerkannt, wertgeschätzt und gefördert werden. Das muss sich auch in den Gehältern widerspiegeln.

Wir fordern ein gesellschaftliches und wirtschaftliches Umdenken und eine Ressourcenverschiebung zugunsten sozialer Berufe, von denen die gesamte Gesellschaft profitiert!

Für Rückfragen: [sabine.kuemmele@soal.de](mailto:sabine.kuemmele@soal.de),  
Telefon: 040/432 584 14

Der Alternative Wohlfahrtsverband SOAL e.V. zählt über 300 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg zu seinen Mitgliedern. SOAL vertritt die Interessen seiner Mitgliedseinrichtungen und bezieht dabei klare Position für eine starke, inklusive Kinder- und Jugendhilfe, die die Rechte der Kinder- und Jugendlichen umsetzt. <http://www.soal.de>

**SOAL** | Alternativer  
Wohlfahrtsverband

# Beteiligung als Grundsatz in der Entwicklung von Schutzkonzepten

von Alida Birke und Tanja Rusack

## Einleitung: Beteiligung junger Menschen in der OKJA

Die Kinder- und Jugendarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass die Stärkung der Selbstbestimmung und sozialen Teilhabe von jungen Menschen in ihren alltäglichen sozialräumlichen Bezügen im Mittelpunkt aller Angebote, Organisationsformen und Arrangements stehen soll. Die Aufgabe dieses Handlungsfeldes ist nach § 11 des SGB VIII darüber definiert, dass es an den Interessen der jungen Menschen ansetzt, von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet wird, sie zur Selbstbestimmung befähigt und ihnen Anregung für gesellschaftliche Mitverantwortung und Engagement bietet (vgl. Lips et al. 2022).

Zentrale Grundprinzipien der Kinder- und Jugendarbeit sind darum Selbstorganisation und Freiwilligkeit, weshalb viele Angebote und Arbeitsweisen „abhängig von den Interessen, der Beteiligung und der Zustimmung der Kinder und Jugendlichen“ erfolgen (Deinet et al. 2016, S. 914). „Partizipation an der Gestaltung der Kinder- und Jugendarbeit wird damit zum zentralen Charakteristikum“. Gerade der partizipative Charakter, der Raum für demokratische Mitgestaltung bietet, bedeutet, dass Kinder- und Jugendarbeit an den Interessen und lebensweltlichen Erfahrungen ihrer Adressat:innen auszurichten ist.

Dies gilt insbesondere auch für die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), die den Anspruch hat, möglichst allen Kindern und Jugendlichen offenzustehen (Plöber 2013). Mit Offenheit ist einerseits die Offenheit der Räume für potenziell alle jungen Menschen ohne Zugangsbeschränkungen oder Anmeldeverfahren gemeint, wobei diese Räume gemeinsam ausgestaltet und sich individuell wie kollektiv angeeignet werden sollen (Seckinger et al. 2016). Andererseits bezieht sich diese Offenheit auch auf die innerhalb der Angebote aufgegriffenen Themen. Pädagogische Fachkräfte sind dabei gefordert, gemeinsam mit den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Angebote zu gestalten und offen für neue Impulse der jungen Menschen zu bleiben. In der OKJA können Kinder und Jugendliche selbst entscheiden, ob und wie sie teilnehmen möchten, sie können mitreden und mitent-

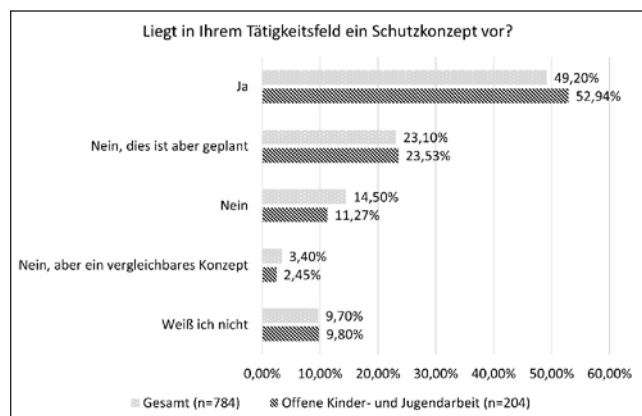
scheiden. Die OKJA verfügt damit von ihrer Grundanlage her bereits über Voraussetzungen der Umsetzung gelingender Schutzkonzepte (vgl. Lips et al. 2022).

## Onlinebefragung SchutzJu

Die im Rahmen des Projekts SchutzJu (1) (Schutzkonzepte in der Kinder- und Jugendarbeit & Jugendsozialarbeit) durchgeführte Onlinebefragung liefert einen Überblick darüber, welche Haltungen und Wissensbestände auf Seiten von Fach- und ehrenamtlichen Kräften in der Kinder- und Jugendarbeit zu Schutzkonzepten bestehen und welche Bausteine und Verfahren in den unterschiedlichen Feldern der Kinder- und Jugendarbeit bereits umgesetzt werden. Die Erhebung der Daten fand im Zeitraum vom 04.10.2022 – 15.11.2022 statt.

Insgesamt nahmen 1.351 Personen an der Onlinebefragung teil. Im bereinigten Datensatz verblieben n=903 Fälle (mit n wird die Größe der Stichprobe bezeichnet). Ein Großteil der Befragten gab an weiblich zu sein (68,2%), circa 30% ordneten sich dem männlichen Geschlecht zu und weitere 1,7% der Befragten wählten die Kategorie „Divers“. Das durchschnittliche Alter der Personen, die an der Befragung teilgenommen haben, liegt bei 38,8 Jahren. Die Teilnehmenden verteilten sich folgendermaßen auf die verschiedenen Felder der Kinder- und Jugendarbeit sowie die Jugendsozialarbeit: Der größte Teil der Befragten (35,8%) gab an, in der Jugendverbandsarbeit tätig zu sein, gut ein Viertel arbeitet in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, 18,8% der Teilnehmenden sind in der Jugendsozialarbeit tätig, knapp 10% in der Internationalen Jugendarbeit und 10,7% in sonstigen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit.

Die OKJA verfügt von ihrer Grundanlage her bereits über gute Voraussetzungen der Umsetzung gelingender Schutzkonzepte.



Im Folgenden werden insbesondere die Ergebnisse für die OKJA in den Blick genommen. Dieser feldspezifische Datensatz besteht aus n=237 Teilnehmenden. Inhaltlich wird ein Fokus auf das Thema Beteiligung gelegt. Dabei wird zum einen in den Blick genommen, wie Mitarbeitende die Beteiligung von jungen Menschen in verschiedenen Bereichen innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit einschätzen und zum anderen darauf eingegangen, wie verschiedene Personengruppen innerhalb und außerhalb der Einrichtungen in die Entwicklung von Schutzkonzepten einbezogen werden.

## Umsetzung von Schutzkonzepten in der OKJA

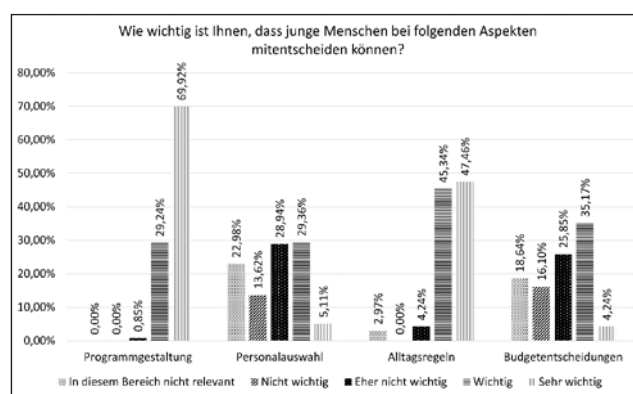
Abbildung 1 gibt einen ersten Überblick darüber, inwiefern Schutzkonzepte in der OKJA umgesetzt werden. Auf die Frage antworteten insgesamt n=784 Personen, davon 204 Mitarbeitenden aus der OKJA. Die Daten zeigen, dass knapp 53% der Befragten aus der OKJA angeben, dass in ihrem Tätigkeitsfeld ein Schutzkonzept vorliegt. Weitere 23,5% antworteten mit „Nein, dies ist aber geplant“. Lediglich 11,3% der Teilnehmenden aus der OKJA bestätigten, dass es in ihrem Tätigkeitsfeld kein Schutzkonzept gebe. Weitere 10% konnten keine Auskunft darüber geben, ob ein Schutzkonzept existiert oder nicht und wählten „Weiß ich nicht“ aus. Im Vergleich mit den Daten der gesamten Kinder- und Jugendarbeit lässt sich erkennen, dass in der OKJA etwas häufiger Schutzkonzepte vorliegen.

## Haltung von Fach- und ehrenamtlichen Kräften zur Beteiligung junger Menschen

Das Recht auf Beteiligung stellt ein zentrales Recht insgesamt und eben auch in der Kinder- und Jugendarbeit dar. So haben auch über die Hälfte der Befragten auf die Frage, welche drei Rechte von jungen Menschen in ihrer Arbeit besonders relevant sind, das Recht auf Beteiligung genannt. Mithilfe der nachfolgenden Fragen kann zum einen der Frage nachgegangen werden, an welchen Stellen die Befragten Beteiligung von jungen Menschen für wichtig halten, zum anderen wird aber auch nach der praktischen Umsetzung von Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen gefragt. Im Rahmen der Fragen wurden vier Bereiche ausgewählt, an denen junge Menschen in der Kinder- und Jugendarbeit beteiligt werden könnten: Programmgestaltung, Personalauswahl, Alltagsregeln und Budgetentscheidungen.

In einem ersten Schritt wurden die Teilnehmenden der Befragung gebeten eine Einschätzung abzugeben, wie wichtig die Beteiligung von jungen Menschen in den vier oben genannten Bereichen ist. Dabei stand ihnen eine vierstufige Skala von „sehr wichtig“ bis „nicht wichtig“ zur Verfügung. Außerdem bestand die Möglichkeit „In diesem Bereich nicht relevant“ auszuwählen. In Abbildung 2 zeigt sich, wie unterschiedlich die Wichtigkeit von Beteiligung junger Menschen in den verschiedenen Bereichen eingeschätzt wird. Für den Bereich „Programmgestaltung“ gaben mit 99,16% nahezu alle Befrag-

ten an, dass es sehr wichtig bzw. wichtig ist, dass junge Menschen mitentscheiden können. Auch im Bereich der Alltagsregeln ist es einem sehr großen Teil der Teilnehmenden (92,8%) wichtig oder sogar sehr wichtig, dass junge Menschen in Entscheidungen einbezogen werden. Anders sieht es für die Bereiche „Personalauswahl“ und „Budgetentscheidungen“ aus. Bei Budgetentscheidungen empfinden es etwa 40% der Befragten als wichtig oder sehr wichtig, dass junge Menschen mitentscheiden können. Nahezu ebenso viele halten dies für eher nicht wichtig oder nicht wichtig. Bei der Personalauswahl gaben lediglich 34,47% der Teilnehmenden an, dass es wichtig oder sehr wichtig sei junge Menschen mitentscheiden zu lassen. 42,56% gaben an, dass dies eher nicht wichtig bzw. nicht wichtig sei. Auffällig ist bei den beiden zuletzt genannten Bereichen der hohe Anteil an Befragten, der angibt, dass Beteiligung in diesen Bereichen nicht relevant sei.



## Grad der Beteiligung junger Menschen

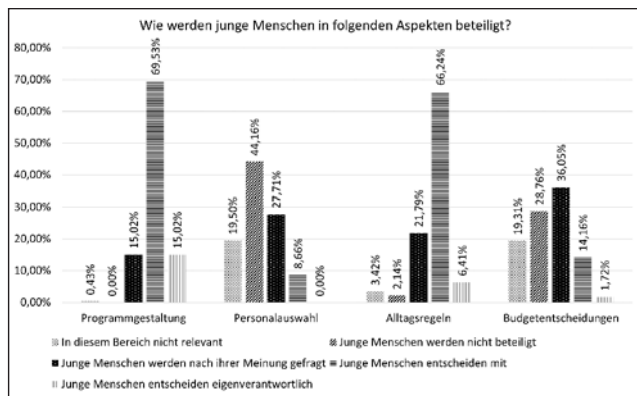
In einer zweiten Frage wurden Fach- und ehrenamtliche Kräfte nach ihren Einschätzungen zu der Umsetzung der Beteiligung junger Menschen in den oben genannten Bereichen befragt. In Anlehnung an das vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) vorgestellte dreistufige Modell für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, konnten die Befragten zwischen verschiedenen Graden der Beteiligung wählen: „Junge Menschen entscheiden eigenverantwortlich“ (Dritte Stufe der Beteiligung: Selbstbestimmung), „Junge Menschen entscheiden mit“ (Zweite Stufe der Beteiligung: Mitbestimmung), „Junge Menschen werden nach ihrer Meinung gefragt“ (Erste Stufe der Beteiligung: Mitsprache und Mitwirkung), „Junge Menschen werden nicht beteiligt“ (Keine Partizipation) und „In diesem Bereich nicht relevant“ (Keine Partizipation) (BMFSFJ 2015).

In Bezug auf die Programmgestaltung gaben knapp 70% der Befragten an, dass junge Menschen mitentscheiden (siehe Abbildung 3). Jeweils 15,02% überlassen die Entscheidungen in diesem Bereich den jungen Menschen sogar eigenverantwortlich bzw. bestätigen, dass junge Menschen nach ihrer Meinung gefragt werden. Lediglich eine Person gab an, dass Beteiligung in diesem Bereich nicht relevant sei. Ähnliches zeigt sich für den Bereich der Alltagsregeln. Auch hier bestä-

## Beteiligung als Grundsatz in der Entwicklung von Schutzkonzepten

tigen zwei Drittel der Befragten, dass junge Menschen mitentscheiden können. 6,41% gaben an, dass junge Menschen eigenverantwortlich entscheiden und in etwa ein Fünftel der Fälle werden junge Menschen nach ihrer Meinung gefragt. Anders sieht es in den Bereichen Personalauswahl und Budgetentscheidungen aus. Bei Budgetentscheidungen werden in nur circa der Hälfte der Fälle junge Menschen in irgendeiner Form beteiligt, wobei mit etwa 36% die größte Gruppe der Teilnehmenden angibt, dass junge Menschen nach ihrer Meinung gefragt werden. Im Bereich der Personalauswahl werden junge Menschen noch seltener beteiligt. Knapp zwei Drittel der Befragten bestätigen, dass die Personalauswahl ohne die Beteiligung junger Menschen stattfindet, bzw. dass die Beteiligung in diesem Bereich nicht relevant sei.

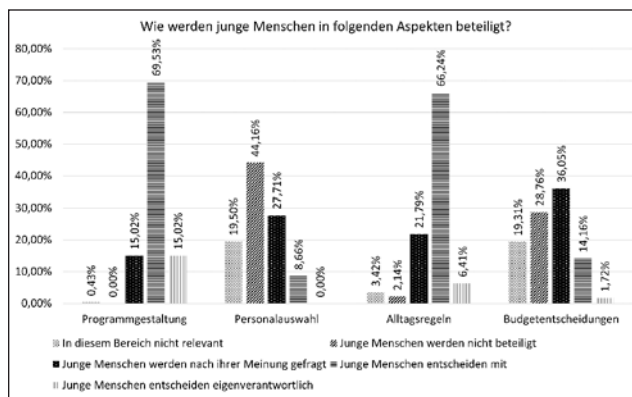
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass lediglich im Bereich der Programmauswahl und der Alltagsregeln von Beteiligung gesprochen werden kann, wenngleich sie sich auch in diesen Bereichen tendenziell auf Ebene der Mitbestimmung bewegt. Das heißt, jungen Menschen wird in diesen beiden Bereichen zumindest ein gleichberechtigtes Stimmrecht zugesprochen. Budgetentscheidungen werden zu gleichen Teilen unter Beteiligung junger Menschen oder nur von Erwachsenen getroffen. Wenn junge Menschen beteiligt werden, so geschieht dies zumeist in Form von einem Mitspracherecht. Im Bereich der Personalauswahl findet in den meisten Fällen keine Partizipation statt und die Entscheidungsmacht liegt bei den Mitarbeitenden. Zum Teil wird jedoch zumindest die Möglichkeit der Mitsprache eröffnet.



### Beteiligung in der Erarbeitung von Schutzkonzepten

In einem weiteren Schritt wurde im Rahmen der Onlinebefragung erhoben, welche Personengruppen an der Entwicklung von Schutzkonzepten beteiligt werden. Hier wurde zum einen abgefragt, wer an dem gesamten Prozess der Schutzkonzeptentwicklung beteiligt wird und zum anderen wurde explizit auf die Beteiligung bei der Risiko- und Ressourcenanalyse sowie bei der Entwicklung des Verhaltenskodexes geschaut. In Abbildung 4 kann man erkennen, dass sich für alle drei Prozesse ein sehr ähnliches Bild zeigt. In allen drei Fällen

werden hauptamtliche Mitarbeitende am häufigsten an der Entwicklung bzw. an der Durchführung der abgefragten Verfahren beteiligt. Auch die Leitungsebene wird in über der Hälfte der Fälle hinzugezogen. Junge Menschen hingegen werden nur seltener in die Prozesse einbezogen. Insbesondere bei der Entwicklung des Schutzkonzeptes im gesamten fällt auf, dass junge Menschen nur in 13,3% der Fälle beteiligt werden. Bei der differenzierten Betrachtung nach Altersgruppen erkennt man, dass insbesondere Kinder nur sehr selten beteiligt werden.



### Fazit: Beteiligung als Schutzfaktor im Rahmen von Schutzkonzepten?

Die Beteiligung junger Menschen an allen sie betreffenden Angelegenheiten ist, wie dargestellt, eines der persönlichen Rechte junger Menschen. Es kann daher nicht ausreichen, in der Debatte um Schutzkonzepte sowie damit verbundene Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene und deren Entwicklung die Perspektiven junger Menschen lediglich „mitzudenken“. Vielmehr gilt es die jungen Menschen aktiv einzubeziehen, ihre Sichtweisen als Ausgangspunkt anzuerkennen und Beteiligung als Grundprinzip bei der Entwicklung von Schutzkonzepten anzunehmen (Schröder/Wolff 2016). Partizipativ erstellte Schutzkonzepte, so die Annahme, eröffnen für Kinder und Jugendliche auch Chancen, das Handeln von Organisationen besser zu verstehen, und können zu Kritik und Mitgestaltung motivieren (Wolff/Norys 2016). Insofern liegen in einem partizipativen Zugang auch Chancen des organisationalen Lernens, um schützende Organisationskulturen in der Kinder- und Jugendarbeit herzustellen. Daher ist es besonders wichtig, dass jungen Menschen auf allen Ebenen der Organisation (Programmgestaltung, Alltagsregeln, Budgetentscheidungen, Personalauswahl) Entscheidungsmacht zugesprochen wird. Es kann davon ausgegangen werden, dass die (Schutz-)Konzepte in den Organisationen für und mit jungen Menschen erst durch eine partizipative Entwicklung „lebbar“ werden, weshalb es

Wenn junge Menschen beteiligt werden, so geschieht dies meist in Form von Mitspracherecht.

von großer Bedeutung ist, dass diese gemeinsam mit jungen Menschen entwickelt werden (Lips/Rusack 2022).

Bisherige Schutzkonzepte und Maßnahmen der Prävention sexualisierter Gewalt unter Jugendlichen orientieren sich oftmals an paternalistischen Schutzerwägungen von Erwachsenen (Wolff/Norys 2016). Das heißt, es geht vor allem um die Sichtweisen von Fachkräften und Erwachsenen, die Perspektiven junger Menschen selbst finden im Rahmen von Überlegungen zu ihrem Schutz und in der Entwicklung von entsprechenden Instrumenten meist wenig Raum. Auch die Frage, wie Schutz mit den Positionierungen und der sexuellen Selbstbestimmung von Jugendlichen in Verbindung gebracht werden kann, wurde bisher kaum thematisiert. „Dadurch fehlen Ideen, wie die verschiedenen Beteiligten – insbesondere Kinder und Jugendliche – mit ihren Sicht- und Denkweisen teilhaben können“ (Lips/Rusack 2022, S.30). Dies zeigt sich auch an fehlenden Praxisbeispielen einer gelingenden Beteiligung junger Menschen an der Entwicklung von Schutzkonzepten in verschiedenen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe (Wolff et al. 2017; Strahl 2015).

Darüber hinaus ist mitzudenken, dass innerhalb von Gruppen – in der Jugendgruppe im Jugendhaus ebenso wie in Paarbeziehungen und anderen Peer-Konstellationen – Verhaltens- und Umgangsweisen bewertet, verhandelt und damit normalisiert werden. Die Positionierungen der Jugendlichen sind dabei jedoch nicht als universell anzunehmen, vielmehr bestehen – so vermuten wir – in Abhängigkeit von Geschlecht, Milieu, Ethnizität, Religion etc. unterschiedliche Sichtweisen auf das, was als „normal“ oder „angemessen“ in Bezug auf Sexualität und Gewalt gilt. Die Einbindung der Perspektiven junger Menschen bedeutet demnach, ihre Sichtweisen und Positionierungen auch in der vorhandenen Vielfalt wahrzunehmen, und setzt voraus, dass die Fachkräfte vor Ort einen Zugang zu den jungen Menschen finden, der es ihnen erlaubt, möglichst offen über die Themen Schutz, Sexualität und Gewalt ins Gespräch zu kommen, und zwar aus der Perspektive der jungen Menschen (Rusack/Lips 2022).

*Anmerkung:*

- 1) Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt SchutzJu wird von 2021-2024 von den Hochschulstandorten Hildesheim, Landshut, Kiel und Kassel gemeinsam mit Praxispartner:innen aus den Feldern der Kinder- und Jugendarbeit umgesetzt.

Im Bereich der Personalauswahl findet meistens keine Partizipation statt, die Entscheidungsmacht liegt bei den Mitarbeitenden.

*Literatur:*

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015): Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Allgemeine Qualitätsstandards und Empfehlungen für die Praxisfelder Kindertageseinrichtungen, Schule, Kommunen, Kinder- und Jugendarbeit und Erzieherische Hilfen. URL: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94118/c49d4097174e67464b56a5365bc8602f/kindergerechtes-deutschland-broschuere-qualitaetsstandards-data.pdf> [9.2.2023].

Deinet, U./Nörber, M./Sturzenhecker, B. (2016): Kinder- und Jugendarbeit. In: Schröer, W./Struck, N./Wolff, M. (Hrsg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. 2. Auflage. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 913-932.

Lips, A./Rusack, T. (2022): Die persönlichen Rechte als Dreh- und Angelpunkt von Schutzkonzepten. In: Rusack, T./Schilling, C./Herz, A./Lips, A./Schröer, W. (Hrsg.): Schutzkonzepte in der Offenen Jugendarbeit. Persönliche Rechte junger Menschen schützen. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 23-33.

Lips, A./Rusack, T./Schilling, C. (2022): Grundprinzipien der Kinder- und Jugendarbeit als Chance zur Stärkung und Sicherung der Rechte junger Menschen. In: Rusack, T./Schilling, C./Herz, A./Lips, A./Schröer, W. (Hrsg.): Schutzkonzepte in der Offenen Jugendarbeit. Persönliche Rechte junger Menschen schützen. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 15-22.

Plößer, M. (2013): Umgang mit Diversity in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, U./Sturzenhecker, B. (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden: Springer VS, S. 257-269.

Rusack, T. (2019): Sexualität und Gewalt in Paarbeziehungen von Jugendlichen. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Schröer, W./Wolff, M. (2016): Schutzkonzepte in der Jugend(verbands)arbeit. Dem Vertrauensvorschuss seitens der Jugendlichen gerecht werden. In: Sozialmagazin 41, H. 7-8, S. 84-89.

Seckinger, M./Pluto, L./Peucker, C./Santen, E. van (2016): Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine empirische Bestandsaufnahme. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Strahl, B. (2015): Schutz und Sicherheit. In: Sozial Extra 39, H. 5, S. 31-33.

Wolff, M./Norys, T. (2016): Sexualisierte Jugend? Sexualisierte Gewalt unter Jugendlichen in der offenen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit aus der Perspektive von Betreuungspersonen. In: Sozialmagazin 41, H. 7-8, S. 37-43.



**Alida Birke**

ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim im Projekt SchutzJu mit dem Schwerpunkt Schutzkonzepte in der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Kontakt: birke@uni-hildesheim.de



**Tanja Rusack**

ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim. Arbeitsschwerpunkte: Kinder- und Jugendhilfe, Kinder- und Jugendrechte, Schutzkonzepte, Digitalisierung. Kontakt:

rusack@uni-hildesheim.de

# Kindeswohl für alle Kinder und Jugendlichen sichern!

Unterbringungssituation von UMF wird immer prekärer:  
Fachkräfte und UMF dürfen nicht alleine gelassen werden!

*von Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF), Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH), und terre des hommes Deutschland (tdh)*

Eine angemessene, das Kindeswohl wahrende Aufnahme, Versorgung, Betreuung und Begleitung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) ist derzeit an vielen Orten Deutschlands nicht mehr gewährleistet. (1) Viele Kommunen sind mit der Versorgung und Unterbringung der jungen Geflüchteten überfordert. Einige Bundesländer reagieren auf den massiven Einrichtungs- und Personalmangel bereits mit Absenkung der im SGB VIII festgelegten Standards, die ausschließlich für die Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen angewandt werden. (2)

- Um willkürlichen Alterseinschätzungen vorzubeugen, braucht es bessere Beratung und Schulung der Durchführenden. Alterseinschätzung ist sozialpädagogische Fachaufgabe. Wenn eine Person entgegen der eigenen Aussage als volljährig eingeschätzt wird, muss verpflichtend ein Rechtsbeistand beigeordnet werden.
- Der Regelrechtsanspruch auf Hilfen für junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII muss auch in Zeiten der Systemüberlastung umgesetzt werden.

## Die Fachorganisationen BumF, IGfH, und terre des hommes Deutschland fordern daher:

- Unbegleitete geflüchtete Kinder und Jugendliche müssen in Deutschland im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe nach den gesetzlichen Regelungen des SGB VIII untergebracht werden. Bund, Länder und Kommunen sind dazu aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um dies auch unter hohem Druck zu gewährleisten. Dazu wäre ein wichtiger erster Schritt, einen regelmäßigen Stakeholder -Austausch unter Federführung des Familienministeriums zu etablieren.
- Wenn in dieser Situation Nicht-Fachkräfte einbezogen werden, müssen Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe Konzepte und Finanzierungsmöglichkeiten entwickeln, die die Qualität der Arbeit und den Schutz von Minderjährigen gewährleisten und die rechtlichen Grundlagen des SGB VIII berücksichtigen.
- Bei sinkenden Einreisezahlen dürfen Einrichtungen nicht geschlossen werden. Das Kapazitätslimit ist sonst schnell erreicht, wenn die Zahlen ankommender Kinder und Jugendlicher wieder steigen. Es muss eine nachhaltige Infrastruktur vorgehalten werden und Träger müssen betriebswirtschaftliche Planungssicherheit erhalten, wenn sie Angebote öffnen.
- Auch für unterstützende Strukturen (Förderung von Projekten zur Einzelvormundschaft und psychosozialen Versorgung, Sprachmittlung etc.) müssen rasch finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.
- Es braucht in den bekannten Ankunfts-Metropolregionen verlässliche Infrastrukturen, die bedarfsgerechte Angebote bereithalten. Das Verteilverfahren nach § 42a ff. SGB VIII verhindert dies und diskriminiert junge Geflüchtete nachhaltig in der Wahrung ihrer Rechte. Es braucht daher eine andere Lösung innerhalb des Rahmens des SGB VIII.



## Hintergrund zur aktuellen Situation

Die Situation u.a. in Afghanistan oder Syrien ist für viele Menschen lebensgefährlich. Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene sehen sich gezwungen über immer gefährlichere Routen zu fliehen. Gegenwärtig kommen wieder vermehrt unbegleitete Kinder und Jugendliche in Deutschland an. Insbesondere diese Gruppe zwingen meist kindspezifische Verfolgungsgründe zur Flucht, wie etwa die Rekrutierung durch bewaffnete Gruppen, Kinderehe oder Menschenhandel. Als Beispiel sei Afghanistan genannt. Im Laufe der Flucht kommt es zudem immer wieder zu Situationen, in denen Kinder unfreiwillig von ihren Eltern getrennt werden. Kinder und Jugendliche sind dann in einer besonders vulnerablen Situation. Ihr Kindeswohl und ihr Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität sollten daher nach Ankunft in Deutschland zu jedem Zeitpunkt gewährleistet sein.



Foto: Anja Krüger-Bödeker

Doch die Realität sieht für ankommende unbegleitete Kinder und Jugendliche anders aus: die jungen Menschen treffen auf ein stark geschwächtes Ankunfts- und Betreuungssystem. Die Unterbringungssituation gestaltet sich vielerorts als zunehmend katastrophal. In der Inobhutnahme fehlen durch massiven Platzabbau in den letzten Jahren geeignete Plätze für junge Menschen mit komplexen Bedarfen. Der Abbau wurde von öffentlicher Seite mit den sinkenden Flüchtlingszahlen begründet.

Im Vergleich zur Situation von 2015, als auch vermehrt Geflüchtete einreisten, finden freie Träger aktuell kein Fachpersonal, um angemessen auf die Situation zu reagieren. Die Fachkräfte sind durch die Arbeitsbedingungen während mehr als zwei Jahren Corona-Pandemie zum Teil stark belastet und

Eine angemessene, das Kindeswohl wahrende Aufnahme, Versorgung, Betreuung und Begleitung von unbegleiteten ...

können keine zusätzliche Arbeit übernehmen. Zudem ist der Fachkräftemangel in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik branchenübergreifend am größten, was öffentlich kaum bekannt ist. (3) Dies wirkt sich auch auf die Betreuung und Versorgung der jungen Geflüchteten aus.

*So berichtet uns eine Fachdienstleitung UMA eines Jugendamts aus Hessen:*

*„Generell bestehen in fast allen Bereichen des Versorgungs- und Jugendhilfesystems Qualitätsverluste, negative Entwicklung und Trend zur Deprofessionalisierung durch Verlust von Wissen, Erfahrung, Fachlichkeit, Personalfluktuation und -mangel und dadurch noch mehr Entpolitisierung des Arbeitsfeldes. Gleichwohl ist nicht zu vergessen, dass es in den Einrichtungen weiterhin einige (wenige) enorm engagierte FKs gibt, die eine sehr gute Arbeit machen. Fragt sich nur, wie lange sie das durchhalten!“*

Folgende Umstände sehen wir im Hinblick auf die Nichteinhaltung der Rechte und den Schutz von Minderjährigen besonders kritisch:

**Große Strukturen im Rahmen abgesenkter Standards in der Kinder- und Jugendhilfe:** Die Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen erfolgt derzeit in vielen Bundesländern in großen Unterkünften (Turnhallen, Zelte, Großunterkünfte), die mit Blick auf das Kindeswohl und den Schutz von Kindern nicht haltbar sind. Erfahrene Träger in der Arbeit mit unbegleiteten Kindern und Jugendlichen haben keine Kapazitäten (oder sind nicht bereit, unterhalb der Standards zu arbeiten). Neue Träger, die bisher keinen pädagogischen Zugang zu dieser Zielgruppe hatten und entsprechend keine Expertise im Umgang mit ihnen vorweisen können, werden mit der sensiblen Aufgabe betraut, ein gelingendes Ankommen zu ermöglichen. Nicht selten führt dies zu Überforderung der Mitarbeiter\*innen vor Ort. Den dort untergebrachten Jugendlichen werden existenzielle Kinderrechte vorenthalten.

**Zeitweise Unterbringung in Strukturen für erwachsene Geflüchtete:** In einigen Bundesländern werden unbegleitete Minderjährige temporär in Sammelunterkünften für Erwachsene untergebracht. Derartige Massenunterbringung bietet meist keine Privatsphäre, verfügt über unzureichende sanitäre Einrichtungen und besitzt häufig kein Hygienekonzept. Kinderschutz- oder Gewaltschutzkonzepte sind, gerade wenn Sammelunterbringung in Notunterkünften erfolgt, nicht oder nur rudimentär vorhanden. Doch selbst unter den besten Bedingungen sind diese Unterkünfte keine Orte für Kinder, egal ob begleitet oder unbegleitet.

**Betreuungsfreie Zeiten:** Unbegleitete minderjährige Geflüchtete haben neben ihren meist von Verlust und Gewalt geprägten Erlebnissen in den Heimatländern oft lange und gefährliche Fluchtwege hinter sich, auf denen sie zum Teil traumatisierende Erfahrungen gemacht haben. Sie benötigen verlässliche sozialpädagogische Ansprechpersonen, die geschult sind im Hinblick auf Trauma und psychische Notsituationen. Gerade nachts treten bei den Jugendlichen Ängste, Verluste und psychische Störungen auf – eine „Betreuung“ durch Security Mitarbeiter\*innen (wie in BaWü durch Landeserlass ermöglicht) ist nicht akzeptabel. (4)

Seit 1998 setzt sich der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge für geflüchtete Kinder, Jugendliche und Heranwachsende ein. Als gemeinnütziger Verein können wir unabhängig agieren und parteiisch an der Seite der jungen Menschen und der sie unterstützenden Systeme stehen. Wir bieten Hilfestellungen für junge Geflüchtete ebenso wie für Fachkräfte und ehrenamtlich Aktive. Unser Ziel ist, dass junge Geflüchtete ohne Angst, Ausgrenzung und Diskriminierung aufwachsen können und die gleichen Rechte wie alle anderen jungen Menschen erhalten. Spenden: <https://b-umf.de/spenden/>



Bundesfachverband  
unbegleitete  
minderjährige  
Flüchtlinge  
**BumF**



*Der 16-jährige N. ist seit Anfang Oktober in einer Einrichtung in ... Er leidet nachts oft an Schlafstörungen, da er sich viele Sorgen um seine im Heimatland verbliebene Familie macht und immer wieder von Erlebnissen im Heimatland und auf der Flucht eingeholt wird. Manchmal sieht er keinen Ausweg und denkt darüber nach, sich das Leben zu nehmen. In der Einrichtung ist nachts nur eine Security vor Ort, er hat mit einem der Mitarbeiter zu sprechen versucht, der hat ihn an den Betreuer im Tagesdienst verwiesen und den Rettungsdienst benachrichtigt. Dieser ist gekommen, konnte keine akute Suizidalität feststellen und ist wieder weggefahren. Besser ging es N. dadurch nicht. (aus der Beratung des BumF)*

**Langes Vorclearing:** In der derzeitigen Situation zeigt sich (mehr noch als zuvor), dass das Verteilverfahren nach § 42a SGB VIII nicht funktioniert. Die eigentliche Intention, geflüchtete Kinder und Jugendliche rasch und kindeswohlorientiert zu verteilen, so dass sie bestmögliche Betreuung erhalten können, hält den derzeitigen Einreisezahlen und dem Umgang damit nicht stand. Momentan sind die Erstgespräche in Berlin und anderen Ballungszentren mit Wartezeiten von mehr als acht Wochen verbunden. In dieser Zeit bleiben Jugendliche in nicht kindgerechten Strukturen in einer Warte-

Foto: Anja Krüger-Bödeker



position, sie wissen noch nicht, wo sie nach dem Erstgespräch untergebracht werden. Die Verteilung richtet sich nicht nach tatsächlich vorhandenen Angeboten und freien Plätzen, sondern nach einer Quote auf dem Papier.

**Aussetzen des Fachkräfteschlüssels:** Das Clearingverfahren muss neben der Erstversorgung der jungen Menschen auch die partizipative Feststellung der Bedarfe gewährleisten. Diese Aufgabe ist eine sozialpädagogische Aufgabe und kann nicht ohne fachliche Begleitung und konzeptionelle Absicherung von „Nicht-Fachkräften“ durchgeführt werden. Die Situation geflüchteter junger Menschen ist komplex und ihre Bedarfe (Folgeeinrichtung, Gesundheitsversorgung, Zugang zu Bildung und Ausbildung etc.) müssen im Rahmen des Clearingverfahrens möglichst umfassend eruiert werden. Gerade die sozialpädagogische und emotionale Begleitung von asyl- und aufenthaltsrechtliche Verfahren einschließlich Folgeverfahren wie die Familienzusammenführung erfordern Qualifizierung, rechtliches Basiswissen und Kenntnis der lokalen Rechtsberatungsstrukturen sowie Zeit und Kapazität, diese Verfahren zu unterstützen. Auch bedarf der Umgang



**Internationale  
Gesellschaft für  
erzieherische Hilfen**

Die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) ist eine bundesweit und auch international tätige, nicht-konfessionelle, überparteiliche Fachorganisation der erzieherischen Hilfen. Die IGfH versteht sich als Lobby im Dienste des Wohls und der Rechte von jungen Menschen, die außerhalb der Herkunftsfamilie leben sowie ihrer Familien. Sie vertritt in diesem Rahmen die Interessen von pädagogischen Fachkräften und von Institutionen und versteht sich als eine Plattform des sozialpädagogischen Dialogs über erzieherische Hilfen und der fachlichen Weiterentwicklung der Erziehungshilfen auf einer möglichst breiten Basis. Die Einschätzungen der Adressat\*innen der Erziehungshilfen haben innerhalb der IGfH einen hohen Stellenwert. [www.igfh.de](http://www.igfh.de)

mit jungen Geflüchteten spezieller Kenntnis von Traumapädagogik und interkultureller Sensibilisierung und kontinuierliche Fortbildung. Das nötige Wissen und die nötige Kapazität fehlen jedoch leider oft in der Praxis.

*Der 15-Jährige A. ist Ende September in ... angekommen. Er ist in einer großen Unterkunft untergebracht. Dort arbeiten „viele verschiedene Menschen“, aber er habe keinen persönlichen Ansprechpartner. Auf alle Fragen werde ihm immer wieder gesagt, er solle warten. Manchmal ist das Essen bereits leer, wenn er zu den Mahlzeiten kommt. Er hat viele Fra-*

... minderjährigen Flüchtlingen (UMF) ist derzeit an vielen Orten Deutschlands nicht mehr gewährleistet.

*gen in Bezug auf seinen weiteren Aufenthalt in Deutschland. Aufgrund seiner Erlebnisse auf der Flucht ist er stark psychisch belastet, manchmal zieht er sich komplett zurück, zieht sich die Decke über den Kopf, manchmal bekommt er Panikattacken, Herzrasen und Schwindel. Einmal musste der Notarzt kommen. Er spricht in der Unterkunft aber mit niemandem darüber, weil er bisher kein Vertrauen fassen konnte. (aus der Beratung des BumF)*

**Willkürliche Altersfestsetzung:** Die Einschätzung des Alters ist von großer Bedeutung für asyl-, und aufenthaltsrechtliche Fragen und für jugendhilferechtliche Ansprüche. Primär ist laut Gesetz die Einsichtnahme in die Ausweispapiere, hilfsweise ist das Alter durch eine „qualifizierte Inaugenscheinnahme“ festzusetzen. In der Praxis wird das Verfahren als willkürlich wahrgenommen. Altersfeststellungen mittels medizinischer Untersuchung werden nicht nur – wie vorgesehen – in Zweifelsfällen angewendet, obgleich diese aus medizinisch-ethischen Gründen bedenklich sind. Die aktuelle For-

schung (5) zeigt überdies, dass keine der in der Praxis angewandten medizinischen Methoden geeignet ist, um bei Menschen zwischen 16 und 19 Jahren verlässlich Minder- oder Volljährigkeit nachzuweisen. Besonders bedenklich ist, dass die Meldungen über als volljährig eingeschätzte Minderjährige zunehmen. In vielen Fällen werden Dokumente der jungen Menschen angezweifelt oder nicht in die Altersschätzung einbezogen. Die Einschätzung des Alters ist für die Minderjährigen extrem bedeutsam, gleichzeitig aufgrund der fehlenden Methodengenauigkeit höchst umstritten. Es muss ausgeschlossen werden, dass über die Einschätzungen des Alters eine Steuerung der Fallzahlen vorgenommen wird. Zudem nehmen die Jugendlichen oft ihr Recht nicht wahr, gegen fehlerhafte Alterseinschätzungen auf dem Rechtsweg vorzugehen, weil sie ihre Rechte nicht kennen und keine rechtliche Unterstützung erhalten.

**Mangelnde Hilfgewährung für junge Volljährige:** Der Übergang aus der Jugendhilfe ins Erwachsenenleben ist mit zahlreichen Herausforderungen für den jungen Menschen versehen. Das Recht spricht gem. § 41 SGB VIII jungen Erwachsenen weiter Hilfen bis 21 Jahre zu, wenn sich noch nicht selbstständig zurechtfinden; dies gilt auch uneingeschränkt für junge Geflüchtete. Dennoch sind gerade junge Geflüchtete in der Praxis vielfach auf sich alleine gestellt. Teils wird nach Beendigung der Inobhutnahme ihre Verteilung nach dem Asylgesetz nachgeholt, sie sind zudem plötzlich mit der Problematik, Wohnraum zu finden, konfrontiert genauso wie mit der eigenständigen Klärung von Sozialleistungen. Die vorgesehene Übergangsplanung, die schon ein Jahr vor Eintritt der Volljährigkeit beginnen soll, findet in den wenigsten Fällen statt.

*Jugendliche A und B befinden sich in einer stationären Jugendhilfeeinrichtung in Sachsen. Sie leben beide seit ihrem 16. Lebensjahr in dieser Einrichtung und gehen zur Schule. Vor ihrem 18. Geburtstag hat nie jemand mit ihnen darüber gesprochen, wo sie ab ihrem 18. Geburtstag bleiben können. Durch die steigenden Ankunfts zahlen sind alle Einrichtungen*

terre des hommes Deutschland e.V. wurde 1967 von engagierten Bürgerinnen und Bürgern gegründet, um schwer verletzten Kindern aus dem Vietnamkrieg zu helfen. Wir sind unabhängig von Regierungen, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften und Parteien und fördern weltweit und in Deutschland 368 Projekte für ausgebeutete und benachteiligte Kinder. In Deutschland engagieren sich Freiwillige in 120 Orten mit terre des hommes ehrenamtlich für Kinder in Not. Kontakt: <https://www.tdh.de/wer-wir-sind/>

 **terre des hommes**  
Hilfe für Kinder in Not  
[www.tdh.de](http://www.tdh.de)



*ausgelastet und es werden dringend Plätze für Minderjährige gesucht. A und B werden an ihrem 18. Geburtstag aus der Einrichtung entlassen und kommen erst einmal bei Freunden auf der Couch unter. Die Wohnungsnot in Sachsen ist groß und langfristig droht ihnen die Obdachlosigkeit. (aus der Beratung des BumF)*

Der Fachkräftemangel in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik wirkt sich auch auf die Betreuung und Versorgung der jungen Geflüchteten aus.

Die aktuelle Situation ist ein hausgemachtes und strukturelles Problem der deutschen Jugendhilfepolitik im Umgang mit jungen Geflüchteten, das erneut auf den Schultern der jungen Geflüchteten ausgetragen wird und deren unabdingbare Rechte auf Schutz, Beteiligung und Förderung aus dem 8. Sozialgesetzbuch (SGB VIII) verletzt. Das muss sich dringend ändern!

*Ansprechpersonen:*

Für den BumF: Livia Giuliani ([l.giuliani@b-umf.de](mailto:l.giuliani@b-umf.de)), Helen Sundermeyer ([h.sundermeyer@b-umf.de](mailto:h.sundermeyer@b-umf.de))  
Für die IGFH: Lisa Albrecht ([lisa.albrecht@igfh.de](mailto:lisa.albrecht@igfh.de))  
Für terre des hommes: Thomas Berthold ([t.berthold@tdh.de](mailto:t.berthold@tdh.de)) und Sophia Eckert ([s.eckert@tdh.de](mailto:s.eckert@tdh.de))

*Anmerkungen:*

- 1) Siehe auch unseren Zwischenruf zur Unterbringungssituation: Zwischenruf zur Unterbringungssituation unbegleiteter Minderjähriger – BumF (2023): URL: <https://b-umf.de/> [4.5.2023]
- 2) Standardabsenkungen: Baden- Württemberg, Berlin, Sachsen, Schleswig Holstein, Sachsen Anhalt, Rheinland-Pfalz
- 3) Die Berufe mit den aktuell größten Fachkräftelücken. Institut der deutschen Wirtschaft. URL: <https://www.iwkoeln.de/> [4.5.2023]
- 4) Baden-Württemberg
- 5) Ethische Aspekte der medizinischen Altersschätzung bei unbegleiteten minderjährigen Migrantinnen und Migranten (2022). URL: <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-37766-3> [4.5.2023]

# Fachkräftegewinnung und -qualifizierung in der Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg

Ergebnisse zweier Workshops zu aktuellen Herausforderungen und Ausblick auf weitere Prozesse

von Gunda Voigts

## „Hilfe, wir suchen Verstärkung für unser Team!“

Aussagen wie diese sind in den Mailverteilern der Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg immer häufiger zu lesen. Verbunden werden sie zunehmend mit Hinweisen, dass aufgrund unbesetzter Stellen derzeit „Angebote für Jugendliche nicht im geplanten und sonstigen Umfang“ durchgeführt werden könnten. Das war Anlass für die HAW Hamburg im Arbeitsschwerpunkt Kinder- und Jugendarbeit gemeinsam mit der Diakonie Hamburg im Rahmen einer Fachtagung der Freien Wohlfahrtspflege am 15.11.2022 einen digitalen Workshop zum Austausch über die Fachkräftesituation im Handlungsfeld anzubieten. Darin zeichneten sich in den Diskussionen von Vertreter\*innen aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), den Stationären Hilfen zur Erziehung (HzE) und Studierenden Sozialer Arbeit der HAW Hamburg folgende Erfahrungen und Herausforderungen ab:

- ◆ Studierende als zukünftige Fachkräfte bezeichnen attraktive Arbeitsbedingungen als entscheidend, dazu zählen unbefristete (Vollzeit-)Stellen, angemessene Entlohnung, Anerkennung von Erfahrungszeiten bei anderen Trägern in der Eingruppierung, Zusatzleistungen (z.B. HVV-Ticket, Zulagen), flexible Arbeitszeiten, Ausstattungen (z.B. Diensthandys, Laptops, moderne Büros, Zugriff auf Dienstwagen) und Arbeit in guten Teams.
- ◆ Der Übergang Studium – Beruf nimmt bei Studierenden besondere Bedeutung ein, (insbesondere öffentliche) Träger scheinen spezifische Qualifikationen zu erwarten, die nicht Teil eines grundständigen Studiums sind und entsprechend als Angebote in die Berufseingangsphase gehören. Eine qualifizierte Betreuung in dieser wird erwartet.

- ◆ Standorte von Einrichtungen haben eine wesentliche Bedeutung für die Anzahl von Bewerbungen, unterschieden werden attraktive (zentral gelegene) versus unattraktive (schlecht erreichbare) Standorte.

- ◆ „Fachfremde“ Bewerbungen (Quereinsteiger\*innen, Personen ohne pädagogische Qualifikation bzw. Eignung) machen inzwischen einen überwiegenden Teil der Bewerbungen aus.

- ◆ Einstellungsverfahren werden – vor allem mit Blick auf Genehmigungsverfahren durch Behörden – als zu langsam, intransparent und umständlich wahrgenommen.

- ◆ Die fehlende Bekanntheit des Arbeitsfeldes liegt aus Sicht von Trägervertreter\*innen in zu wenig Praxiszeiten von Studierenden und zu wenig Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit in Erzieher\*innen-Ausbildung und Hochschullehre.

- ◆ Zugangsbeschränkungen in Studiengängen Sozialer Arbeit werden als kritisch gesehen, insbesondere der (hohe) Numerus Clausus, der auf zu wenig vorhandene Studienplätze verweist.



Foto: kokolores

## Kontinuierlicher Prozess zur Fachkräftegewinnung hat wichtige Bedeutung

Ein Fazit des gemeinsamen Austausches von Studierenden, Fachkräften und Einrichtungsleitungen war auf dieser Grundlage, dass die Frage der Fachkräftegewinnung und -qualifizierung für das „Tätigkeitsfeld Kinder- und Jugendarbeit“ spezi-

Aufgrund unbesetzter Stellen können derzeit „Angebote für Jugendliche nicht im geplanten und sonstigen Umfang“ durchgeführt werden.

fisch betrachtet werden muss. Insbesondere Konkurrenzen um Fachkräfte mit anderen Leistungsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe, die über einen einklagbaren individuellen Rechtsanspruch verfügen (Kindertageseinrichtungen, Hilfen zur Erziehung), und solchen mit familienfreundlicheren Arbeitszeiten (Ganztagsschule, Schulsozialarbeit) wurden herausgearbeitet. Auch das ungleiche „Kräfteverhältnis“ zwischen öffentlichen und freien Trägern sowie großen und sehr kleinen freien Trägern bei der Suche nach geeigneten Fachkräften spielte in den Debatten eine Rolle. Die Ergebnisse dieses ersten Austausches waren daher Anlass, die aktuell sehr brisante Frage der Fachkräftegewinnung und -bindung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit weiterzudenken.

### Workshop von HAW Hamburg, Diakonie Hamburg und Sozialbehörde mit Fachkräften aus Einrichtungen, Verbänden und Behörden der OKJA im März 2023

HAW Hamburg und Diakonie Hamburg haben daher mit Einbezug der Sozialbehörde, Abteilung Gestaltung der Jugendhilfe, alle Interessierten aus dem Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu einem weiteren (hybriden) Workshop am 23.3.2023 in die Hochschule eingeladen. Mehr als 30 Personen aus Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (Freie und öffentliche Trägerschaft), der Sozial- und der Bezirksbehörde(n), Wohlfahrts- und Fachverbänden, der Hochschule und aus Jugendhilfeausschüssen kamen zusammen.

Nach einem Input wurde in drei Arbeitsgruppen (zwei vor Ort, eine Online), moderiert durch Kristina Krüger, Monique Kutz und Dr. Hanna Gundlach, diskutiert.

### Hauptberufliche Strukturen als Basis der Arbeit in Einrichtungen der OKJA

Im einführenden Fachinput legte Prof. Dr. Gunda Voigts auf empirischer Basis dar, dass hauptberuflich Beschäftigte eine wesentliche Ressource der OKJA sind (vgl. Maierhofer u.a. 2022, 29f.). Zugleich weist die Amtliche KJH-Statistik aus, dass gerade in diesem Berufsfeld von 2018 bis 2020 die Anzahl der Vollzeitäquivalente in der Freien und Hansestadt Hamburg um 7,9% gesunken ist, während sie im Bundeschnitt um 1,1% anstieg (Volberg/Mühlmann 2022, 4). Kennzeichen der Personalsituation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bundesweit sind der höchste Anteil an Befristungen (16%) im gesamten Feld der Kinder- und Jugendhilfe, so-

Kennzeichen der Personalsituation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bundesweit ist ...

wie ein Anteil von 24,4% der Stellen mit unter 19 Stunden und nur 35,9% mit 38,5 Stunden oder mehr im Vergleich zu beispielsweise 64,4% Vollzeitstellen im ASD oder 54,4% in der Heimerziehung (Olszenka u.a. 2023, 14f). Zugleich steigt der Altersdurchschnitt weiter an, was bedeutet, dass durch Eintritte in den Ruhestand Stellen vermehrt mit neuen Fachkräften besetzt werden müssen (vgl. akjstat 2021).

Dem gegenüber steht die öffentliche Unterschätzung dessen, was an „Qualitätsanforderungen [...] mit dem Anforderungsprofil“ (Maierhofer u.a. 2022, 29f) einer Fachkraft in der OKJA verbunden ist. Zugleich sind genau diese Anforderungen infolge der Corona-Pandemie und weiterer Krisen gestiegen (vgl. Voigts/Blohm 2022; Voigts 2023).

Angebote der Kinder- und Jugendarbeit können Bildungs-, Verantwortungs-, Gemeinschafts- und Integrationspotenziale bieten (vgl. Rauschenbach et al 2010; Hallmann/Sass 2022).

Diese verlangen jedoch nach hauptberuflichem Personal mit Handlungskompetenzen, welche wissenschaftlich und theoretisch fundiert sind, und zugleich mit einem (reflektierten) professionellen Verständnis und personalen Kompetenzen einhergehen (vgl. Jump 2018; Voigts 2020).

Duale Studiengänge (privater) Hochschulen,

die grundständige Studiencurricula vernachlässigen und mitunter ein Studium zu einer Ausbildung mutieren lassen, sind in diesem Kontext ebenso kritisch zu betrachten, wie die Abstufung von Personalstellen für einschlägig akademisch qualifizierte staatlich anerkannte Sozialarbeitende zu Erzieher\*innen-Stellen (siehe zu beiden Aspekten Positionierungen der agj 2022a, b). So liegt bundesweit der Anteil des Personals mit akademischer Ausbildung in der Kinder- und Jugendarbeit nur bei 46,0%, während er beispielsweise in der Jugendsozialarbeit bei 69,3% und im ASD bei 92,1% liegt (Olszenka u.a. 2023, 16). Spezifische Hamburger Zahlen, die für die konkrete Entwicklung von entgegenwirkenden Strategien enorm wichtig wären, liegen zu all diesen Fragen nicht öffentlich zugänglich vor.

... der höchste Anteil an Befristungen (16%) im gesamten Feld der Kinder- und Jugendhilfe.



Foto: GabrieleLässer\_pixabay

## Notwendigkeiten zur Gewinnung von Fachkräften für die OKJA in Hamburg

Auf Basis dieses empirischen Einblicks und der Erfahrungen der Beteiligten des Workshops aus den verschiedenen Zuständigkeiten und Bereichen der OKJA wurden vier zentrale Fragen diskutiert, um die konkrete Situation in Hamburg zu erfassen:

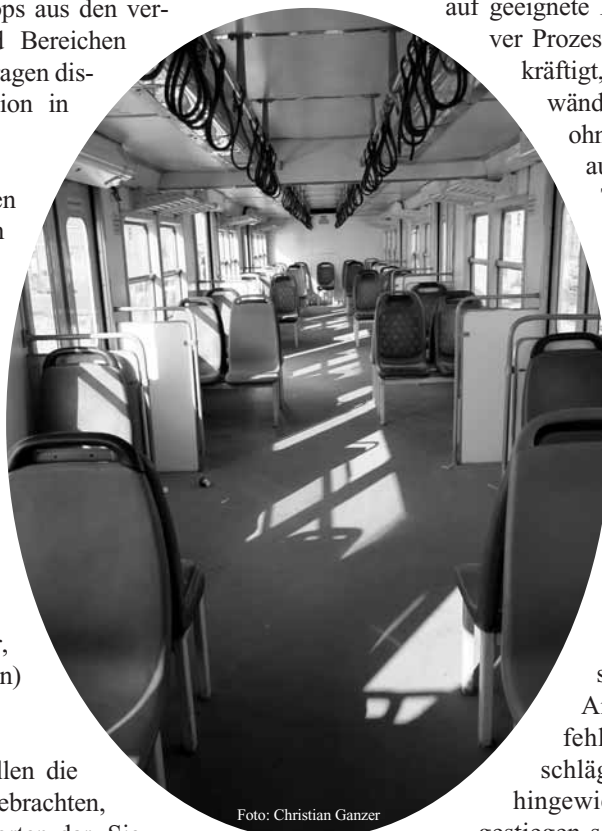
- ◆ Was sind meine Erfahrungen zur Fachkräftegewinnung in der Kinder- und Jugendarbeit aktuell?
- ◆ Worin sehe ich gerade die zentralen Herausforderungen?
- ◆ Was ist in Hamburg aus meiner Sicht nötig, um Fachkräfte für Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendarbeit zu gewinnen?
- ◆ Welchen Beitrag könnten dazu die Hochschulen und Ausbildungsstätten, Träger, Sozial- und Bezirksbehörde(n) leisten?

Die aufgeführten Ergebnisse stellen die von den Teilnehmenden eingebrachten, nach Themen geclusterten Antworten dar. Sie sind eine Zusammenstellung wichtiger, fachlich fundierter, subjektiver Perspektiven von hauptberuflich Beschäftigten aus verschiedenen Organisationsebenen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg. Diese wurden während der Workshops protokolliert und für diesen Artikel von der Autorin inhaltsanalytisch kategorisiert. Dabei bleiben Überschneidungen zwischen den einzelnen Fragestellungen nicht aus.

### Aktuelle Erfahrungen: Offene Stellen, Ausschreibungspraxis und Einstellungsverfahren

Im Vordergrund der Berichte über aktuelle Erfahrungen bei der Fachkräftegewinnung stehen nicht zum Erfolg führende, mehrfache Stellenausschreibungen, Stellenvakanzen bis zu einem Jahr, eine hohe Personalfuktuation insbesondere aufgrund von Elternzeitansprüchen, Konkurrenz um Fachkräfte innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe und sogar die (vorübergehende) Schließung von Einrichtungen aufgrund nicht vorhandenen Personals. Es wird ausgeführt, dass selbst als „attraktiv“ angesehene Stellen nicht besetzt werden konnten, bis zu vier, häufiger zwei oder drei Ausschreibungsrunden zur Stellenbesetzung notwendig waren und trotzdem wenig bis keine qualifizierten Bewerbungen eingingen.

Gut gelingen Stellenbesetzungen, wenn direkte Kontakte zu infrage kommenden Personen vorhanden sind oder bisherige Praktikant\*innen oder Honorarmitarbeitende angesprochen werden können. Zugleich wird dieses gezielte Zugehen auf geeignete Bewerber\*innen als arbeitsintensiver Prozess beschrieben. Insgesamt wird bekräftigt, dass die Personalsuche sehr aufwändig geworden sei und dies – bei der ohnehin knapp bemessenen Personalausstattung – vor allem von kleinen Trägern kaum zu leisten sei.



Auch wird häufiger berichtet, dass es schwieriger geworden sei, Studierende zu finden, die neben dem Studium bereits in den Einrichtungen auf Stundenbasis arbeiten. Es wird wahrgenommen, dass sich die Strukturen von Studium und Erzieher\*in-Ausbildung verändert haben und kaum Zeit zum Arbeiten bleibe. Zugleich seien die Honoraranstellungen aufgrund der geringen Stundensätze, des hohen Aufwands der Anreise für nur wenige Stunden und fehlender Wochenend- und Abendzuschläge unattraktiv. Es wird auch darauf hingewiesen, dass der Mindestlohn zwar gestiegen sei, der Umfang der Honorartöpfe aber nicht, dies werde aber derzeit von den Behörden geprüft.

Die beschriebenen Entwicklungen verschärfen aus Sicht der Beteiligten den Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendarbeit, da der frühzeitige Einblick in das Arbeitsfeld ausbleibe. Praktika von Studierenden und Fachschüler\*innen werden als sehr wichtig für die Fachkräftegewinnung angesehen und als „gelingende Strategie“ konnotiert. Wiederholt als negativ beschrieben wird die Veränderung des Praktikums in der Erzieher\*innen-Ausbildung von einem Vollzeit- zu einem „Ein-Tag-pro-Woche-Praktikum“. Auch die niedrige Vergütung des Vollzeitpraktikums im Studium Sozialer Arbeit wird problematisiert. Mit Dualen Studiengängen wird hier vereinzelt die Hoffnung verbunden, Studierende früh binden und geplant auf längere Zeit in Praktika einsetzen zu können.

Von Seite der Hochschule wird berichtet, dass Studierende Probleme hätten, geeignete Praktikumsplätze in der OKJA zu finden. Häufig sei die qualifizierte Voraussetzung der Praxisbegleitung in den Einrichtungen durch staatlich anerkannte

Problematisch ist, dass der Mindestlohn gestiegen ist, die Honorartöpfe sind es aber nicht.

Wenn Stellen höher dotiert und unbefristet ausgeschrieben sind, bestehen erfahrungsgemäß weniger Probleme Personal zu akquirieren.

Sozialarbeitende in Vollzeit und mit Berufserfahrung nicht mehr zu erfüllen. Die Dequalifizierung von Stellen scheint sich hier doppelt negativ auszuwirken. Aus Einrichtungen wird wiederum berichtet, dass Praktikabewerber\*innen gestellte Anforderungen (Vorerfahrungen, Engagement, Alter) seltener erfüllten.

Wenn Stellen höher dotiert und unbefristet ausgeschrieben sind – so die Erfahrungen der Beteiligten –, bestehen weniger Probleme Personal zu akquirieren, vereinzelt ebenso bei unbefristeten Vollzeitstellen für Erzieher\*innen. Bemängelt wird, dass in Ausschreibungen häufig Angaben zur Eingruppierung fehlten. Formulierungen wie „in Anlehnung an“ seien zur Fachkräftegewinnung unzureichend. Transparenz in Ausschreibungen wird als wichtig angesehen und Standardformulierungen, die für das Feld nicht stimmen, müssten vermieden werden (als Beispiele werden „flexible Arbeitszeiten“ oder „familienfreundlich“ genannt). Die Wege bis zur Ausschreibung werden insbesondere bei öffentlicher Trägerschaft als zu verwaltungsaufwendig beschrieben.

Intensiv besprochen und sehr kritisch betrachtet wird in den Gruppen die Praxis der Einstellungsverfahren. Bezirke und Personalabteilungen von Trägern seien mit den Eingruppierungen überfordert und die Prozesse dauerten zu lange. Für Interessierte ohne fachspezifische Qualifikationen gebe es keine Einstellungsoptionen, auch wenn sie gut in die Teams passen würden. Bei den öffentlichen Trägern würden für Einrichtungen interessante Personen mit formalen Begründungen aussortiert. Die (formalen) Anforderungen seien jedoch so hoch, dass diese häufig nicht (mehr) erfüllt werden könnten, Veränderungen in den Ausschreibungen seien kaum möglich. Bezirksämter werden als zu restriktiv bei der Eingruppierung wahrgenommen, Stellen würden häufig ab-, aber nicht aufgewertet. Dies geschehe selbst bei Elternzeitvertretungen. Insbesondere die Einstellungspraxis der öffentlichen Träger wird als „Gratwanderung und tägliche Herausforderung“ beschrieben.

Im Gegenüber zu diesen Misereen der Fachkräftegewinnung stellen die Workshopmitwirkenden wiederholend heraus, dass es aufgrund der aktuellen Situation von

jungen Menschen – genannt: Coronafolgen, Armutslagen, Gewalt- und Fluchterfahrungen, psychische Belastungen – einen akut steigenden Personalbedarf in den Einrichtungen gäbe. Die Anforderungen an die Kompetenzen von Fachkräften steigen damit und Fachkräfte sind höheren Arbeitsbelastungen ausgesetzt. Dies sei auch in den Behörden bekannt und werde in Gremien wie beispielsweise den AGs nach §78 SGB VIII beraten. Bisher sei aber nicht erkennbar, dass Personalaufstockungen geschehen.

### Zentrale Herausforderungen der Fachkräftegewinnung und -bindung

Im Austausch über zentrale Herausforderungen finden sich viele Aspekte, die sich mit anderen Fragekomplexen doppeln. Dazu gehören insbesondere

- ◆ Unattraktive Arbeitsbedingungen, festgemacht an Arbeitszeiten, Wochenend- und Feiertagsarbeit, Familienunfreundlichkeit und nicht vorhandener Zeitflexibilität, befristete Arbeitsverträge, wenig Vollzeitstellen, schlechte Eingruppierung/Bezahlung, fehlende Zuschläge und Sonderleistungen,
- ◆ Stellen in Einrichtungen mit wenigen und häufig nicht parallel arbeitenden Kolleg\*innen und damit fehlende Teamarbeit,
- ◆ Konkurrenz zu Arbeitsfeldern mit scheinbar besseren Arbeitsrahmungen, v.a. im Kontext von Schulen,
- ◆ wenig aussagekräftige Stellenausschreibungen mit fehlenden oder irreführenden Angaben.

Als besondere Aspekte werden unter dieser Fragestellung die Einstellung auf eine neue Generation an Fachkräften, die gesellschaftspolitischen Rahmungen des Feldes, die Qualitätssicherung, die Vielfalt und die Entgrenzungen zu anderen Arbeitsfeldern mit jungen Menschen gesammelt:

Neue Generation an Fachkräften: Es wird deutlich wahrgenommen, dass junge Fachkräfte in Teams arbeiten wollen und eine konsequente Begleitung in der Berufseinmündungsphase sowie Supervision- und Fortbildungsangebote erwarten. Diesem stehen schlechte Finanzausstattungen sowie kleine Einrichtungen mit wenig Personal oder der Einsatz von Personal in zeitversetzten Einheiten in größeren Einrichtungen gegenüber. Erlebt wird, dass diese neue Arbeitsgeneration ein deutlicheres Augenmerk



Foto: Christian Ganzer

auf die Work-Life-Balance lege und entsprechend flexible Arbeitsbedingungen erwarte und bereits in Bewerbungsgesprächen nach Benefits (Home-Office, HVV-Tickets, Vergünstigungen, etc.) fragen.

**Gesellschaftspolitische Rahmung:** Die öffentlich – und damit gesellschaftspolitisch – kaum wahrnehmbare Anerkennung für das Arbeitsfeld Offene Kinder- und Jugendarbeit wird als Problematik gesehen. Sie führe zur Abwanderung von Personal in andere Bereiche, auch weil Ängste davor bestehen, dass die eigene Stelle eingespart werde, Projekte auslaufen oder befristete Verträge nicht verlängert werden können.

### Qualitätssicherung:

Es wird die These vertreten, dass in den Einrichtungen Personal fehle, das neue Fachkräfte – auch Quereinsteiger\*innen – qualifiziert einarbeite und begleite. Vorhandenen Fachkräften werden weiterhin weder Finanz- noch Zeitressourcen zur Verfügung gestellt, um sich selbst kontinuierlich weiterzubilden. Auch der Raum zur Regeneration sichere Qualität ab und fehle.

**Entgrenzung des Arbeitsfeldes:** Jüngere Fachkräfte beschreiben in den Runden, dass die in der Ausbildung und im Studium vermittelte, rechtlich wie konzeptionell richtige Vorstellung vom Arbeitsfeld häufig nicht in Übereinstimmung mit der Realität stehe. Das, was unter der Überschrift „Kinder- und Jugendarbeit“ an Arbeitsstellen offeriert würde, entspreche in Wirklichkeit nicht dieser. Als Beispiele werden Hausaufgabenbetreuung, Pausenaufsichten und Kinderbetreuung im Ganztags oder Verpflegungsvorbereitungen genannt. Diese nicht adäquaten Tätigkeiten seien für Berufseinsteiger\*innen „ernüchternd“ und „demotivierend“ und führten schnell wieder zum Verlassen des Feldes.

### Was in Hamburg zur Fachkräftegewinnung für das Feld nötig ist

Als besonders notwendig für die Gewinnung von Fachkräften wird von den Beteiligten eine ausreichende Anzahl an Studienplätzen, finanziert durch die Freie und Hansestadt Hamburg an staatlichen Hochschulen gesehen. Der wahrgenommene Fachkräftemangel steht der Situation gegenüber, dass in Hamburg nicht für alle interessierten Bewerber\*innen Studienplätze an Hochschulen in staatlicher Trägerschaft zur Verfügung stehen. Das müsse sich ändern. Als benötigt angesehen wird auch eine Weiterbildungsinitiative für Querein-

steigende bzw. Crashkurse. Eine gut begleitete Berufseinstiegsphase oder die Wiedereinführung des Anerkennungsjahrs werden ebenfalls als zielführend angesehen, wie OKJA-spezifische Fortbildungsangebote, eine stärkere Betrachtung des Handlungsfeldes in der Erzieher\*innen-Ausbildung und mehr Praxisbesuche der Hochschulen und Ausbildungsstätten für Erzieher\*innen. Bei Letzteren wird angenommen, dass Kinder- und Jugendarbeit zu wenig im Blick sei und das geändert werden müsse.



Foto: Christian Ganzer

Als entscheidender Faktor für eine bessere Fachkräftegewinnung wird die Steigerung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in allen Gruppen vehement debattiert. Unbefristete Arbeitsverträge durch längere Zuwendungszeiträume zu ermöglichen und damit Fachkräften Sicherheit zu geben wird ebenso als zentral angesehen, wie Tarifkonstrukte anzugehen. Die Übernahme von Erfahrungsstufen bei Trägerwechseln müsse gewährleistet werden und Eingruppierungen eindeutig und nachvollziehbar geregelt werden. Die (gestiegenen) hohen fachlichen Anforderungen im Arbeitsfeld sollen sich in den Eingruppierungen abbilden, Stellen entsprechend aufgewertet und Leitungsaufgaben auch als solche eingruppiert werden.

Die Auseinandersetzung mit der Frage der Fachkräftebindung wird akzentuiert. Fortbildungs-, Weiterentwicklungsoptionen spielen hier eine Rolle, aber auch die Akquise aus bisherigen Honoraranstellungen oder Praxisphasen des Studiums heraus. Die Konkurrenz zu anderen Handlungsfeldern, insbesondere zu denen mit familienfreundlichen Arbeitszeiten (Schulsozialarbeit, Ganztagschulbetreuung), solle strategisch in den Blick genommen werden. Als ein Aspekt wird auch bewegt, dass die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Bundesländern scheinbar nicht gegeben sei, da diese teilweise andere Personalausstattungen, Zusatzleistungen und bessere Eingruppierungen böten.

Als notwendig wird es angesehen, dass Fachkräfte in öffentlichen Diskursen nicht nur über die Schwierigkeiten und schlechten Rahmenbedingungen des Arbeitsfeldes, sondern

Die Anforderungen an die Kompetenzen von Fachkräften steigen stetig und Fachkräfte sind immer höheren Arbeitsbelastungen ausgesetzt.

Die Übernahme von Erfahrungsstufungen bei Trägerwechseln muss gewährleistet und Eingruppierungen nachvollziehbar geregelt werden.

auch über deren Attraktivität mit zukünftigen Fachkräften sprechen. Diese werden in der möglichen Beziehungsarbeit zu Jugendlichen außerhalb von Zwangskontexten und die abwechslungsreichen Optionen der inhaltlichen Gestaltung der Zeiten mit den jungen Menschen gesehen.

### Beitrag von Hochschulen und Ausbildungsstätten, Trägern und Behörden

Die unter dieser Fragestellung diskutierten Aspekte finden sich sehr häufig bereits in den vorherigen Fragkomplexen mit wieder. Nicht alles wird daher an dieser Stelle wiederholt, sondern nur genannt, was auch von den Mitwirkenden in den Workshops dezidiert, manchmal zusammenfassend noch einmal betont wird oder neue Gedanken darstellt:

Hochschulen: Betont wird die notwendige, von beiden Seiten ausgehende Zusammenarbeit zwischen Trägern und Hochschulen, dazu gehören die Option und die Nutzung des Vorstellens von Praktikumsplätzen und das gemeinsame Werben um Nutzung dieser. Kinder- und Jugendarbeit soll im Hochschulstudium zentral vorkommen und dabei auch Wissen über Verwaltungstätigkeiten und Personalführung vermittelt werden.



Foto: Christian Ganzer

Sozialbehörde/Bezirke: Für die Träger von Einrichtungen der OKJA soll Finanzierungssicherheit gewährt werden. Das ermöglicht eine bessere Personalgewinnung und vor allem Fachkräftebindung. Frühzeitige, transparente Kommunikation zu Finanzmitteln erscheint wichtig und der Wunsch nach Vereinheitlichung dieser und anderer (Verwaltungs-)Verfahren in den Bezirken wird geäußert. Die Einstellungs- und Eingruppierungspraxis soll transparenter, den aktuell gestiegenen Anforderungen an die Fachkräfte gerecht und vor allem zügiger geschehen. Neue Stellen für das Feld sollen geschaffen werden, damit die Arbeitsbelastung sinkt, (größere) Teams entstehen und so die Attraktivität des Arbeitsfeldes gesteigert wird.

Träger: Innerhalb eigener Trägerstrukturen wird erwartet, dass die Kinder- und Jugendarbeit mehr Wertschätzung und Anerkennung erfährt. Träger sollen den Wert und die Stärken herausstellen und Lobbyarbeit betreiben.

Insgesamt wird in den Gruppen gesehen, dass die Fachkräftethematik nur gemeinsam angegangen werden kann und es alle Kräfte zur Veränderung benötigt. Dezidiert genannt wird die Planung einer Kampagne zur Fachkräftegewinnung für dieses Feld. Weiterhin werden Qualifizierungsmaßnahmen als gemeinsame Aufgabe gesehen. Kooperationen von Sozialbehörde, Trägern, Verbänden und Hochschule werden als wichtig angesehen. Auch die Frage einer strukturierten – auch durch die Hochschule begleiteten Berufseinmündungsphase für die Offene Kinder- und Jugendarbeit – wird an dieser Stelle vertiefend thematisiert.

### Zusammenfassung und Ausblick

Die Ergebnisse der beiden Workshops zeigen die Brisanz und die Zukunftsbedeutung der gezielten Fachkräftegewinnung und -bindung in der (Offenen) Kinder- und Jugendarbeit auf. Kinder- und Jugendarbeit als für viele junge Menschen (nicht nur) in Hamburg wichtiger Entwicklungs-, Bildungs- und Freiraum benötigt jetzt und in Zukunft qualifizierte Fachkräfte. Gemeinsame Strategien von Trägern, Behörden, öffentlichen Hochschulen und Erzieher\*innen-Ausbildungsstätten sind dringend notwendig, um diese für das Handlungsfeld zu finden, zu qualifizieren und auf Dauer zu begeistern.

Die beteiligten Kolleg\*innen aus der Diakonie Hamburg, Sozialbehörde und HAW Hamburg werten die Ergebnisse des letzten Workshops derzeit differenziert aus und betrachten gemeinsam weitere Handlungsoptionen. Bei Interesse von Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit an weiteren Prozessen mitzuwirken, kann gerne mit der Autorin dieses Artikels Kontakt aufgenommen werden.

Die Kinder- und Jugendarbeit sollte im Hochschulstudium zentral vorkommen und dabei auch ...



Der Arbeitsschwerpunkt Kinder- und Jugendarbeit der HAW Hamburg gestaltet darüber hinaus gemeinsam mit dem Bundesnetzwerk Kinder- und Jugendarbeit und der Transferstelle European Youth Work Agenda in Deutschland einen bundesweiten Prozess zum Thema „Fachkräftemangel – Zur Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit“. In diesem Kontext hat bereits ein bundesweites Expert\*innen-Hearing stattgefunden, in das auch die Erkenntnisse aus den Workshops in Hamburg durch Dr. Lars Schulhoff als ministeriellem Ländervertreter eingebracht wurden. Die Auswertungen des Hearings werden im Mai abgeschlossen und über weitere Strategien im Bundesnetzwerk Kinder- und Jugendarbeit beraten. Noch im ersten Halbjahr 2023 wird es darüber hinaus eine bundesweite Online-Befragung zum Fachkräftemangel in Einrichtungen der Offenen



Foto: Manuel Essberger

Kinder- und Jugendarbeit geben. Eine spezifische Auswertung für Hamburg ist geplant. Ziel der Prozesse ist es, gemeinsam Strategien gegen den Fachkräftemangel in der (Offenen) Kinder- und Jugendarbeit zu entwickeln und umzusetzen.

Hinweis: Über den bisherigen Prozess in Hamburg wird auf folgendem Padlet informiert:

Oder URL:

[https://padlet.com/Gunda-Voigts\\_HAWHamburg/fachkr-ftemangel-qualifizierung-und-gewinnung-in-der-kinder-lulv6qstkco7n6vi](https://padlet.com/Gunda-Voigts_HAWHamburg/fachkr-ftemangel-qualifizierung-und-gewinnung-in-der-kinder-lulv6qstkco7n6vi)



... das Wissen über die Verwaltungstätigkeiten sowie die Personalführung vermittelt werden.

## Literatur:

- agj (2022a): Die Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit im Gefüge fach- und hochschulischer Qualifizierung: Qualifizierungs- und Forschungsbedarfe. Berlin. URL: [https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2022/221205Positionspapier\\_Bedeutung\\_Kinder-und\\_Jugendarbeit.pdf](https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2022/221205Positionspapier_Bedeutung_Kinder-und_Jugendarbeit.pdf) [24.4.23].
- agj (2022b): Zunehmende Privatisierung fach- und hochschulischer Qualifizierung in der Kinder- und Jugendhilfe: Chancen, Herausforderungen und Anforderungen an eine hochwertige Qualifizierung. Positionspapier. Berlin. URL: [https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2022/Positionspapier\\_Privatisierung.pdf](https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2022/Positionspapier_Privatisierung.pdf) [24.4.23].
- Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik (2021): Kinder- und Jugendhilfereport Extra 2021. Dortmund.
- Hallmann, Julia/Sass, Erich (2022): Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit. Weinheim/Basel.
- JumP (2018): Qualifikationsprofil Jugendarbeit. Benötigte Kompetenzen von hauptberuflichen Fachkräften in der Kinder- und Jugendarbeit. Kempten.
- Maierhofer, Andreas/Peucker, Christian/Pluto, Liane/Van Santen, Eric (2022): Herausforderungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Weinheim/Basel.
- Olszenska, Ninja/Rauschenbach, Thomas/Tiedemann, Catherine/Volberg, Sebastian (2023): Zwischen Expansion und Heterogenität – das Personal der Kinder- und Jugendhilfe. In: KomDat 25 (3), S. 12-16.

- Rauschenbach, Thomas u.a. (2010): Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Eine Expertise. Dortmund u.a.
- Voigts, Gunda (2020): Kinder- und Jugendarbeit als Projekt Sozialer Arbeit. Herausforderungen der aktuellen Verortung in Profession und Disziplin. In: Cloos/Lochner/Schoneville (Hg.): Soziale Arbeit als Projekt. Konturierungen von Disziplin und Profession. Wiesbaden, S. 377-388.
- Voigts, Gunda/Blohm, Thuriid (2022): Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Corona-Zeiten aus Sicht von Fachkräften. Eine empirische Untersuchung zur Situation von Einrichtungen in Hamburg. Opladen u.a.
- Voigts, Gunda (2023): Corona, Krieg und Klimakrise: Kinder- und Jugendarbeit in herausfordernden Zeiten. In: deutsche jugend 71 (1), S. 11-20.
- Volberg, Sebastian/Mühlmann, Thomas (2022): Neuer Höchststand – Mehr als 1 Mio. Beschäftigte in der Kinder- und Jugendhilfe 2020 In: KomDat 25 (1), S. 1-4.

## Prof. Dr. Gunda Voigts



lehrt und forscht an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) im Schwerpunkt Kinder- und Jugendhilfe. Sie ist Professorin für Wissenschaft und Theorien Sozialer Arbeit sowie Theorie und Praxis der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit. Kontakt: [gunda.voigts@haw-hamburg.de](mailto:gunda.voigts@haw-hamburg.de)

# Einfach mal drüber reden ...

## Niedrigschwellige psychologische Beratung für Mädchen\* und junge Frauen\* in Altona

von Anja Rabeneck, Evin Kandemir und Imke Kollesch

### Das Projekt aus der Sicht des Trägers mädCHENTreff Schanzenviertel e.V.

*Alltag in der offenen Arbeit – Mädchen\* und junge Frauen\* in Krisen*

In der Arbeit mit Mädchen\* und jungen Frauen\* zeigte sich in der Vergangenheit im mädCHENTreff schanzenviertel allzu häufig, dass Probleme und überhöhte Anforderungen sowie traumatische Erlebnisse viele unserer Besucherinnen\* in psychische Krisen stürzten, aus denen sie alleine nicht oder nur unter größten Anstrengungen wieder herausfanden. Unserer Beobachtung nach reagieren Mädchen\* und junge Frauen\*

Die Listen der praktizierenden Psychotherapeut\*innen erscheinen unendlich lang, die Wartelisten dieser sind noch um einiges länger.

auf übermäßigen Druck häufig mit psychischen Auffälligkeiten, wobei internalisierte Muster überwiegen. Das heißt konkret, dass Angst, Minderwertigkeit(sgefühle), Trauer, Interessenlosigkeit, Schlafstörungen und somatische Störungen bis hin zu Zwängen, Depressionen und selbstverletzendem Verhalten bei Mädchen\* deutlich häufiger auftreten, als externalisierte Störungen wie Aggression, Hyperaktivität, Impulsivität, Drogenkonsum oder delinquentes Verhalten.

Tatsächlich erleben wir bei vielen Besucherinnen\* Phasen, in denen ihnen in der Kindheit und Jugend Erlebtes im Jungerwachsenalter „auf die Füße fiel“ und sie plötzlich ihren Alltag nicht mehr bewältigen konnten. Nicht selten suchten sie uns dann (wieder) auf. Die Schwierigkeiten wurden z.B. so beschrieben: „Manchmal komme ich gar nicht aus dem Haus heraus – ich will, aber ich kann nicht“, „Plötzlich glaube ich, ich schaffe das alles nicht mehr: die Arbeit, die Familie“, „Ich habe mich dann in den Pausen immer in der Bibliothek versteckt, weil ich niemanden treffen wollte“. Manchmal kam es zu wahnhaften Vorstellungen, bei der Arbeit kontrolliert oder gemobbt zu werden, manchmal zu Sozialphobie, Wasch- und Hygienezwängen oder Essstörungen. Nach eingehenden Gesprächen wurde uns deutlich, dass eine intensive, psychotherapeutische Unterstützung für diese Besucherinnen\* das passende Hilfsangebot zu sein schien. Allerdings trifft ein sol-

cher Bedarf in Hamburg auf ein absolut unterversorgtes und gleichzeitig hochschwelliges psychotherapeutisches Hilfesystem, in dem sich ein in Psychotherapie unerfahrener junger Mensch, der sich in erster Linie hilflos fühlt, weder zu recht findet, noch irgendwelche Aussichten auf Erfolg hat. Die Listen der praktizierenden Psychotherapeut\*innen erscheinen den hilfesuchenden Mädchen\* unendlich lang, bis sie realisieren, dass deren Wartelisten noch um einiges länger sind.

Unseres Erachtens nach besteht hier seit Jahrzehnten ein geschlechtsspezifischer Bedarf, dem nur ein niedrigschwelliges, akutes Hilfeangebot gerecht werden kann. Die Offene Arbeit ist, wenn es um handfeste psychische Beschwerden geht, zwar unterstützend hilfreich, aber absolut begrenzt. In der Offenen Arbeit bietet sich durch stabile Beziehungsarbeit die Möglichkeit (wieder) Anlaufstelle zu sein für Mädchen und junge Frauen, die vor scheinbar unlösbaren seelischen Problemen stehen. Um eine wirkliche Verbesserung im Leben der Besucherinnen zu bewirken fehlt an dieser Stelle allerdings das passende Setting und das nötige Fachwissen einer psychologischen Beratungstätigkeit.

*Und dann noch Corona ...*

Durch die Corona-Pandemie und ihre sozialen Folgen hat sich diese ohnehin schon desolate Lage deutlich verschlechtert. (vgl. BTK 2022) Die Beratungseinrichtungen für Mädchen\* und Frauen\* berichten von massiv erhöhtem Beratungsbedarf: Das vereinzelte Lernen zu Hause hat für viele



die psychische Stabilität geschwächt, familiäre Missstände verdichteten sich und auch der Gebrauch sozialer Medien stieg deutlich an. Diese kontaktlose Alternative zum Sozialleben birgt erfahrungsgemäß für Mädchen\* und junge Frauen\* die Gefahr eines Einstiegs in Spiralen überfordernder Selbstinszenierungen oder digital gestützter Formen von Essstörungen. Das Korrektiv sozialen Miteinanders, erlebter freundschaftlicher Intimität und unretuschiertem Erleben fehlte während der Lockdowns. In Folge der Pandemie stieg der Hilfebedarf immens. Dies bestätigt z.B. der Kinder und Jugendreport der DAK-Gesundheit, demzufolge während der Corona-Pandemie die Häufigkeit erstmals diagnostizierter psychischer Erkrankungen bei jugendlichen Mädchen\* deutlich zugenommen hat. In der Altersgruppe der 15 bis 17-jährigen Mädchen\* stieg zwischen 2019 und 2021 die Anzahl neu diagnostizierter Essstörungen (+54%), Depressionen (+18%) und Angststörungen (+24%) an. (vgl. DAK Gesundheit 2022)

### *Lösungsversuch: Pragmatische, interdisziplinäre Zusammenarbeit auf Augenhöhe*

Auch dem Fachamt Gesundheit des Bezirksamtes Altona fiel der Anstieg der Bedarfe von Mädchen\* und jungen Frauen\* auf, die sich mit internalisierten psychischen Störungsbildern von einer Sozialphobie bis hin zu suizidaler Gefährdung an den Jugendpsychiatrischen Dienst wandten. Hier waren die Mitarbeiter\*innen von der Anzahl der Anfragen überfordert und mussten teilweise nach Dringlichkeit entscheiden, wem sie akute psychologische Hilfeleistungen anbieten konnten und welche Mädchen\* und jungen Frauen\* zunächst vertröstet werden mussten.

Äußerst hilfreich war daher der Gedanke eines Mitarbeiters vom Jugendpsychiatrischen Dienst, seine Eindrücke mit dem Mädchen\*arbeitskreis Altona abzugleichen und Mittel aus dem Fond „Aufholen nach Corona“ für ein Angebot einzusetzen. Dies soll die überlaufene Situation des Jugendpsychiatri-

**Beratungseinrichtungen für Mädchen\*  
und Frauen\* berichten von massiv  
erhöhten Bedarfen.**

schen Dienstes gegebenenfalls abfedern und kann die Mädchen\* und jungen Frauen\* eventuell bereits vor einer scheinbar ausweglosen oder gar selbstgefährdenden Situation bewahren. Diese pragmatische und interdisziplinäre Herangehensweise ist erfahrungsgemäß untypisch in der Hilfelandschaft und überzeugt gerade deshalb. Eine der Besonderheiten des Projektes ist es, dass das Fachamt Gesundheit und das Fachamt Jugend- und Familienhilfe/ Bezirksamt Altona vertreten durch Tanja Gerdes gemeinsam entschlossen und schnell im Sinne des Kindeswohls tätig werden wollten und sich hierzu mit den Fachkräften aus der Praxis auf Augenhöhe ausgetauscht haben.



Foto: Christian Ganzer

Gemeinsam mit dem Mädchenarbeitskreis wurde so ein sinnvolles Angebot für Mädchen\* und junge Frauen\* in psychologischen Krisensituationen konzipiert."

### *Niedrigschwellig muss es sein ...*

Tatsächlich entstand bereits nach dem ersten Treffen im Oktober 2021 mit einem Mitarbeiter des Jugendpsychiatrischen Dienst, Tanja Gerdes und dem Mädchen\*arbeitskreis die Idee, dort psychologische Beratung anzubieten, wo die Mädchen\* und jungen Frauen\* sich wohl fühlen, nämlich in den Räumen der Kinder- und Jugendarbeit selbst. Dieses Konzept niedrigschwelliger psychologischer Beratung eingebunden in die Offene Kinder- und Jugendarbeit wurde 2021 vom Stadtteilkulturzentrum „Motte“ entwickelt und hatte sich dort für die Jugendlichen bereits sehr bewährt.

Mehrere Einrichtungen zeigten sofort Interesse, wöchentlich für einen überschaubaren Zeitraum einen Beratungsraum zur Verfügung zu stellen. Von Anfang an war uns wichtig, auch die östlichen Stadtteile Altonas vor Ort mit dem Angebot zu erreichen. Selbstverständlich brauchte es einen Träger, der die Verantwortung für Antragstellungen, Abrechnung, Personalauswahl und Begleitung des Projektes garantierte. Hierzu hat sich der „mädCHENTreff Schanzenviertel e.V.“ bereit erklärt, weil wir ein solches Angebot schon lange für unsere Besucherinnen wünschen. Da alle Beteiligten von der Sinnhaftigkeit des Beratungsangebotes überzeugt waren, konnte nach dem Aussitzen verwaltungstechnischer Details – in diesem Fall der Vergabekriterien der Corona-Mittel – bereits 7 Monate nach dem ersten Treffen wöchentliche Beratungen angeboten werden.

Um es Mädchen\* und jungen Frauen\* zu ermöglichen, möglichst früh und selbständig die Beratung wahrzunehmen, war es uns wichtig, den Zugang so niedrigschwellig wie möglich zu gestalten.

### *... kostenlos ...*

Wir entschieden, dass grundsätzlich jedes Mädchen\* und jede junge Frau\* aus Altona die Beratung kostenlos in An-

spruch nehmen darf, um Ausgrenzung und Diskriminierung zu vermeiden. Damit ist die wichtige finanzielle Hürde bereits überwunden.

... vor Ort ...

Ein weiterer wichtiger Baustein der Niedrigschwelligkeit ist wie bereits angesprochen der Beratungsort – hier die verschiedenen Mädchen\*treffs und Mädchen\*einrichtungen. Die Idee war einerseits, die Psychologin im offenen Einrichtungsalltag bekannt zu machen, so dass der Schritt zu einer Beratung nur noch ein Schritt zu einer vertrauten Person an

Sieben Monate nach dem ersten Treffen konnten wöchentliche Beratungen angeboten werden.

einem vertrauten Ort war. Gleichzeitig sinkt die Schwelle, eine Beratung in Anspruch zu nehmen, wenn diese eben nicht in einem Arzt\*innenhaus, an einer psychiatrischen Klinik oder einer Privatpraxis stattfindet, sondern dort, wo auch andere Mädchen\* einfach so ein- und ausgehen: in der Offenen Arbeit. Bisher fanden nach diesem Konzept Beratungen im Mädchentreff Ottensen, dem Mädchentreff Osdorf, dem mädCHENtreff Schanzenviertel, dem KiFaZ Lurup und dem MäiBi (Mädchen in Bildung) statt.

... direkte und unkomplizierte Kontaktaufnahme ...

Der Zugang soll möglichst direkt und unkompliziert sein, so dass wir uns entschieden, eine Kontakttelefonnummer und E-Mail-Adresse einzurichten, über die die Mädchen\* und jungen Frauen\* sich bei der durchführenden Psychologin melden können. Zusammen vereinbaren die Beiden einen Ort, der für ein erstes Treffen gut erreichbar für das Mädchen\* ist. Wie häufig die Beratung dann stattfindet und in welchem Intervall, das kann die Psychologin mit dem Mädchen\* individuell abstimmen. Schnell entwarfen wir einen Flyer, der das Angebot erklärt und Telefonnummer und E-Mail-Adresse bekannt macht.

*Viele Lebenslagen – viele Ziele*

Das Ziel der Beratung kann je nach Lebenssituation unterschiedlich sein. Bei schweren Krisen oder psychische Erkrankungen geht es um eine Stabilisierung des Mädchens\*, die ihr hilft, die Zeit bis zu einem intensiveren psychologischen Hilfeangebot zu meistern (ärztlich verordnete ambulante Psychotherapie, stationäre Unterbringung, Tagesklinik etc.). Natürlich kann der Beratungsprozess sich auch stark darauf konzentrieren, welche Art von Unterstützung die beste für das Mädchen\* oder die junge Frau\* wäre. Dann geht es um den Verweis oder die Vermittlung auf fachspezifische Beratungs-

stellen oder Angebote, um ihr weiter zu helfen. Sicherlich kann eine akute Krise auch durch die Bearbeitung des jeweiligen Themas überwunden werden. Die Hilfesuchende kann Strategien im Umgang mit ihrem Problem entwickeln, die sie wieder stabil und selbständig machen. Die Schwierigkeit für die Psychologin besteht darin zu entscheiden, wo die Grenze ihrer Möglichkeiten liegt, denn eine Beratung ersetzt keine Therapie. Der Rahmen ist weder finanziell ausreichend abgesichert, noch fachlich geeignet, intensive therapeutische Prozesse einzuleiten. Dass die Nutzerinnen\* auch von einem begrenzten psychologischen Beratungssetting profitieren zeigt sich schon dadurch, dass das Projekt seit seinem Start im Mai 2022 sehr gut angenommen wird.

*Kernproblem sinnvoller Projektfinanzierungen – wie geht es weiter?*

Die Erstfinanzierung durch „Aufholen nach Corona“-Mittel lief leider Ende 2022 bereits aus, jedoch konnten schon die ersten Monate des Projektes inhaltlich so überzeugen, dass der Jugendhilfeausschuss im November 2022 für das Jahr 2023 einer Finanzierung durch Sozialräumliche Angebote der Jugend- und Familienhilfe (SAJF) zugestimmt hat. Seit Januar können wir eine Psychologin mit 22 Wochenstunden beschäftigen. Dass es weitergehen kann mit der Beratung hatten wir natürlich sehr gehofft und sind froh, dass der Beratungsbedarf junger Frauen\* nun durch den Jugendhilfeausschuss Beachtung ge-



funden hat. Viel zu häufig müssen sinnvolle Projekte wegen einer zeitlich begrenzten Förderung ihre gerade zum Laufen gebrachte Arbeit schon wieder einstellen. Glücklicherweise war die Verstärkung des psychologischen Beratungsangebots aber von vorne herein vom Fachamt Jugend- und Familienhilfe, vom Fachamt Gesundheit und dem Mädchen\*arbeitskreis thematisiert und angestrebt. Das ändert nichts daran, dass schon für 2024 die Weiterführung des Projektes ungewiss ist.

Wir sind uns darüber bewusst, dass eine 22-Stundenstelle in diesem Bereich den Bedarf an niedrigschwelliger Beratung nicht deckt. Allerdings verdampft die Arbeit keineswegs wie der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Denn jede Stunde zählt, die zur psychischen Gesundheit von Mädchen\* und jungen Frauen\* beiträgt und hilft, akute Krisen zu durchstehen. Alles spricht in unseren Augen dafür, diese frühen, gut zugänglichen Hilfsangebote auszubauen.

## Das Projekt aus Sicht der beratenden Psychologin

### Warum diese Beratung so wichtig ist

Vermutlich ist vielen Menschen, egal ob aus dem sozial Sektor oder nicht, der Mangel an Therapieplätzen bekannt. Das liegt nicht nur an dem intensiven Studium und der anschließenden kosten- und zeitaufwendigen Ausbildung, die angehende Psychotherapeut\*innen absolvieren müssen. Es liegt primär an der geringen Anzahl an Kassensitzen, deren Bedarf vor vielen Jahren ermittelt, und bis heute kaum angeglichen wurde. Das Resultat sind lange Wartelisten, bei denen Patient\*innen manchmal mehrere Monate lang auf einen Therapieplatz warten müssen. Einige dieser wartenden Personen sehe ich regelmäßig im Beratungsprojekt. Sie nutzen das Angebot als Überbrückung, bis die kassenärztliche Psychotherapie startet.

Nach dem Erstkontakt stelle ich es den Mädchen\* frei, ob es bei diesem bleiben soll oder wir uns von da an, in regelmäßigen Abständen sehen.

Auch wenn es so scheint, dass unsere Gesellschaft aufgeschlossener gegenüber dem Thema „mentale Gesundheit“ geworden ist, so gibt es doch noch viele Stigmata und Vorurteile. In Therapie zu sein und sich einer psychologischen Behandlung zu unterziehen, ist für viele Menschen noch mit sehr viel Scham verbunden. Oft sind es deshalb auch die Eltern der Mädchen\*, die die Beratung als Alternative sehen, anstatt ihre Töchter\* offiziell in eine Therapie einzubinden. Durch meine Arbeit versuche ich die Versorgungslücke zu schließen, ohne dabei dieses Vorurteil zu bekräftigen. Vereinzelt suche ich bspw. das Gespräch zu Eltern, die meiner Berufsgruppe und der Behandlung der Psychotherapie gegenüber skeptisch sind. Gerade dann, wenn die Töchter\* den klaren Wunsch äußern, eine Therapie zu machen, aber Angst vor der Reaktion der Eltern haben.



**EINFACH MAL DRÜBER REDEN!  
LASS DIR HELFEN!  
TRAU DICH!**

Unter dieser Telefonnummer

**0160 – 99897176**

kannst Du mit unserer Beraterin Kontakt aufnehmen und ein Treffen ausmachen. Die Gespräche können an verschiedenen Orten in Hamburg Altona stattfinden. Sie ruft auf jeden Fall zurück.

Ihr könnt auch eine e-mail schicken an:  
**einfachreden-altona@gmx.de**  
und so ein Treffen vereinbaren.

**Imke Kollesch**  
Psychologin

Das Projekt wird gefördert aus Mitteln des Bezirksamtes Altona  
V.i.S.d.P. und Trägerschaft: MädCHENtreff schanzenviertel e.V., Bärtelstraße 29, 20357 Hamburg

Das Projekt zeichnet sich durch seine Niedrigschwelligkeit aus. Ein kurzer Anruf oder eine Mail reichen schon aus, um zeitnah ein erstes Kennenlernen zu vereinbaren. Nach dem Erstkontakt stelle ich es den Mädchen\* frei, ob es bei diesem bleiben soll oder wir uns von da an, in regelmäßigen Abständen sehen. Diese Freiwilligkeit ist mir persönlich besonders wichtig, denn anderes als bei Fachärzt\*innen, ist es bedeutend eine vertrauensvolle Basis für zukünftige Sitzungen zu erarbeiten. Diese beruht auf zwischenmenschlichen Prozessen und Sympathien. Sollte sich jemand bei dem Erstkontakt nicht wohl fühlen, ist es, anderes als in der Therapie, ein Leichtes, das Projekt wieder zu verlassen. Außerdem hat die Niedrigschwelligkeit des Angebots den Vorteil, sich nicht mit Anmeldeunterlagen, Dokumenten der Kostenrückerstattung für die Krankenkassen oder den bereits erwähnten langen Wartezeiten herumzuschlagen.

### Wiederkehrende Themen in den Beratungen

Neben störungsspezifischen Themen, denen eine bestimmte Diagnose vorausgeht, gibt es bestimmte Themen, die mir in meiner Arbeit mit den Mädchen\* und jungen Frauen\* immer wieder begegnen. Zum einen sind dies altersspezifische Probleme, wie der geringe Selbstwert, das Unwohlsein im eigenen Körper oder natürliche Ablöseprozesse von Freund\*innen und Familie.

Zum anderen sind familiäre Probleme ein wiederkehrendes Thema. Folgen einer streng konservativen Erziehung, der mangelnde Umgang mit Gefühlen innerhalb der Familien und zu wenig Liebe oder Validierung geben immer wieder Konfliktpotential, mit dem viele Mädchen\* und junge Frauen\* zu kämpfen haben.

Es gibt außerdem ein Thema, dessen Ausmaße mir erst durch meine Arbeit in der psychologischen Beratung mit den Mädchen\* und jungen Frauen\* eröffnet wurde. Ein Problem, welches durch gesellschaftliche Strukturen gesät wird ist Wut als unterdrückte oder zu vermeidenden Emotion. Oft wird Mädchen\* dieses Gefühl schon in jungen Jahren regelrecht abgesprochen. Ein Mädchen\* hat lieb, ruhig und angepasst zu sein, darf Wut nicht zeigen und wenn dann nicht so, wie es den Jungs\* erlaubt ist. Ich beobachte immer wieder, was das nicht ausleben können von Wut für Folgen haben kann. In einigen Fällen scheitern die Mädchen\* schon daran, diesen Ge-

Mädchen\* wird das Gefühl von Wut früh abgesprochen, es wird vermieden und unterdrückt.

fühlszustand benennen zu können, der „ein komisches Gefühl“ im Bauch macht, der das Herz schneller schlagen lässt oder von dem einem manchmal der Kopf wehtut. Dass Wut die Signalfunktion hat, uns zu zeigen, dass unsere eigenen Grenzen überschritten werden, wissen die wenigsten. Nicht verwunderlich ist es dann, dass es Mädchen\* und jungen Frauen\* schwerfällt, eigene Grenzen zu kennen und diese zu schützen. Das kann unzählige Folgen in sozialen Interaktionen oder in Bezug auf das eigene Selbstbild haben. Auch kann dieser ungesunde Umgang mit Wut soweit gehen, dass die Mädchen\* den Druck, als sehr extrem empfinden, ihn aber nicht nach außen rauslassen, sondern in sich behalten. Aggressionen gegen sich selbst schlagen daher nicht selten in selbstverletzendes Verhalten um.

#### Wie meine Arbeit aussieht

Auch wenn ich klinische Psychologin und angehende Psychotherapeutin bin, ersetzt die Beratung eine Therapie nicht eins zu eins. Rein rechtlich ist es mir nicht erlaubt, in diesem



Imke Kolesch

ist Klinische Psychologin M.Sc. und Psychotherapeutin in Ausbildung für Verhaltenstherapie. Seit Anfang des Jahres ist sie für einige Mädchentreffs in Hamburg im Einsatz.

Setting zu therapieren. Dennoch lasse ich immer wieder mein Fachwissen, theoretische Ansätze und kleine Übungen aus der Verhaltenstherapie miteinfließen. Sollte ich erkennen, dass der Bedarf an Hilfe über meine Zuständigkeit hinausgeht, verweise ich auch gerne an qualifizierte Praxen oder Einrichtungen. „Primär verstehe ich meine Aufgabe darin „einfach zuhören“ was passenderweise das Äquivalent zu den Projektnamen „einfach reden“ bildet. Es geht mir um das Verstehen und Annehmen von Gefühlen, das Dasein und Vertrauen und im großen Maße um das ständige Validieren.

#### Wertschätzung des Angebotes

Die Wichtigkeit und Bedeutsamkeit meiner Arbeit wird mir durch das direkte Feedback der Mädchen\* und jungen Frauen\* bewusst. „Das tat mir jetzt gut“, „Ich hab mich schon auf unseren Termin gefreut“ oder „Danke, das war echt hilfreich“ sind Worte der Wertschätzung, die ich manchmal unmittelbar nach einer Sitzung erhalte. Nicht selten kommt es vor, das neue Mädchen\* durch Freund\*innen akquiriert werden. Eigene positive Erfahrungen der Beratung veranlassen die Mädchen\* also, auch mal ihrer Freund\*in einen guten Rat geben zu wollen. Das Angebot spricht sich nicht nur unter Mädchen\* und jungen Frauen\* herum, ich bekomme Anrufe und Mails von verschiedenen Einrichtungen, Hilfestellen, Schulen oder den Eltern selbst, die auf Umwegen über das Beratungsangebot gehört haben. Alles in allem ist das als ein klarer Erfolg für das Angebot zu verbuchen und untermauert einmal mehr die Daseinsberechtigung dieses wertvollen Projekts.

#### Literatur:

- Bundes Therapeuten Kammer (BTK) (2022): Corona-Pandemie Mehr psychische Erkrankungen bei jugendlichen Mädchen. Aktueller Kinder- und Jugendreport der DAK. URL: <https://www.bptk.de/corona-pandemie-mehr-psychische-erkrankungen-bei-jugendlichen-maedchen/> [19.4.2023]
- DAK Gesundheit (2022): Kinder- und Jugendreport 2022. Gesundheit und Gesundheitsversorgung vor und während der Pandemie. URL: [https://www.dak.de/dak/gesundheit/kinder-und-jugendreport-2022-2571000.html#](https://www.dak.de/dak/gesundheit/kinder-und-jugendreport-2022-2571000.html#/) [19.4.2023]

#### Anja Rabeneck und Evin Kandemir



sind Pädagoginnen im mädCHEN-treff Schanzenviertel e.V. Der mädCHEN-treff ist seit 30 Jahren ein Ort feministischer, stadtteilbezogener Mädchenarbeit in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.



# Fortbildungsreihe „Schutzkonzepte“ in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

vom VKJH-Team

In diesem Jahr veranstaltet der Verband Kinder- und Jugendarbeit eine Fortbildungsreihe zum Thema „Schutzkonzepte“. Dabei wollen wir uns u.a. mit der Frage beschäftigen, wie die Angebote der OKJA ausgerichtet und welche Strukturen geschaffen oder verändert werden müssen, um Nutzer:innen und Mitarbeitenden einen möglichst geschützten Raum bieten zu können.

Das Erstellen und Bearbeiten von Schutzkonzepten basiert auf Gesetzen, die Kinderrechte unterstützen und junge Menschen schützen sollen. Sie beinhalten ein Konzept zum Schutz vor Gewalt, sowie geeignete Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten. I.d.R. ist mit

dem Begriff Schutz in Bezug auf Schutzkonzepte, der Schutz vor körperlicher und sexualisierter Gewalt, zunehmend auch Gesundheits- und Medienschutz gemeint. In den Fortbildungen möchten wir ein Verständnis für einen erweiterten Gewaltbegriff entwickeln, der auch verschiedene Diskriminierungsformen einschließt.

Wir sprechen von Schutzkonzept statt Kinderschutzkonzept, um transparent zu machen, dass es sowohl für Kinder, als für Jugendliche und Jungerwachsene und auch für Mitarbeiter:innen und Kolleg:innen erarbeitet wird. Für die gesamte Fortbildungsreihe haben wir uns das Ziel gesetzt eine gemeinsame Hal-

tung innerhalb der OKJA, vor allem aber innerhalb des eigenen Teams, zu der Notwendigkeit aktiver Präsenz von Schutzkonzepten und einer partizipativen Erarbeitung derer zu entwickeln.

Bisher haben Termine zu folgenden Themen stattgefunden:

- ★ Einführung in die Fortbildungsreihe „Schutzkonzepte erarbeiten und überarbeiten“
- ★ Schutzkonzepte – Gelebte Umsetzung von Kinder- und Jugendrechten
- ★ Sexualpädagogische Konzepte unter Genderperspektiven
- ★ Adulthood
- ★ Inklusion- Ganz praktisch

Ankündigung nächster Termine

11.07.2023  
**Klassismussensible Kinder- und Jugendarbeit**  
Hamburg Haus

11.10.2023  
**Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten**  
(Nachholtermin) /AGIJ

November  
**Queere Jugendarbeit**

Die Fortbildungsreihe richtet sich an Mitarbeitende der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Anmeldung bei Interesse an [info@vkjhh.de](mailto:info@vkjhh.de)

Ines Pohlkamp Lea Carstens Björn Nagel (Hg.)

## Klassismus und politische Bildung

Intersektionale Perspektiven und Reflexionen aus der Praxis

NON-FORMALE POLITISCHE BILDUNG

WOCHEN SCHAU VERLAG

Buchwerbung



*Anmerkung der Redaktion: Im folgenden Text wird über Erfahrungen und Erlebnisse aus der Zeit in der geschlossenen Unterbringung in der Haasenburg berichtet.*

# Plädoyer gegen geschlossene Unterbringung

von Renzo Martinez

Mein Name ist Renzo Martinez ich war von 2003 bis 2006 in der Haasenburg GmbH geschlossen untergebracht und habe als Folge der körperlichen und seelischen Misshandlungen, die ich dort erlitten habe schwerste psychische Schäden davongetragen. Unter anderem eine komplexe Posttraumatische Belastungsstörung vom Schweregrad eines Kriegsgefangenen, der mehrere Jahre hinter „feindlicher Linie“ inhaftiert war und schwerste körperliche und seelische Folter erlitten hat.

Heute versuche ich vorrangig mir einen Weg zurück ins Leben zu erkämpfen, was sich oftmals als schwierig erweist.

## Geschlossenheit schafft Probleme

Als ich in die Haasenburg kam, wurde ich von einem Spalier von Erziehern:innen empfangen. Kein Weg zu flüchten. Das Erste, was ich tun musste als ich dort ankam war es mir die Schuhe auszuziehen. Ich zog die Schuhe aus, wurde von Erziehern dann ziemlich patzig darauf hingewiesen, dass ich die Schuhe nochmal anziehen sollte und sie dann „vernünftig“ ausziehen soll. Ich wusste nicht, was sie von mir wollten, und wiederholte den Vorgang mehrmals, ohne zu verstehen, dass ich die Schnürsenkel vorher aufmachen sollte. Irgendwann wies man mich darauf hin. Ich war eingeschüchtert. Vor mir ein Wall aus rund einem Dutzend Erziehern:innen. „Intensivpädagogisch“ und „Engmaschig“ halt.

Das Zweite, wozu man mich aufforderte, war es, mich nackt auszuziehen. Sie nannten es „Leibesvisitation“. Die weiblichen Erzieherinnen verließen den Raum und ich musste mich nackt ausziehen. Unfreiwillig. Gezwungen. Diese Form sexuellen Zwangs erlebte ich für zwei Jahre täglich ein bis zweimal. Andere erlebten direkte sexuelle Gewalt. Erziehern:innen reichte das Zuschauen nicht mehr aus.

Als sie danach von mir verlangten, dass ich mich bücken sollte, merkte ich, wie die Wut in mir hochkochte. Aber ich war so eingeschüchtert, dass ich tat wie mir befohlen wurde. Ich war nackt und bückte mich leicht. Dann wies man mich darauf hin, dass ich mit meinem Gesäß hin und her wackeln sollte. Schließlich kam ein Erzieher und wuselte mir in den Haaren und prüfte den Inhalt meines Mundes ab und prüfte, ob ich etwas in meinem Mund verstecken würde. Der ehemalige

Heimleiter machte mir dann in einer Ansprache klar, dass ich ab diesem Zeitpunkt keine Kontrolle mehr über mein Leben haben werde und nun die Konsequenzen meines Handelns tragen sollte.

Womit ich das verdient hatte, ist mir bis heute ein Rätsel. Ich war 13 Jahre alt und würde rückblickend unter die Kategorie Schulverweigerer und Escape-Artist fallen. Ein typischer Fall also.



Anschließend führte man mich in mein Zimmer. Ein Erzieher links, einer rechts und einer hinter mir. Ich bekam einen Bleistiftstummel und musste die Hausregeln der Haasenburg abschreiben. Ich schrieb sie in etwa zwei Dutzend Mal ab. Ich musste jedes Mal neu anfangen, wenn ich über den Rand schrieb, über die Zeile, wenn ich Rechtschreibfehler drin hatte. Ich verstand nicht, warum ihnen das so wichtig war. Es ging aber nie darum, mir etwas Wertvolles beizubringen, sondern mir den neuen Status Quo – das Machtgefälle – in sämtliche Zellen zu prügeln.

In den folgenden Monaten erlebte ich massive Übergriffe, körperliche sowie seelische. Ich wurde bei Widerspruch mit Zwangssport traktiert. Entengang. In dem liebevoll ge-

Der Heimleiter machte mir in einer Ansprache klar, dass ich ab diesem Zeitpunkt keine Kontrolle mehr über mein Leben haben werde.



Es dauerte ein halbes Jahr, bis ich das erste Mal wieder mit meiner Mutter sprechen durfte.

taufen „Käfig“ Runden laufen, Kniebeugen, Liegestützen. Ergometer fahren bis zum Erbrechen. Und ich meine das nicht sprichwörtlich. Intensivpädagogisch halt. „Typisch“ Haasenburg.

Für jedes Normabweichende Verhalten wurde ich bestraft. Sofort. Ich wurde stark medikamentös behandelt. Ich wurde „ruhiggestellt“. Vermutlich waren meine rebellische Ader und mein Hang zum schlecht formulierten Widerspruch Auslöser dafür. Ich war während dieser Zeit praktisch impotent, da die Medikamente zu stark dosiert waren. Ich bekam aufgrund der Medikamente den Mund beim Sprechen kaum auf, hatte Probleme beim Gehen die Füße zu heben und es fiel mir schwer, mich zu artikulieren, da mein Deutsch ziemlich schlecht war. Statt was an den Medikamenten zu ändern, bekam ich zusätzliche Verhaltensregeln. Sogenannte „Tokenpunkte“. Personifizierte Verhaltensregeln die zu den vielen anderen Regeln hinzukamen.

- „Ich hebe meine Füße beim Gehen“
- „Ich folge den Anweisungen der Erzieher“
- „Ich widerspreche nicht“
- „Ich rede laut und deutlich“
- „Ich achte auf meine Gestik und Mimik“
- „Ich achte auf meine Körperhaltung“

Ihre Lösung bestand darin, anders als man annehmen würde, nicht die Medikamente zu ändern oder eine alternative Lösung für mich zu suchen, sondern viel eher, mich für die Symptome, die die Medikamente auslösten, weil ich sie nicht vertrug, zu bestrafen.

Ich bekam meine Chips nicht, denn es war mir unmöglich, mich an diese Punkte zu halten.

Von den Chips gab es täglich einen. Ich brauchte 30 um etwa 10 Minuten mit meiner Mutter zu telefonieren. Es dauerte etwa ein halbes Jahr, bis ich das erste Mal wieder mit meiner Mutter sprechen durfte. Ein Erzieher war dabei. Briefe durfte ich noch nicht schreiben. Jedes Wort wurde belauscht, wenn ich etwas sagte, was den Erzieher:innen nicht passte wurde das Gespräch sofort einseitig beendet. Ich nutzte alle Chips, die ich bis dato gesammelt hatte für das Gespräch mit meiner Mutter. Wenn ich mich richtig erinnere, wurde das erste Telefonat abgebrochen. Einfach aufgelegt. Ich würde meine Mutter manipulieren wollen, sagte man mir. Dabei gab ich nur das wieder, was ich dort erlebte. Ich durfte auch kein spanisch sprechen, was die Kommunikation erschwerte. Meine Mutter sprach schlechter Deutsch als ich.

Nach einigen Wochen habe ich es mir verdient, dass meine Zimmertür offenstehen durfte. Ich war die einzige nicht *weiße* Person, jedenfalls die einzige Person, die als nicht *weiß* gesehen wurde. Ich erwähne das an dieser Stelle, weil ich glaube,

dass es für die Art wie mit mir umgegangen wurde eine Rolle spielte. Die kleine Jasmin\* (1), damals nicht einmal 10 Jahre alt, guckte immer in mein Zimmer rein und hatte Blickkontakt. Als wir dann schließlich miteinander sprachen, wurden auch ihr Rechte entzogen. Daraufhin war meine Tür wieder den ganzen Tag zu, da ich das Vertrauen der Erzieher:innen missbrauchte. Und Jasmin\*? Die wurde auch eingesperrt. Zumindest zeitweise.

Danach sprachen keine anderen Jugendlichen mit mir, als die Türe nach einer Woche der Isolation wieder auf sein durfte. Keiner wagte es auch nur in meine Richtung zu gucken. Der Kontakt mit mir war unter Strafe gestellt. Ich war in der „roten Phase“ also ein „quasi Sträfling“ ohne Rechte und ja, das beinhaltete auch Grundrechte, die ich vor dem Betreten der Einrichtung an der Haustür abgab, da diese draußen bleiben mussten.

Ein Phasenmodell, wie es auch für die Einrichtung Klotzenmoorstieg geplant ist. Ich war etwa 2 Jahre in der roten Phase und nur kurz in der Gelben. Also einen Großteil meiner Zeit isoliert mit entsprechenden psychischen Konsequenzen für mich. Bis heute struggle ich mit den Spätfolgen. Sie haben mein Leben zerstört.

Der Toilettengang war mir in Eigenregie untersagt. Es stand immer ein:e Erzieher:in an der Tür, die offen stand, während ich auf Toilette ging. Andere Jugendliche konnten beim Vorbeigehen reinschauen. Duschen und Waschen durfte ich mich auch nicht allein. Nachts hing ein Becher an unseren Türen, der als Alarmanlage diente um zu verhindern, dass wir selbstständig auf Toilette gingen.



Der Flur wurde via Kamera überwacht. Wenn wir auf Toilette mussten, so waren wir gezwungen zu klopfen und zu warten, bis ein:e Erzieher:in kam. Wenn denn eine:r kam. Oftmals war man gezwungen sein Geschäft auf dem Zimmer zu verrichten. Auf dem Teppich, wie ein Hund. Theoretisch hätte man auch die Tür aufmachen können und selbstständig auf Toilette gehen können, es wurden aber so viele Jugendliche so hart dafür bestraft, dass allein der Gedanke daran die Klinke anzufassen und eventuell dafür zu sorgen, dass der Becher umfiel einen sehr abschreckenden Effekt hatte. Wer will

schon fixiert werden, weil er auf Toilette geht? Ich fing in der Zeit wieder mit dem Bettnässen an. Mit 13 Jahren.

Es ist nicht so, als hätte man eine andere Wahl gehabt. Die Erzieher:innen machten täglich ein bis zwei „Leibesvisitationen“, gingen mit einem auf Toilette, hörten den Telefonaten zu, bestrafte einen dafür, wie man guckte, wie man ging, wie man sich bewegte, wie schnell man sich bewegte, wo man hinsah, sie nahmen das fast leere Zimmer regelmäßig auseinander und suchten es ab. Ich glaube, ihnen war klar, dass sie dort nichts finden würden, weil wir praktisch durchgehend überwacht wurden, aber rückblickend ging es eher darum, uns einzuschüchtern. Ich hatte stellenweise sogar Angst, dass man meine Gedanken lesen könnte. Was man als Kind halt so denkt.

Und es blieb nicht bei der Kontrolle. Wenn den Erzieher:innen meine Gestik nicht passte, wurde ich bestraft. Wenn ich mit dem Finger auf jemand anderen zeigte, wenn ich gestikuliert oder die Augen verrollte auch. Oder wenn Erzieher:innen der Meinung waren, dass ich genervt gucken würde, obwohl ich es nicht tat. Es gab eine lange Liste an Worten und Satzbauteilen, die wir nicht verwenden durften. „Ich will“ wurde unter Strafe gestellt. „Du musst“ auch und generell war das „unaufgeforderte Sprechen“ verboten. Wenn ich eine Frage an einen Erzieher hatte, so musste ich diesen vorher um Erlaubnis fragen, eine Frage stellen zu dürfen. Nur die Mutigsten und die „Dümmsten“ kämen auf die Idee, dieses System offen in Frage zu stellen. Ich war wohl beides, bis ich es nicht mehr war.

Bevor ich in die Haasenburg kam, kannte ich das Konzept des Suizids nicht. Ich wusste, was der Tod war, habe aber nie selbst auch nur einen Gedanken daran verschwendet, mir das Leben zu nehmen. Ich unternahm viele Suizidversuche in der Haasenburg. Brach Knochen. Mein Knie zertrümmert, Narben die an diese Zeit erinnern. Vor der Haasenburg gab es nicht einen Suizidversuch. Ich erinnere mich daran, dass ich mir einmal das Leben nehmen wollte. Ich stach mir auf den Oberkörper. Ich wollte sterben, damit das alles aufhört. Ich blutete überall, schrie. Frau R. stand an der Tür, sie hörte mich. Guckte mich wütend an – griff aber jedoch nicht ein – und fragte mich, „Bist du mit simulieren fertig?“. Ich weiß nicht, wie oft ich diesen Satz gehört habe. Meine Verzweiflung wurde als Manipulationsversuch gewertet.

Ich erlebte tagelange Fixierungen, die nur zum Zweck hatten jegliche Form von Gegenwehr zu brechen. Oft wurde hierfür „verbale Aggressivität“ zum Anlass genommen diese Misshandlungen zu begründen. Widerspruch. Wie soll man so zu einem selbstständigen Erwachsenen heranreifen, wenn jede

Es gab eine lange Liste mit Worten und Satzbauteilen, die wir nicht verwenden durften. „Ich will“ war da drauf und wurde unter Strafe gestellt.

Wir müssen endlich verstehen, dass es kontraproduktiv ist „Systemsprenger“ in ein noch engeres Jugendhilfesystem zu zwingen.

Form abweichenden Verhaltens mit heftigster körperlicher und seelischer Gewalt unterdrückt wurde? Was macht man als Kind, wenn alle Parteien wegsehen? Man keine eigene Lobby hat?

### Wer trägt die Schuld?

Als Kathrin\* sich 2005 selbst umbrachte und sich im Badezimmer erhängte, war ich immer noch isoliert, aber jeder hörte den Rettungshubschrauber auf dem Rasen landen. Am Abend wurde ich zu der Feedbackrunde eingeladen, was mich irritierte. Der Heimleiter war dort und leitete die Feedbackrunde persönlich. Er sagte uns, dass Kathrin\* leider verstorben sei und Suizid begangen habe und führte dann weiter aus, dass es daran lag, dass Kathrin\* leider das „Hilfsangebot“ nicht annehmen konnte, dass man ihr machte und versuchte uns einzutrichtern, dass wir das Hilfsangebot doch bitte annehmen sollten, damit uns nicht dasselbe passiert. Kein Wort der Reue. Keine Empathie. Stattdessen eine Drohung.



Und anstatt, dass Fachkräfte in sich gingen und das Leben lebenswerter für uns machten, wurden die Regeln härter. Mehr Leibesvisitationen, mehr Zwangssport, mehr körperliche Gewalt und mehr Kontrollen.

Das Kathrin\* gezwungen wurde Zwangskleidung zu tragen, und um Damenbinden und OBs betteln musste und dafür bestraft wurde, wenn sie nichts essen wollte und man ihr Zwangsnahrung androhte und sie an anderen Tagen, weil sie keinen passenden BMI hatte, „Rationiert“ essen musste oder sich nicht schminken durfte ... auf die Idee kam man wohl nicht. Die erste Reaktion bestand immer darin, neue Regeln zu schaffen, um ein bestehendes „Problem“ zu lösen.

Ich frage mich, was jemanden, der diesen Beruf ursprünglich anstrebte, um junge Menschen auf ihrem Weg ins Erwach-

sen werden zu begleiten und ihnen dabei zu helfen, selbstbewusste, handlungsfähige Erwachsene zu werden, dazu veranlasst hat, so auf Kathrins\* Verzweiflung zu reagieren. Auf ihren Suizid.

Heute weiß ich, wie schnell sich solche Systeme verselbstständigen können. Wie schnell es passieren kann, dass Kinder und Jugendliche, die systematisch pathologisiert und oftmals auch zum Gegenstand der Jugendhilfe erklärt – etwa durch systematische Entmenschlichung und Objektivierung – Freiwild werden. Ist man erstmal pathologisiert, verschwinden viele Hemmschwellen. Gutgemeint von sämtlicher Gutmenschlichkeit losgelöst. Fatal in der Jugendfürsorge. Fatal für jedes Kind.

Viele Erzieher:innen, die in der Haasenburg tätig waren, haben selbst schwere Traumata erlitten. Einige änderten sogar ihre Namen. Viele sind in Therapie. Manche arbeiten auch heute noch in ähnlichen Einrichtungen. Andere wiederum haben sich bei uns entschuldigt, suchten Vergebung, während andere offenkundig an ihrer Schuld zerbrechen. Und wieder andere geben uns die Schuld an allem oder der negativen Berichterstattung.

Es wäre eine Möglichkeit für uns Betroffene festzustellen, dass alle Erzieher:innen Monster waren und genau wussten, was sie da taten. Bei vielen Erzieher:innen war es ohne jeden Zweifel so, denn sie genossen es sichtlich uns zu quälen und es gab Einzelne, die für einen Mammutanteil der sogenannten „körperlichen Begrenzungen“ verantwortlich waren, da sie diese provozierten und initiierten, während vielen andere – wohl auch weil sie uns ein Mindestmaß an Respekt entgegenbrachten – sowas so gut wie nie passierte. Leider blieben diese Erzieher:innen aber nicht lange dort angestellt. Wer will schon unter diesen Bedingungen arbeiten?

Ich erhielt vor geraumer Zeit eine E-Mail von einem ehemaligen Erzieher der Haasenburg und er erzählte mir, dass dieser dort ein Kind betreut hatte, das er sehr ins Herz geschlossen hatte aber das Kind sich immer mehr isolierte, bis es sich das Leben nahm. Er sagte, die Haasenburg habe ihn zerstört. Das nimmt ihn mit. Kein Zeitungsbericht darüber. Wie viele sahen wie Jonas\* oder Kathrin\* keinen Ausweg mehr?

Solche Biotope schwarzer Pädagogik (vgl. Poppe/Poppe 2021) hinterlassen Opfer auf beiden Seiten. Nicht nur geben sie Täter:innen oftmals eine Legitimation für ihren Machtmissbrauch, sondern machen häufig auch unsichtbar, was sie da eigentlich anderen antun.

Was in der DDR die „Asozialen“ waren, die schließlich in den Jugendwerkhöfen (vgl. Poppe/Poppe) landeten, so waren es

Es macht mich fassungslos, wenn wir über geschlossene Einrichtungen reden als wären sie alternativlos. Das sind sie nicht.

in der Haasenburg die „Schwererziehbaren“. Heute spricht man von sogenannten „Systemsprengern“. Auswechselbare Begriffe, die pathologisieren und kriminalisieren und aufzeigen, wie wenig sich seit den Jugendwerkhöfen in den Köpfen einiger Verantwortlichen getan hat. Wir müssen endlich verstehen, dass es kontraproduktiv ist „Systemsprenger“, die in unserem Jugendhilfesystem eingeeignet sind, in ein noch engeres System zu zwingen.



### Es gibt bereits Alternativen

Wenn ich mir heute anschau, wie unter anderem das in Bremen ansässige *Port Nord* konzeptionell mit vermeintlichen „schweren Fällen“ umgeht, so frage ich mich, warum das nicht bereits Schule gemacht hat. Partizipation, statt Ausschluss. Ein Konzept, das nicht zum Ziel hat, vollkommene Kontrolle auf Kinder und Jugendliche auszuüben, sondern emanzipatorische Prozesse in Gang zu setzen, in einem Rahmen, der von Jugendlichen nicht als vollkommener Fremdeingriff in ihre Autonomie verstanden werden soll. Beziehungen auf Augenhöhe. Eine Unterstützung zur Selbstverwirklichung. „Intensivpädagogisch“ in gut. Kein Phasenmodell. Kein Normalisierungsdruck oder Dressur durch ständige Bestrafung für nicht normgerechtes Verhalten. Eine Kooperation zwischen den Sozialpädagog:innen und den Kindern und Jugendlichen, ohne ihnen das Gefühl zu geben, minderbegabt, minderwertig oder ungeliebt zu sein. Individuelle Einzelförderung und das Aufbauen stabiler Beziehung.

*Port Nord* ist nur ein Beispiel von vielen. Und genau deshalb macht es mich fassungslos, wenn wir über geschlossene Einrichtungen reden als wären sie alternativlos. Das sind sie nicht.

Warum denken wir, dass das in einer Zeit der rückläufigen Jugendkriminalität und den Erfahrungen der Haasenburg noch vertretbar ist? Warum sind wir bereit 40.000 € monatlich pro Kind auszugeben, um es geschlossen unterzubringen, sich aber pädagogisch gut durchdachte Projekte oftmals kaum über Wasser halten können, da es an Finanzierungen fehlt?

Foto: FvH



Eine Frage, die sich mir dabei immer wieder aufzwingt ist folgende: „Haben wir nichts aus der Haasenburg gelernt?!“ Warum akzeptieren wir nicht, dass geschlossene Einrichtungen keine ultima ratio sein sollten, sondern als probates Mittel in einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft, die sich als solche ernstnimmt, unbedingt abzulehnen sind? Das sie jeden Gedanken der Emanzipation konterkariert?

## Perspektiven

Ich hatte das große Vergnügen, einigen Student:innen bei ihrer Masterarbeit zu helfen, in dem ich diese kommentierte und bei Veranstaltungen als Referent meine Erlebnisse mit jungen Student:innen und Interessierten teilte. Dabei wurde eines für mich deutlich:

Ich erfahre, wie Jugendhilfe von immer mehr jungen Menschen neu gedacht wird, es aber wenig Raum für Innovation gibt.

Die richtigen Leute sind bereits vorhanden. Ich erlebe junge Ergotherapeut:innen, die sich von diesem System eingeengt fühlen und in stark hierarchisch aufgebauten Systemen in Psychiatrien tätig sind, sich aber wünschen, direkt bei den Familien zu arbeiten. Ich erfahre, wie Jugendhilfe von immer mehr jungen Menschen neu gedacht wird, es aber wenig Raum für Innovation gibt. Wir haben heute zwar die richtigen Leute, aber noch nicht das passende System.

Wir brauchen mehr *Port Nord* und sicher keine weitere geschlossene Einrichtung und schon gar nicht eine Einrichtung, die sich wie die Haasenburg unter dem Credo „Menschen statt Mauern“ zu verkaufen versucht. Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass man auch mit einer Menschenmauer Kinder ersticken kann. Wir brauchen mehr Kooperation zwischen Psychiatrien und den Jugendhilfeeinrichtungen, nicht weniger. Beide Systeme sollten enger miteinander arbeiten, um nicht weiter an der Lebensrealität junger Menschen vorbei zu arbeiten. Es gilt eine gemeinsame Sprache zu finden.

Und wir sollten aufhören an der Strafmündigkeit vorbei, in unser eigenes Sicherheitsgefühl zu investieren, sondern in die Zukunft junger Menschen. Denn wenn man mal ehrlich ist, geht es oft genau darum.

Das sind wir ihnen schuldig.

*Anmerkung:*

1) Dieser Name und alle folgenden mit \* wurden verändert.

*Literatur:*

G. Poppe/N. Poppe (2021): Die Weggesperrten. Umerziehung in der DDR – Schicksale von Kindern und Jugendlichen. Propyläen Verlag

Fotos: Christian Ganzer

## Renzo Rafael Martinez



wurde am 26 April 1990 in San Felipe/Puerto Plata in der Dominikanischen Republik geboren. Zurzeit wohnt er in Bremen und macht Vollzeit eine Ausbildung zum Fachinformatiker in der Anwendungsentwicklung.

## **Einleitende Worte zum Positionspapier Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung und Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg**

von Michael Lindenberg (für das Aktionsbündnis gegen Geschlossene Unterbringung)  
und Tilman Lutz (für den Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit)

Die Stadt Hamburg plant im Rahmen der Jugendhilfe eine teilweise geschlossene Unterbringung von Kindern am Klotzenmoorstieg in Hamburg. Wir haben das kritisch kommentiert und unsere Überlegungen aus Sicht der Jugendhilfe in dem folgenden Papier dargelegt und zugleich alternative Vorschläge zum Zusammenwirken von Kinder- und Jugendhilfe sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie entwickelt.

Wir wissen, dass das derzeitige Zusammenwirken für alle Beteiligten und insbesondere für die Adressat\*innen, die Kinder, Jugendlichen und deren Sorgeberechtigten wenig zufriedenstellend ist und zu dem seit Jahrzehnten zu Recht kritisierten „Verlegen und Abschieben“ beiträgt. Damit werden die Konflikte und Nöte verschärft, in denen die Betroffenen stecken. Zugleich liegt unser Augenmerk auf der in dieser projektierten Einrichtung vorgesehenen Möglichkeit des Freiheitsentzuges nach § 1631b BGB sowie des (jedenfalls soweit die konzeptionellen Überlegungen bekannt sind) de facto Ausschlusses bzw. der Separierung von der bisherigen Lebenswelt mindestens in den ersten Monaten. Dieses „Verlegen und Abschieben“ von gesellschaftlichen Konflikten & Problemen anstatt diese dort zu bearbeiten, wo sie ihren Ausgangspunkt haben, fügt sich ein in bundesweite Entwicklungen und Trends, denn diese Individualisierung von Problemen ist auch in anderen Institutionen der Jugendhilfe, in Schule und im öffentlichen Raum beobachtbar.

# Alternative Überlegungen und Vorschläge zum Zusammenwirken von Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie in Hamburg <sup>(1)</sup>

vom Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung und Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg

## Ausgangslage

„Kinder und Jugendliche mit speziellen Bedarfen“ so wird im Koalitionsvertrag für die 22. Periode der Hamburgischen Bürgerschaft festgestellt, (2) „brauchen ein gutes und auf sie und ihre familiäre Situation abgestimmtes Setting. Allerdings wird im Koalitionsvertrag von dieser generellen Aussage im weiteren Abstand genommen und davon abweichend vier Fallkonstellationen genannt. Von diesen Konstellationen wird im Vertrag festgestellt, „dass es für eine kleine Gruppe von Kindern und Jugendlichen keine ausreichenden Angebote gibt“. Gemeint sind jene jungen Menschen, die, erstens, zwischen Einrichtungen der Psychiatrie und Jugendhilfe hin- und her geschoben werden, die, zweitens, in Haft kommen, die, drittens, in anderen Bundesländern untergebracht werden oder für die, viertens, über längere Zeit überhaupt keine passende Einrichtung gefunden wird.

Der Senat will für diese sehr unterschiedlichen Fallkonstellationen für Kinder und Jugendliche, denen spezielle Bedarfe zugeschrieben werden „ausreichende, individuell ausgerichtete, im Einzelfall auch hoch strukturiert ausgestaltete intensivpädagogische Angebote schaffen.“ Dafür sieht er zwei Wege: Einmal will er „mit Hilfe der Koordinierungsstelle beim Paritätischen Wohlfahrtsverband [...] weiterhin Kinder

und Jugendliche in besonders herausfordernden Lebenslagen in die geeignete Hilfe vermitteln. Zum zweiten plant er für die erstgenannte Fallkonstellation „eine gemeinsame Einrichtung von Jugendhilfe und Psychiatrie.“ Damit will er „die Rahmenbedingungen von Psychiatrie und Jugendhilfe weiter verbessern. Noch viel zu häufig wandern Kinder und Jugendliche zwischen diesen beiden Systemen, obwohl sie ein Zusammenwirken der beiden Systeme brauchen.“

## Die fachlichen Überlegungen im Koalitionsvertrag

Im Koalitionsvertrag wird demnach generell und im ersten Schritt an der grundsätzlichen Hilfe- und Beteiligungsorientierung im Kinder- und Jugendhilfegesetz festgehalten. Im zweiten Schritt wird für die im Vertrag postulierte spezifische Gruppe dann eine Unterscheidung getroffen. Hier wird von dieser vom Gesetzgeber vorgesehenen generellen Orientierung abgewichen und eine ergänzende Klassifizierung be-

Ohne Zweifel handelt es sich bei beiden Systemen Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie tendenziell um gegeneinander ...

... abgeschlossene Einheiten mit unterschiedlichen fachlichen Bezügen, Theorien, Sprachverständnissen und Menschenbildern.

stimmter Kinder und Jugendlicher mit speziellen Bedarfen vorgenommen. Diese Unterscheidung kann nur so gedeutet werden, dass aus Sicht der Koalitionäre die derzeitige Angebotspraxis der freien Träger in Hamburg diesen unterschiedlichen Gruppen nicht vollständig gerecht werde. Zwar wird festgehalten, dass die Koordinierungsstelle beim paritätischen Wohlfahrtsverband einen Teil dieser Kinder und Jugendlichen im Rahmen der Hamburger Möglichkeiten angemessen unterstützen kann. Davon abgezogen wird jedoch eine weitere, vermutlich noch kleiner gedachte Gruppe von Personen, die im Grenzbereich zwischen Jugendhilfe und Psychiatrie hin und her pendeln.

In jedem Fall sollte ernst genommen werden, dass dringender Handlungsbedarf besteht, diesen Grenzbereich und die Verschiebe- bzw. Pendelpraxis einer fachlichen Fundierung zu unterziehen und für die Praxis Konsequenzen zu ziehen. Ohne Zweifel handelt es sich bei beiden Systemen Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie tendenziell um gegeneinander abgeschlossene Einheiten mit unterschiedlichen fachlichen Bezügen, Theorien, Sprachverständnissen und Menschenbildern. Daher sind diese beiden Systeme nicht ohne weiteres aneinander anschlussfähig. Von Seiten der Psychiatrie wird häufig beklagt, dass Jugendhilfe ihnen insbesondere jene jungen Menschen überantwortet, denen sie sich nicht gewachsen fühlt. Von Seiten der Jugendhilfe wird gegenüber der Psychiatrie gelegentlich ins Feld geführt, dass dort ein besseres Wissen und tieferes Verständnis für bestimmte Personen bestünde, die die Möglichkeiten der Jugendhilfe übersteigen.

Nicht zuletzt aus diesem Grund besticht aus der Sicht von nicht wenigen fachpolitisch verantwortlichen Personen die Idee, eine „eigene“ Einrichtung der Jugendhilfe an der Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie anzusiedeln. Dieses bietet aus ihrer Sicht die Möglichkeit, für die genannte Personengruppe 1. zügig und unmittelbar eine institutionelle Unterbringung in Hamburg herbeizuführen sowie 2. eine gewisse fachliche Gleichrangigkeit zwischen Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie zu ermöglichen. Zudem wird 3. angeführt, dass auf diesem Weg eine sozialräumliche Unterbringung auch für diesen besonderen Personenkreis

möglich sei, da viele Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie außerhalb Hamburgs untergebracht sind.

## Die Perspektive beteiligter Organisationen

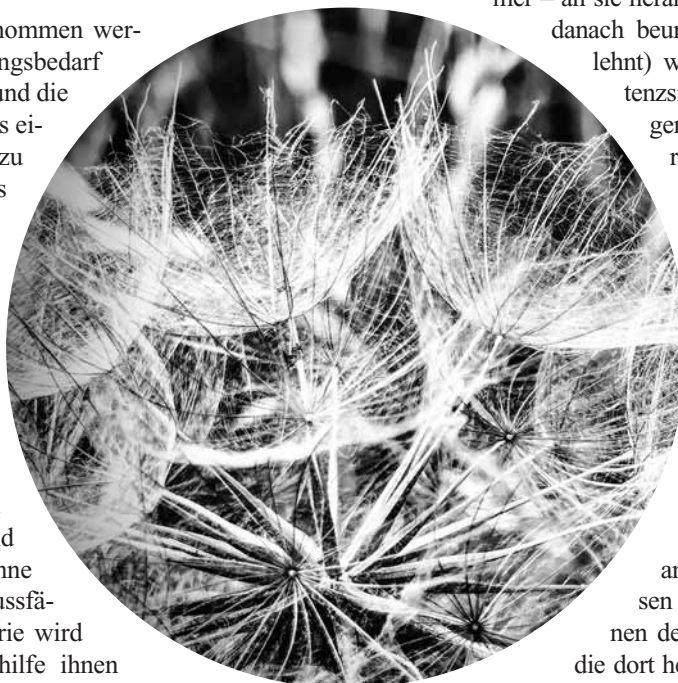
Jede Organisation zeichnet sich dadurch aus, dass sie mit einer möglichst klaren Zielsetzung zugleich immer auch ihren Zuständigkeitsbereich definiert und auf diese Zielsetzung einschränkt. „Zuständigkeiten“ schließen bestimmte Zugänge ein, andere jedoch ausdrücklich nicht. Jede Organisation wird alles tun, um ihre eigene Existenz zu sichern, indem sie ihren besonderen Zugang und ihre besondere Zuständigkeit betont, insbesondere, wenn sie von externen Mittelzuweisungen abhängig ist, um Geld und Personal zu sichern. Diese Perspektive der Selbsterhaltung muss notwendigerweise dominieren. Wenn neue oder andere Anforderungen – von welcher Seite auch immer – an sie herangetragen werden, müssen diese

danach beurteilt (angenommen oder abgelehnt) werden, inwieweit sie der Existenzsicherung dienen. Diese grundlegende Tatsache führt gerade in Einrichtungen, die es mit der „Beeinflussung“ von Menschen zu tun haben, zu besonderen Herausforderungen. Um erfolgreich im Sinne der Zielsetzung zu sein, müssen alle Mitglieder – also auch die Klient\*innen – in einer solchen Organisation mitarbeiten und sich die Zielsetzungen der Organisation zu eigen machen. So werden sich Patient\*innen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie an den dort gefundenen Diagnosen orientieren, während Klient\*innen der Kinder- und Jugendhilfe sich die dort herrschenden sozialarbeiterischen Ansätze zu eigen machen. Das sollte am besten

aus eigener Einsicht erfolgen, mindestens aber durch das Befolgen der Mindestanforderungen, die mit der Zielsetzung verbunden sind. Schwierig wird es, wenn dieser Zustand durch interne Konflikte oder durch nicht akzeptablen Anforderungen von außen infrage gestellt wird. Mit aller Vorsicht stellen wir fest, dass dieses Infragestellen der jeweils anderen Arbeitsweise in der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Psychiatrie zu einem Hindernis bei der von beiden Seiten gewollten Unterstützung von Kindern und Jugendlichen der Fall sein kann.

## Jugendhilfe

Gab es in der Jugendhilfe bis in die 1970er Jahre neben den Kitas nur die Heimerziehung als „Hilfsangebot“, entwickelte sich die Kinder- und Jugendhilfe ab 1990 zu einem sich immer wei-



ter ausdifferenzierenden System von Hilfeleistungen und Unterstützungsformen. In der Tendenz wurde aus dem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) ein Spezialdienst für Hilfen zur Erziehung bzw. für Situationen der Kindeswohlgefährdung. Die Ausgliederung von Erziehungsberatung, Trennung und Scheidungsberatung, Gewaltprävention, Netzwerkarbeit und die Beendigung eigener Durchführung ambulanter Hilfen durch den ASD haben zu einer entsprechenden Engführung in der Fallorientierung geführt. Diese Engführung ist mit der Tendenz verbunden, Zuschreibungen von Störungen und Auffälligkeiten zu betonen.

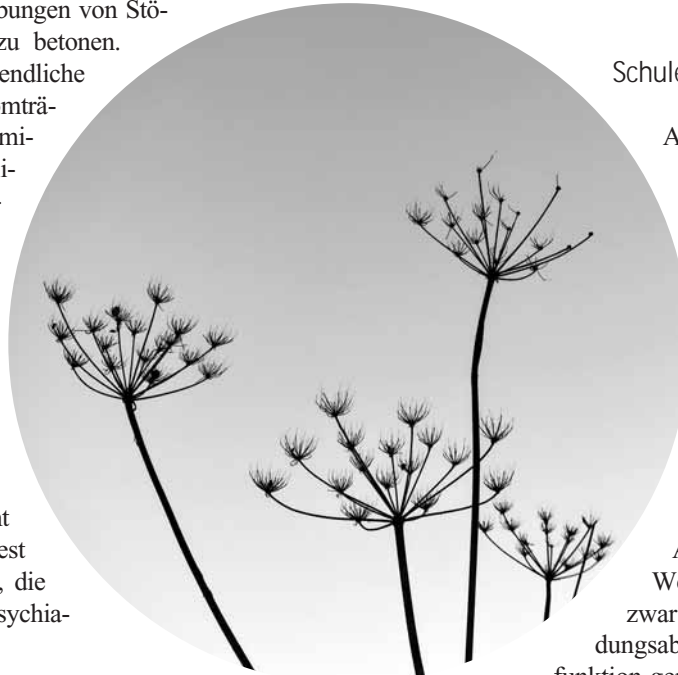
Vor allem Kinder und Jugendliche werden dadurch zu Symptomträger\*innen gemacht – trotz Familienrat und anderer sozialräumlicher Angebote. Aus dieser Perspektive ist es nachzuvollziehen und mangels Alternativen auch verständlich, dass in Situationen, die aus dem Rahmen fallen, nach besonders spezialisierteren Fachkräften zu fragen, die mit solch extremen Herausforderungen beruflich fertigwerden können sollten. So entsteht dann der Verweis oder zumindest die Erwartung und Hoffnung, die mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie verbunden wird.

## Psychiatrie

Psychiatrische Einrichtungen und JPD/JPPD sind für die Jugendämter diejenigen Institutionen, die formale Störungen und psychische Erkrankungen (u.a. Schizophrenie, Psychose) benennen oder ausschließen können. Sie sind damit die Einrichtungen, von denen eine entsprechende Behandlung erwartet wird, zumal immer mehr soziale Auffälligkeiten in die medizinisch anerkannten Definitionen gelangen, was wiederum eine Ausweitung der Psychiatrieplätze zur Folge hat (die wiederum belegt werden müssen). Diese Erweiterung der medizinischen Definitionsmacht wird in Krisensituationen von den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe durchaus begrüßt. Doch kommt es gerade hier immer wieder zu wechselseitigen Enttäuschungen. Mehr von Psychiatrien zu erwarten, insbesondere nachhaltig die Abwendung von akuten Eskalationen zu erreichen, ist häufig unrealistisch, weil die durch räumliche oder medikamentöse Regulierung erreichte De-Eskalation in der fremden Welt der Psychiatrie stattfinden muss, in der ebenfalls Personalmangel herrscht, verlässlich Bezugspersonen fehlen und die Behandlung von Menschen durchgeführt wird, die die Kinder nicht kennen.

Zur Kenntnis genommen muss aus Sicht der Jugendhilfe, dass im psychiatrischen Arbeitsfeld im Anschluss an die Psychiatrie-Enquete durchaus starke Argumente für eine am-

bulante psychiatrische Versorgung vorherrschen, die jedoch aufgrund von dagegenstehenden strukturellen Bedingungen und Sachzwängen in den letzten Jahrzehnten in den Hintergrund geraten sind. Daher plädieren auch die Kritiker\*innen einer geschlossenen Unterbringung für eine derartige Einrichtung, soweit sie in Hamburg stattfindet und nicht in einem anderen Bundesland. Sie versprechen sich davon, doch noch (sozialräumliche) Einflussmöglichkeiten auf die dort untergebrachten Personen zu haben.



## Schule

Aber nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Psychiatrie, die in unserem Papier im Vordergrund steht, ist für die Unterstützungsleistungen von hoher Bedeutung. Auch das Schulsystem nicht nur in Hamburg erlebt derartige neue Herausforderungen. Durch die längere Schulverweildauer und durch die zunehmende Ganztagsbetreuung haben sich Anforderungen in vielfacher Weise verändert. Die Schule bleibt zwar Ort der Selektion durch Bildungsabschlüsse. Diese Platzierungsfunktion gerät aber zunehmend in Konflikt mit der Tatsache, dass Schule schon längst zum

zentralen Lebensort der großen Mehrheit der Kinder und Jugendlichen geworden ist. Das bedeutet unter anderem, dass dieser Ort des verbindlichen Lernens zugleich zum Ort des verlässlichen Miteinanders, des Vertrauens, der Freundschaft, aber natürlich auch des Konflikts und des Streits wird. Schulen kommen hier an ihre Belastungsgrenzen. Nicht nur der Fachkräftemangel macht sich auch hier bemerkbar, sondern auch die Raumknappheit, vor allem aber die Herausforderungen für das gesamte Personal durch jene jungen Menschen, die sozial-emotional belastet sind. Es gibt immer wieder Momente, in denen Lehrkräfte herausgefordert sind von jungen Menschen, die besondere Aufmerksamkeit brauchen bzw. sich dem System nicht zugehörig fühlen und dies in ihrem Verhalten äußern. Hier werden von Seiten der Schule nicht selten psychische Auffälligkeiten vermutet. Reicht dann eine Schulbegleitung nicht mehr aus, wird nach Unterstützung durch die Jugendhilfe und gegebenenfalls auch der Jugendpsychiatrie verlangt.

Jede Organisation wird alles tun, um ihre eigene Existenz zu sichern, indem sie ihren besonderen Zugang und ihre Zuständigkeit betont.

Die Perspektiven und Erwartungen dieser drei mächtigen Unterstützungs- und Interventions- Organisationen der Jugendhilfe, der Schule und der Psychiatrie zentrieren sich also zunehmend mehr auf das „Kind“ als Symptomträger\*in, obwohl sowohl systemische als auch sozialräumliche Ansätze konzeptionelle und praktische Alternativen bieten, wie wir abschließend in unserem Papier andeuten.

## Widersprüche in den fachlichen Überlegungen

Bei den als besonders problematisch klassifizierten Fallkonstellationen handelt es sich um Kinder und Jugendliche, die offensichtlich aus Sicht von vielen Professionellen und Einrichtungen mal der Jugendhilfe, mal der Jugendpsychiatrie, mal dem Strafvollzug und schließlich keiner Hamburger Einrichtung mehr zugemutet werden können. Es geht daher nicht um junge Menschen mit spezifischen Bedürfnissen, sondern um die Feststellung der Hilflosigkeit der Fachleute und der Einrichtungen, die an ihre Grenzen kommen und so eine Praxis der „Verschiebebahnhöfe“ erzeugen. Insofern manifestiert und verlängert die geplante Sondereinrichtung Klotzenmoorstieg diese Praxis und die Hilflosigkeit der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Die Zielgruppe der geplanten Einrichtung sind Kinder im Alter von neun bis dreizehn Jahren. Doch entspricht dieser spezielle Ausschnitt einer Altersgruppe nicht den speziellen Bedürfnissen und Herausforderungen der jungen Menschen selbst. Dieser Ausschnitt wird von einem durch institutionelle Logiken und die Steuerung der Ressourcen der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe begrenzten Rahmen erst hergestellt. Für diese früher als „Lückekinder“ bezeichnete Altersgruppe gibt es erstens auch heute vergleichsweise weniger sozialräumliche und individuelle Angebote als für jüngere Kinder und ältere Jugendliche. Zum zweiten ist es jene Altersgruppe, bei der die Schule – ohnehin eine maßgebliche Zuweisungsinstanz für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe – an ihre Grenzen kommt. Zudem nehmen auch in der Schule die begleitenden Angebote für diese Altersgruppe ab. Drittens ist es auch jene Altersgruppe, die von den immer wiederkehrenden Debat-



Die geplante Sondereinrichtung Klotzenmoorstieg manifestiert die Hilflosigkeit der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

ten um das Absenken der Strafmündigkeitsgrenze auf zehn oder zwölf Jahre betroffen ist. Dabei wird stets das Argument angeführt, dass mit diesem Absenken andere, vermeintliche bessere und nun deutlich strafende Antworten auf nonkonforme Verhaltensweisen gegeben werden könnten. Alle drei Aspekte unterstreichen die genannte Hilflosigkeit der beteiligten Organisationen Jugendhilfe, Psychiatrie und Schule. Sie legen zugleich andere Antworten nahe, indem sie auf die Mängel bei den Kindern verweisen. Sie verdecken ihre eigene Hilflosigkeit mit der Schaffung einer weiteren Sondereinrichtung.

Damit sind wir bei der geplanten Einrichtung im Klotzenmoorstieg angekommen. Hier wird von einer sozialräumlichen Unterbringung mit individueller Ausrichtung gesprochen, doch kann davon nicht die Rede sein. Die dort dann untergebrachten Kinder befinden sich in einer Sondereinheit der Jugendhilfe und damit abseits ihrer Lebenswelt. Geplant ist – zumindest in der ersten Phase – ihr dauerhafter Aufenthalt in der Einrichtung

vom morgendlichen Zähneputzen über die interne Beschulung bis zum Abendessen und abendlicher Freizeit. Mit der Unterbringung in dieser Einrichtung wird das Kind von seiner Schulumgebung, seinem Freundeskreis, seinen Freizeitaktivitäten sowie anderen Bezugspersonen getrennt. Es bleibt dabei: Das auch im Koalitionsvertrag anerkannte sozialpädagogische Paradigma der Lebensweltorientierung soll für diesen Teil der Kinder nicht gelten, ohne dass dies inhaltlich-konzeptionell oder gar im Einzelfall begründet wird: In aller Regel, und so auch hier, wird lediglich argumentiert, dass sich das Kind in einem schädlichen Umfeld befinde und dort herausgenommen werden müsse, um sich gut entwickeln bzw. psychisch gesund werden zu können. Auch wenn ein Übergang geplant ist, so zeigt doch die Praxis, dass es dann die eigenständige und ganz häufig fachlich unbegleitete Aufgabe des Kindes und der Personensorgeberechtigten selbst ist, am Ende der Maßnahme im alten Umfeld „klarzukommen“. Die dahinterstehende und offenkundig widersprüchliche Logik ist: Das Kind kommt aus einem schädlichen Umfeld bzw. gilt selbst als das Problem, wird individuell bearbeitet und bekommt nach Ende der Unterbringung die Verantwortung und die Fähigkeit, in dem bisherigen Umfeld mit veränderten Verhaltensweisen besser zu bestehen.

ein Übergang geplant ist, so zeigt doch die Praxis, dass es dann die eigenständige und ganz häufig fachlich unbegleitete Aufgabe des Kindes und der Personensorgeberechtigten selbst ist, am Ende der Maßnahme im alten Umfeld „klarzukommen“. Die dahinterstehende und offenkundig widersprüchliche Logik ist: Das Kind kommt aus einem schädlichen Umfeld bzw. gilt selbst als das Problem, wird individuell bearbeitet und bekommt nach Ende der Unterbringung die Verantwortung und die Fähigkeit, in dem bisherigen Umfeld mit veränderten Verhaltensweisen besser zu bestehen.

In dem bisher bekannten (noch sehr rudimentären) Konzept der geplanten Einrichtung am Klotzenmoorstieg soll in der ersten Phase Nähe und Vertrauen aufgebaut werden, ggf. auch durch Einschluss, also Freiheitsentzug. Auch das ist ein Widerspruch, da Vertrauensaufbau auf Freiwilligkeit und einem Vertrauensvorschuss basiert. Einschluss



geht jedoch einher mit der Unterstellung, dass die Voraussetzung für den Aufbau der Nähe erst einmal restriktiv (unter Zwang) hergestellt werden müsse und nicht anders möglich sei. Über das psychiatrische Konzept und die Überlegungen zur Kooperation von Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie ist ohnehin noch nichts bekannt. Auch das ist problematisch, wird doch mit der engen Kooperation der beiden Arbeitsfelder für die Einrichtung geworben; ja es handelt sich dabei geradezu um den Kern des Konzeptes, um sein Alleinstellungsmerkmal.

### Kooperation bestehender Infrastruktur ermöglichen und Vorschlag zu einem alternativen Vorgehen

Wir sehen die bestehenden Schwierigkeiten, Lösungen vor Ort in der Lebenswelt des Kindes anzubieten. Wir sehen auch die Schwierigkeiten in der Kooperation von Jugendhilfe, Psychiatrie und Schule.

Es ist jedoch unter bestimmten, verbesserten Bedingungen möglich, die Zusammenarbeit mit den Eltern und weiteren Bezugspersonen, die Nutzung der Ressourcen im Stadtteil jenseits der Familie, die Möglichkeiten der Unterbringung in Krisenwohnungen oder in „Stadtteil-Internaten“ (ggf. auch der gesamten Familie) zu fundieren.

Auch eine Zusammenarbeit mit ambulanten sozialpsychiatrischen Diensten/Einrichtungen, die Kooperation mit Stadtteilzentren, mit der Gemeinwesenarbeit, mit Jugendverbänden im Sinne von gemeinsamen Angeboten („Bildungs- und Hilfefesamplan“) kann möglich sein. Ebenso ist eine personelle Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie möglich, etwa in den Krisenwohnungen, und zwar so weitgehend und so vernetzt, dass auch für den adressierten Personenkreis weitestgehend auf eine stationäre Unterbringung verzichtet werden kann.

Was ist dazu erforderlich? Erstens braucht es verlässliche Orte in allen Bezirken für jenen Kreis sehr junger Menschen, der jetzt dem Klotzenmoorstieg zugeordnet werden sollen. Die Bereitstellung dieser verlässlichen Orte sollte eine verbindliche Aufgabe für die beteiligten Fachkräfte sein, ähnlich der Koordinierungsstelle des Paritätischen. Das kann aber nur dann mit Leben gefüllt werden und funktionieren, wenn zweitens ein fachlicher Austausch für die Koordination der Kooperation von Jugendhilfe und Psychiatrie auf Augenhöhe stattfindet, also ohne Hierarchie und damit an die Idee der bisherigen Koordinierungs-

Es braucht verlässliche Orte in allen Bezirken für jenen Kreis sehr junger Menschen, der jetzt dem Klotzenmoorstieg zugeordnet werden sollen.

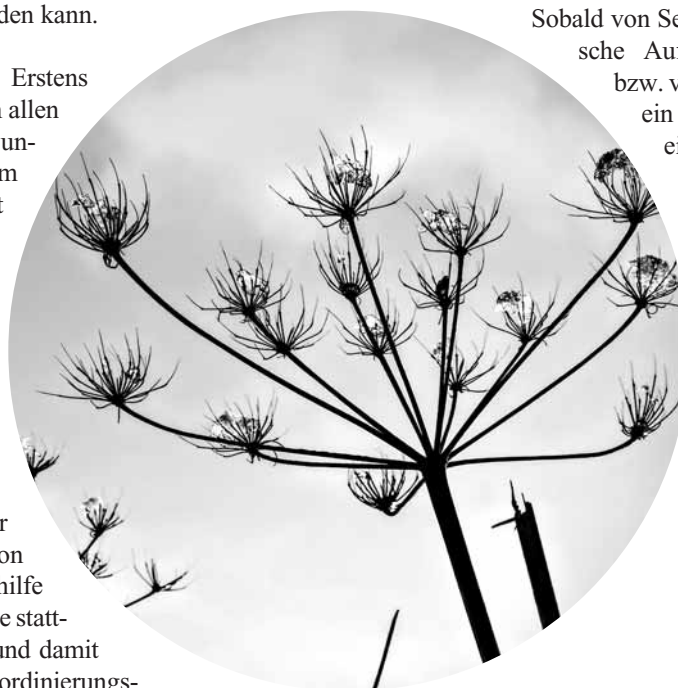
stelle anknüpfend. Dafür sind zwei Stränge erforderlich: einmal die Koordinierung der konkreten Fallarbeit der beiden Instanzen Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie. Dies sollte auf bezirklicher bzw. regionaler Ebene erfolgen, etwa indem Jugend- und Gesundheitsamt verbindlich einbezogen werden, und zwar so, dass beide Seiten gemeinsam und konsensual entscheiden müssen. Um diese konkrete Fallarbeit zu begründen und fachlich mit Leben zu füllen, braucht es feste Austauschforen zwischen den Arbeitsfeldern, gemeinsame und wechselseitige Fortbildungen sowie die Vernetzung und Schaffung von ambulanter, freiwilliger Infrastruktur. Das alles kann aber nur funktionieren, wenn das Zusammenwirken verbindlich stattfindet. Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie müssen als gleichberechtigte Partner an einen Tisch und dabei auch den Schulkontext unbedingt berücksichtigen, damit das Verschieben zwischen diesen beiden Instanzen der Vergangenheit angehören kann.

Wie könnten unsere Überlegungen umgesetzt werden?

Wie wir bereits eingangs formuliert haben, sind die nun folgenden Vorschläge aus unserer Sicht lediglich ein erster Aufschlag, um eine interdisziplinäre Fachdebatte zu ermöglichen und zu stärken.

### Zusammenwirken von Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe in den regionalen Fallberatungsgremien

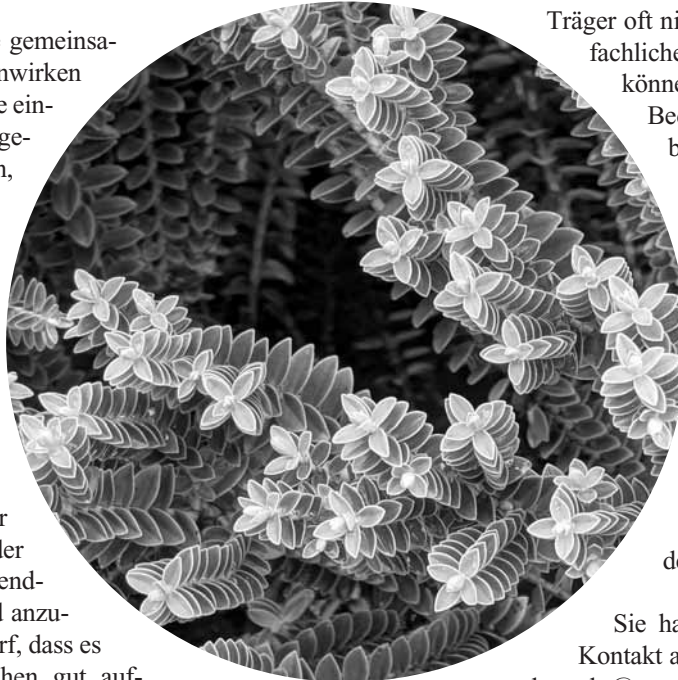
Sobald von Seiten der Jugendhilfe psychiatrische Auffälligkeiten vermutet werden bzw. von Seiten der Jugendpsychiatrie ein erzieherischer Bedarf, nimmt ein\*e Vertreter\*in der KJP verbindlich an den bestehenden regionalen Fallberatungsgremien (ggf., der Koordinierungsstelle des Paritätischen) teil, um a) beide Perspektiven gleichwertig in das Fallverstehen und den Hilfeprozess einzubringen und b) die Koordinierung der konkreten Fallarbeit und eventuelle Kooperationen zu erleichtern.



Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie müssen gleichberechtigt an einen Tisch und dabei auch den Schulkontext unbedingt berücksichtigen.

### Fachbehördliche Arbeitsgruppe

In der Fachbehörde wird eine gemeinsame Arbeitsstelle „Zusammenwirken Jugendhilfe/ Jugendpsychiatrie“ eingerichtet. Dieser Arbeitsstelle gehören jene Fachpersonen an, die sich mit diesen Grenzfällen beschäftigen. Nicht zuletzt hat diese fachbehördliche Arbeitsstelle die Aufgabe, die Angebotsstruktur in den Sozialräumen zu analysieren und weiterzuentwickeln. Ihre Überlegungen sind daher verbindlich in die Jugendhilfeplanung, und die entsprechenden Gremien der Gesundheitsbehörde und der Hamburger Kinder- und Jugendpsychiatrie einzubeziehen und anzuhören. Denn das berühmte Dorf, das es braucht, damit junge Menschen gut aufwachsen können, braucht genügend Orte und Angebote.



### Gemeinsame Fortbildungen

Die fachbehördliche Arbeitsgruppe entwickelt unter Federführung der Fachbehörde ein Fortbildungsprogramm, in dem nicht nach Berufsgruppen unterschieden wird. Das Programm wird unter einheitlichen Kriterien für Vertreter\*innen aus Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie gemeinsam gestaltet, die hier ihre Bedarfe und Sichtweisen einbringen und benennen. So kann mittelfristig eine gemeinsame Sicht beider Berufsfelder zugunsten der betroffenen Kinder und Jugendlichen entstehen.

Fotos: Anja Krüger-Bödeker

### Zusammenarbeit öffentlicher/freier Träger

Die freien Träger sollten regelhaft an den Kooperationen beteiligt werden. Zwar werden die Leistungs- und Entgeltvereinbarungen auf Landesebene geschlossen, und im Blick auf den hier besprochenen Personenkreis von jungen Menschen in besonders schwierigen Situationen werden die Träger oft nicht das bekommen, was sie für fachliche Hilfe benötigen. Allerdings können auf bezirklicher Ebene bei Bedarf immer auch Einzelvereinbarungen getroffen werden, die dem hohen Bedarf dieser Situationen entsprechen können. Parallel dazu wäre es sinnvoll, wenn die Wohlfahrtsverbände jene Träger benennen könnten, die im Zusammenwirken von Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie besonders erfahren sind. Dies könnten etwa in Absprache mit den AG § 78 SGB VIII in den Bezirken erfolgen.

Sie haben die Möglichkeit, mit uns Kontakt aufzunehmen, wenn Sie mögen: [kontakt@geschlossene-unterbringung.de](mailto:kontakt@geschlossene-unterbringung.de)

### Anmerkungen:

- 1) Unsere Vorschläge sind aus der fachlichen Sicht der (erzieherischen) Jugendhilfe geschrieben. Anlass ist die vom Senat vorgeordnete und von der Fachbehörde geplante geschlossene Einrichtung im Klotzenmoorstieg, die es aus unserer Sicht zu vermeiden gilt. Wir bitten um Nachsicht, wenn die genauso bedeutsamen Perspektiven der Kinder- und Jugendpsychiatrie und der Schule nur sehr unvollständig und durch die Brille der Jugendhilfe in unserem Papier erscheinen. Dies kann auch nur ein Beginn sein, denn es kommt uns gerade darauf an, die Diskussion zwischen diesen Arbeitsfeldern zu ermöglichen, nicht zu verhindern.
- 2) Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 22. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg. URL: [https://www.spd-hamburg.de/fileadmin-hamburg/user\\_upload/Koalitionsvertrag2020.pdf](https://www.spd-hamburg.de/fileadmin-hamburg/user_upload/Koalitionsvertrag2020.pdf), S. 128-129 [25.8.2022].

Der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS) Hamburg trifft sich 14-tägig montags. Interessierte Mitstreiter\*innen sind willkommen. Nähere Infos unter: [www.aks-hamburg.wordpress.com](http://www.aks-hamburg.wordpress.com), Mail: [aks-hamburg@gmx.de](mailto:aks-hamburg@gmx.de)



Das Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung Hamburg trifft sich alle 6 Wochen. Interessierte Mitstreiter\*innen sind herzlich willkommen. Nähere Infos unter: <https://www.geschlossene-unterbringung.de> bzw. <https://www.geschlossene-unterbringung.de/aktuelles-hamburg/> Mail: [kontakt@geschlossene-unterbringung.de](mailto:kontakt@geschlossene-unterbringung.de)




**Aspekte**


Menschen werden in unserer Gesellschaft ausgegrenzt und unterdrückt. Strukturelle Bedingungen re-produzieren Mechanismen, die diese Prozesse verfestigen. Die Ausgebeuteten wissen, was damit gemeint ist, zwar Teil einer Gesellschaft zu sein, aber in ihr einen unmerklichen Platz einzunehmen und Unterdrückung zu erfahren. Ihre Erfahrungsperspektiven stellen den Ausgangspunkt dieser Studie dar. Ihre Überlegungen verbinden, transportieren und erklären die Theorie des Intersektionalen Konzepts. Soziale Arbeit als institutionelle Hilfe versucht, eine Anpassungsleistung der Individuen an die gesellschaftlichen Verhältnisse hervorzubringen. Doch Autorin Alexandra Kauffmann geht nun den Fragen nach: Wie schaffen wir es, Befreiung nicht nur individuell, sondern strukturell - auch in der Sozialen Arbeit umzusetzen? Und welche Wege zeigen die eigentlichen Expert:innen auf?

Alexandra Kauffmann

# Wirkungsmacht unter dem intersektionalen Ansatz

Was bedeuten subjektive **Unterdrückungserfahrungen** im Ansatz der Intersektionalität für die Funktion **Sozialer Arbeit**?







**Alexandra Kauffmann**, geboren 1993 in Bremen, ist gelernte Sozialpädagogische Assistentin, Erzieherin und Sozialarbeiterin. Sie studiert und lehrt in Hamburg und ist in der Jugendhilfe tätig. Neben ihrer Auseinandersetzung mit Themen der Sozialen Ungleichheit interessiert und engagiert sie sich für die Schaffung von Teilhabe und Schutzräumen im Bildungs- und Kulturbereich.


Wirkungsmacht unter dem intersektionalen Ansatz

Alexandra Kauffmann




9 783948 731052





www.alma-marta.de  
ISBN: 978-3-948731-05-2  
12,00 € (D), 14,00 € (AT), 16,00 CHF UVP (CH)



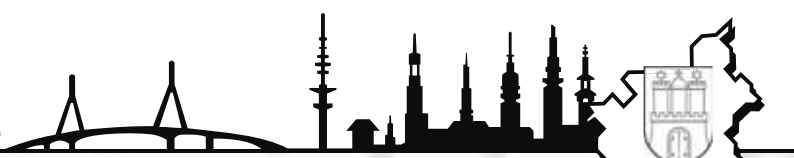
URL: <https://www.marta-press.de/themen/feminismen-frauenbewegungen-geschlechterforschung/114/wirkungsmacht-unter-dem-intersektionalen-ansatz> [19.6.23]

Anzeige


# DBSH

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V.

Tariffähige Gewerkschaft  
Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)



Landesverband Hamburg



**Landesverband Hamburg**  
Landesvertretung des DBSH  
Monatliche Vorstandssitzung in Barmbek

Frank Hail: 0157 - 39 61 92 95  
info@dbsh-hamburg.de  
www.dbsh-hamburg.de  
facebook: DBSH Landesverband Hamburg

**Junger DBSH Hamburg**  
Gruppe von Studierenden und Berufsanfänger\_innen in Hamburg  
Monatliche Aktiven-Treffen

junger@dbsh-hamburg.de  
facebook: Junger DBSH Hamburg

Damit nicht die durchs Soziale Netz fallen, die es knüpfen.

# FORUM

FÜR KINDER- UND JUGENDARBEIT



Heft 1/2022

Titelthema: „Offene Arbeit in bewegten Zeiten“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Maurice Kusber, Asmae Harrach-Lasfaghi und Yasmine Chehata:* Momente des Politischen im Alltag der Offenen Kinder- und Jugendarbeit  
*Christian Tollning und Nils Wenzler:* Kinder in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Bilder der Kindheit, das Politische und politische Solidarität  
*Kathi\* Zeiger:* Queere Menschen in der Sozialen Arbeit – Warum ein Austauschtreffen queerer Sozialarbeiter\*innen für uns wichtig ist  
*Lea Degener und Volker Vödtsch:* „Also lasst uns zusammen kämpfen und lasst uns organisieren – und dies nicht nur, wenn zum Streik aufgerufen wird!“  
*Karen Polzin:* Geschlossenheit als Rahmenbedingung pädagogischen Handelns?

Heft 4/2022

Titelthema: Inklusion junger Menschen



mit Behinderungen:  
Endlich Umsetzen!

Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Mes Helke:* Inklusion, Partizipation und Empowerment aus der Perspektive „Nichts über uns – ohne uns!“  
*Daniel Kootz und Melanie Nähring:* Inklusive Offene Kinder- und Jugendarbeit im Jugendhaus Alsterdorf: Es geht nur Hand in Hand!  
*Prof. Dr. Gunda Voigts und Thuid Blohm:* 15 Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg auf Grundlage der empirischen Studie „Kinder- und Jugendarbeit in Corona-Zeiten“

Heft 2/2022

Titelthema: „Beteiligung: Theorie und Praxis“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Benedikt Sturzenhecker:* Demokratische Partizipation als Aufgabe der Kinder- und Jugendarbeit  
*Margot Reinig:* Mitbestimmung – Mitwirkung – Bürger:innenbeteiligung – Partizipation ...  
*Kinder- und Jugendvorstand CLIPPO BOBERG:* Ein offener Brief zur Schließung des Kinder- und Jugendhauses auf dem Boberg  
*Thuid Blohm:* Partizipation junger Menschen in Corona-Zeiten aus Sicht von Fachkräften  
*Tini Leonhardt und Antonin Gaudion:* BAG OKJE – Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“  
*Anna Widder und Katharina Höffken:* Offener Brief zu Partizipation von Care Leavern

Heft 1/2023

Titelthema: „Offen und Queer –



Diversitätssensible  
Ansätze in der OKJA“

Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Fabienne Fröhlich:* Feministische Mädchen\*arbeit im Spannungsverhältnis von Geschlechtshomogenität und Queer  
*Nina Sander und Alina Jugenheimer:* Antifeminismus im Netz – Erkennen und entgegenwirken  
*Heidrun Kallis:* Vorstellung der Antidiskriminierungsstelle read, basis & woge e.V. in Hamburg  
*Sabrina Lause:* Förderung der sexuellen Selbstbestimmung in der Jugendhilfe

Heft 3/2022

Titelthema: „Bewegung in Freiräumen“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Uwe Kamp:* Klare Sache: Draußensein und Draußenspielen – Die Bedeutung für Kinder kann gar nicht überschätzt werden  
*Annemette Heise:* VISION Inklusion: gemeinsam Bewegung wagen  
*Alida Birke und Tanja Rusack:* Partizipative Schutzkonzepte in der Kinder- und Jugendarbeit. Einblicke in die Forschung  
*Ein Gespräch mit Jaqueline Gebhardt:* Zwischen verzweifelter Empörung und Wut ob der fachlichen Entwicklung  
*Anna Widder:* Bleibt dran, klärt auf und seid mutig. Bericht über einen Fachtag von und mit Care Leavern

Weitere Hefte?

Das FORUM bequem im Abo: Jetzt bestellen!



Das FORUM für Kinder- und Jugendarbeit erscheint vierteljährlich und kostet € 5,50 (bei einer Doppelausgabe: 11,00). Ein Abo kostet € 25 pro Jahr inklusive Versandkosten bei vier Ausgaben pro Jahr, für Schüler, Studierende und Erwerbslose nur € 15.

Bestellung per E-Mail an [info@vkjh.de](mailto:info@vkjh.de). Bitte angeben, ab welcher Ausgabe Sie beziehen möchten. Sie können Ihre Bestellung innerhalb von 14 Tagen nach Vertragsschluss schriftlich widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.